

Sander, Birgit et al.

Working Paper — Digitized Version

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland: Siebter Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 198/199

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Sander, Birgit et al. (1992) : Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland: Siebter Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 198/199, ISBN 3894560398, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/772>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

198/199

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland

Siebter Bericht

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland

Siebter Bericht

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse

in Ostdeutschland / Deutsches Institut für Wirtschafts-
forschung, Berlin; Institut für Weltwirtschaft an der
Universität Kiel. — Kiel: Inst. für Weltwirtschaft.

NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>

Bericht 7 (1992)

(Kieler Diskussionsbeiträge; 198/199)

ISBN 3-89456-039-8

NE: GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht

gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

Inhaltsverzeichnis

I. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE LAGE	5
II. LANDWIRTSCHAFT.....	7
1. Entwicklung der Produktion	7
2. Entwicklung der Betriebsstrukturen.....	9
3. Behinderungen im einzelbetrieblichen Anpassungsprozeß	10
4. Veränderungen in den agrarpolitischen Rahmenbedingungen	12
III. ENERGIEWIRTSCHAFT	13
1. Altlastenregelung und Privatisierung im Braunkohlenbergbau	15
2. Neuordnung der Elektrizitätswirtschaft.....	16
3. Konfliktpotential in der Erdgasversorgung.....	17
4. Privatisierung des Mineralölsektors	19
IV. INDUSTRIE.....	20
1. Die aktuelle Lage	20
2. Unternehmensbefragung des DIW: Weitere Ergebnisse	21
3. Entwicklung und Chancen von Management-Buy-Out und Management-Buy-In.....	33
4. Fallbeispiele: Die Reaktion ostdeutscher Industriebetriebe auf den schrumpfenden Absatz in den GUS-Staaten	35
5. Fazit	39
V. BAUWIRTSCHAFT	39
VI. FREIE BERUFE	41
1. Gründungstätigkeit	41
2. Gründungsförderung.....	43
3. Gründungshemmnisse.....	45

VII. ÖFFENTLICHE VERWALTUNG	45
1. Schwierigkeiten beim Verwaltungsaufbau	46
2. Schwierigkeiten beim Personalabbau	47
3. Zur personellen Situation bei den Gemeinden — Ergebnisse einer Befragung	51
VIII. ABSATZCHANCEN FÜR OSTDEUTSCHE KONSUMGÜTER	53
1. Akzeptanz bei den Konsumenten	54
2. Anbieterverhalten des Handels	54
3. Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten	56
ANHANG 1: DER STREIT UM DIE STROMVERTRÄGE	57
ANHANG 2: DIE REGIONALE GASVERSORGUNG	58
ANHANG 3: TABELLEN UND SCHAUBILDER	59

Dieser Bericht wurde am 25.11.1992 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft haben Petra Naujoks, Axel D. Neu, Birgit Sander, Klaus-Werner Schatz, Klaus-Dieter Schmidt und Klaus Schrader mitgewirkt. Der Beitrag wurde auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, in dem DIW-Wochenbericht 52/92 veröffentlicht.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, arbeiten gemeinsam an einem Forschungsauftrag mit dem Titel "Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland". Dabei soll dem Bundesminister für Wirtschaft im Rahmen der Vereinbarungen in etwa vierteljährlicher Folge berichtet werden. Die Institute legen hiermit ihren siebten Bericht vor.¹

Noch immer ist es schwer, ein sicheres Bild von den anhaltend starken Veränderungen in Ostdeutschland zu zeichnen. Die statistischen Informationen sind nach wie vor lückenhaft; der Aufbau eines neuen statistischen Berichtssystems braucht seine Zeit. Die Institute müssen deshalb versuchen, die Lücken durch eigene Recherchen zu schließen. Das geschieht vor allem durch schriftliche und mündliche Befragungen von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und staatlichen Stellen sowie durch Auswertungen der Fach- und Tagespresse. Es versteht sich von selbst, daß die Berichte nicht flächendeckend sein können, sondern — wechselnde — Schwerpunkte setzen müssen.

Der Bericht informiert ausführlich über die Situation in der Landwirtschaft und in der Energiewirtschaft. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Bericht zur Industrie, der vor allem auf Grundlage der DIW-Umfrage vom Sommer 1992 Lage und Perspektiven ostdeutscher Industriebetriebe behandelt. Bei den Dienstleistungen stehen die Freien Berufe im Vordergrund. Dieses Mal ist auch die öffentliche Verwaltung wieder ein Thema.

Bei der Arbeit an dem Bericht haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Institut für Weltwirtschaft mit anderen Instituten zusammengearbeitet, die in das Projekt eingebunden sind. Es sind dies: die Forschungsstelle für den Handel (FfH), Berlin, das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe.

I. Gesamtwirtschaftliche Lage

Seit der Jahresmitte 1992 scheint die gesamtwirtschaftliche Entwicklung² in den neuen Bundesländern wieder leicht aufwärts gerichtet zu sein, nachdem es im ersten Halbjahr nochmals zu einem spürbaren Rückschlag gekommen war. Das reale Bruttoinlandsprodukt war im dritten Quartal aber nur wenig höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (Tabelle 1). Die Steigerungsrate des realen Bruttosozialproduktes war wiederum deutlich größer als die des Bruttoinlandsproduktes, denn die Zahl der Pendler nach Westdeutschland hatte gegenüber der gleichen Vorjahreszeit nochmals — um etwa 80000 Personen — zugenommen (Tabelle 2).

Geprägt wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung davon, daß die Produktion in der Industrie zuletzt nicht mehr sank. Im ersten Halbjahr war sie nochmals deutlich zurückgenommen worden, vor allem weil die Lieferungen nach Osteuropa einbrachen. Betroffen war davon insbesondere das Investitionsgüter produzierende Gewerbe; dort blieb die Produktion bis zuletzt gedrückt. In einzelnen Zweigen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes sowie im Verbrauchsgütergewerbe ist die Erzeugung dagegen nach oben gerichtet. Hierbei spielt die Nachfrage nach Baustoffen im Zusammenhang mit der kräftigen Ausweitung der Bauinvestitionen eine entscheidende Rolle, aber auch die Rückgewinnung von Marktanteilen.

¹ Die ersten sechs Berichte wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in den DIW-Wochenberichten 12/91, 24/91, 39–40/91, 51–52/91, 12–13/92 und 39/92 sowie vom Institut für Weltwirtschaft in den Kieler Diskussionsbeiträgen 168, 169, 176, 178, 183 und 190/191 veröffentlicht.

² Das Statistische Bundesamt hat im September dieses Jahres eine Revision seiner ausgewählten VGR-Daten für Ostdeutschland — nun auch preisbereinigt — und dabei erstmals Quartalsdaten von III/1990 bis IV/1991 veröffentlicht. Auf die Probleme bei der Interpretation der Daten ist bereits mehrfach hingewiesen worden (vgl. hierzu auch: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1992. In: DIW-Wochenbericht 44/92).

Tabelle 1 — Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland 1990–1992
(Ursprungswerte in Mrd. DM zu Preisen von 1991)

	1990				1991				1992		
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Land- und Forstwirtschaft	1,0	1,0	2,5	-0,4	-0,2	-0,0	2,0	0,7	-0,3	-0,7	1,2
Produzierendes Gewerbe	35,1	34,5	23,6	21,2	17,2	16,7	17,5	18,4	16,9	17,5	18,5
Bergbau und Energie	7,1	6,5	5,9	6,5	6,1	4,9	4,9	5,4	4,5	4,2	4,7
Verarbeitendes Gewerbe	22,3	20,7	10,8	8,3	6,4	6,3	7,0	7,9	7,6	7,6	7,8
Baugewerbe	5,7	7,3	7,0	6,4	4,7	5,5	5,6	5,2	4,8	5,7	6,0
Handel und Verkehr	17,2	15,9	11,3	10,7	7,7	8,4	8,5	9,5	8,0	8,1	8,5
Handel	10,8	10,3	7,6	7,9	5,5	5,7	5,8	6,9	5,3	5,3	5,6
Verkehr	6,4	5,6	3,7	2,8	2,2	2,7	2,7	2,6	2,7	2,8	2,9
Dienstleistungen und Staat	25,9	25,4	21,2	22,9	20,7	23,1	23,9	24,3	24,5	24,9	25,5
Dienstleistungen	11,4	11,1	8,6	9,0	10,2	11,2	11,9	12,1	12,6	12,9	13,7
Staat (einschl. ABM)	14,4	14,3	12,6	13,9	10,5	11,9	12,0	12,2	11,9	12,0	11,8
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,9	0,9	0,8	0,6	0,6	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9
Alle Wirtschaftsbereiche (unbereinigt)	79,2	76,7	58,6	54,4	45,4	48,2	51,9	52,9	49,0	49,8	53,7
<i>Nachrichtlich:</i> Bruttoinlandsprodukt	81,0	79,0	58,4	53,1	42,5	44,9	48,7	50,1	46,4	46,4	50,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW.

Tabelle 2 — Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland^a 1990–1992 (1000 Personen)

	1990				1991				1992		
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Insgesamt	9568	9130	8672	8102	7773	7311	6907	6726	6279	6149	6033
davon:											
Land- und Forstwirtschaft	960	830	801	656	519	382	362	341	312	265	250
Produzierendes Gewerbe	4266	4097	3965	3649	3443	3181	2785	2584	2213	2126	2043
Handel und Verkehr	1623	1547	1433	1320	1322	1331	1291	1269	1198	1197	1203
Dienstleistungen und Staat	2719	2656	2473	2465	2448	2316	2235	2175	2160	2157	2155
ABM-Beschäftigte	0	0	0	12	41	101	234	357	396	404	382
	<i>Veränderung gegenüber IV/1989</i>										
Insgesamt	-186	-624	-1082	-1652	-1981	-2443	-2847	-3028	-3475	-3605	-3721
<i>Nachrichtlich:</i>											
Arbeitslose	13	83	309	565	757	835	1022	1038	1254	1172	1158
Pendlersaldo	14	28	101	175	222	278	308	352	355	374	382
Übersiedler (erwerbsfähig)	129	165	220	298	351	382	414	445	477	508	540
Frührentner	45	190	310	410	430	516	563	661	776	792	842

^aIm Inland (Arbeitsortkonzept).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; DIW.

Nachdem sich die Produktion im verarbeitenden Gewerbe nun auf niedrigem Niveau stabilisiert hat, ist auch die Erzeugung in der Energiewirtschaft kaum noch gesunken. Im Bergbau ist allerdings noch kein Ende der Talfahrt abzusehen, auch wenn sich hier der Rückgang der Produktion deutlich verlangsamt hat. Die Produktion in der Bauwirtschaft ist zuletzt nicht mehr so stark ausgeweitet worden wie in den Monaten zuvor. Die Nachfrage weist nicht mehr so hohe Steigerungsraten auf, zudem scheint in manchen Bereichen die Vergrößerung der Baukapazitäten an Grenzen zu stoßen. Im Handel hat sich die Lage zuletzt leicht verbessert, das Niveau vom Vorjahr wurde aber noch nicht wieder erreicht. Auch im Verkehrsgewerbe und in der Nachrichtenübermittlung ist eine Aufwärtsentwicklung erkennbar.

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist unverändert düster. Im dritten Quartal des laufenden Jahres ist die Beschäftigung nochmals um etwa 120000 Personen zurückgegangen, dabei ist erstmals die Zahl der ABM-Beschäftigten gesunken. Gleichwohl nahm sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die der Kurzarbeiter ab, vor allem weil Weiterbildungsmaßnahmen und Vorruhestandsregelungen eine größere Rolle spielten.

Alles in allem kann noch keine Rede davon sein, daß ein sich selbst tragender Aufbauprozess in den neuen Bundesländern in Gang gekommen ist. Auch in den Wirtschaftszweigen, in denen die Leistung nun deutlich aufwärts gerichtet ist, geht nicht wenig auf staatliche Fördermaßnahmen, auf Einkommenstransfers und auf öffentliche Nachfrage zurück. Hier wie auch in anderen Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft, vor allem in der Industrie, wirkt sich die konjunkturelle Schwäche in Westdeutschland und in anderen westlichen Ländern zunehmend dämpfend auf die Entwicklung aus. Hinzu kommt, daß sich in der Industrie die Anpassung an den geschrumpften Absatz in Mittel- und Osteuropa wohl noch nicht ganz vollzogen hat. Freilich fällt ein Gesamturteil schwer, weil die statistischen Daten häufig ein inkonsistentes, mitunter auch unplausibles Bild vermitteln.

II. Landwirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung des ostdeutschen Agrarsektors war 1992 durch den witterungsbedingten Einbruch der Hektarerträge in der pflanzlichen Produktion und den noch anhaltenden Rückgang in der tierischen Produktion geprägt. Hierdurch wurden anhaltende Anpassungsprobleme im einzelbetrieblichen Bereich — vor allem in den Nachfolgeunternehmen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) — verstärkt. Deren Ursachen liegen, neben noch unvollständiger betriebswirtschaftlicher Anpassung, auch in der politischen Unsicherheit. Sie betrifft die Altschuldenregelung, insbesondere aber die immer noch ausstehende Entscheidung über die Bodenpolitik der Bodenverwaltungs- und -verwertungsgesellschaft (BVVG) und die damit verbundene Entschädigungsregelung für Alteigentümer. Gleichwohl gibt es große Fortschritte in der einzelbetrieblichen Produktivitätsentwicklung, die auch eine Folge der Stabilisierung in der Ernährungsindustrie sind.

1. Entwicklung der Produktion

Der Produktionswert der ostdeutschen Landwirtschaft nahm im Wirtschaftsjahr 1991/92 gegenüber 1990/91 geringfügig ab. Rückgänge in der Tierproduktion und staatlich geförderte Flächenstillegungen wurden durch Produktivitätsgewinne und steigende Erzeugerpreise nicht ganz kompensiert. Da zugleich die Vorleistungsbezüge deutlich gesunken sind, ist die Bruttowertschöpfung kräftig gestiegen (Tabelle 3). Für das Wirtschaftsjahr 1992/93 ist aber mit einem deutlichen Rückgang des Produktionswertes zu rechnen.

Tabelle 3 — Modellschätzungen über die sektorale Gesamtrechnung der Landwirtschaft für die Wirtschaftsjahre 1990/91 und 1991/92 (Mrd. DM)

	1990/91	1991/92
Produktionswert	13,0	12,3
– Vorleistungen	11,5	8,5
= Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen	1,5	3,8
+ Subventionen	5,2	2,9
– Steuern	0,1	0,2
– Abschreibungen	2,0	1,8
= Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	4,5	4,7

Quelle: Böse, Christian, und Wilhelm Henrichsmeyer, Auswirkungen des Anpassungsprozesses in der Landwirtschaft der fünf neuen Bundesländer auf Produktion, Faktoreinsatz und Wertschöpfung. Referat auf der 33. Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus in Rostock, 30.09.–02.10.1992.

Dies liegt vor allem am Einbruch bei den Getreideerträgen, der — trotz einer geringfügigen Ausweitung der Anbaufläche auf reichlich 50 vH der Ackerfläche — zu einem Produktionsrückgang von mehr als 20 vH führte. Bei Ölsaaten wurde die Anbaufläche nochmals kräftig ausgeweitet, so daß trotz niedrigerer Flächenerträge die Produktion um knapp 10 vH zugenommen haben dürfte. Die Anbaufläche von Zuckerrüben wurde als Folge der knappen Quotenzuteilung für Ostdeutschland nochmals verringert. Aufgrund sehr hoher Erträge ist die Produktion jedoch um etwa 10 vH gestiegen.

Die tierische Produktion ist noch immer rückläufig. Bei Schweinen hatte sich der Bestand an Zuchtieren nach der Zählung vom April 1992 erstmals wieder vergrößert; diese Entwicklung setzte sich nach den Ergebnissen der August-Zählung nicht fort. Zwar hat sich danach der Gesamtbestand bei 4,3 Mill. stabilisiert, was ungefähr 36 vH des Bestandes von 1989 entspricht; die Zahl der Zuchttiere hat jedoch erneut abgenommen. Der Rinderbestand insgesamt ist, wie auch die Zahl der Milchkühe, bis Juni 1992 auf reichlich die Hälfte des Niveaus von 1989 gesunken; ein Ende des Schrumpfungsprozesses scheint aber bevorzustehen. Die Milchleistung je Kuh ist deutlich gestiegen, so daß der Tiefpunkt in der Milchproduktion schon überschritten sein könnte. Ein sicheres Urteil läßt sich derzeit aber schwer bilden, weil nur die Milchanlieferung bei den Molkeereien exakt erfaßt und immer noch ein erheblicher Teil der Milch an westdeutsche Molkereien geliefert wird.

Ursachen für den starken Rückgang in der tierischen Produktion nach der Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion waren u.a. ineffiziente Produktionsmethoden, schlechteres Tiermaterial, Umweltbelastung (die zur Schließung großer Produktionsanlagen führte) und nicht zuletzt deutlich niedrigere Erzeugerpreise als in Westdeutschland. Letzteres war die Folge meist veralteter und unwirtschaftlicher Molkereien und Schlachtbetriebe, die aufgrund ihrer Monopolstellung ihr schlechtes Wirtschaftsergebnis auf ihre Lieferanten, die Landwirte, weitgehend abwälzen konnten. Bis Mitte 1992 wurde die Hälfte der ehemals 76 Schlachthöfe geschlossen. Viele Einrichtungen wurden modernisiert. Der längerfristige Bedarf an Schlachthöfen wird sehr viel geringer sein.³ Ein ähnlich radikaler Strukturwandel vollzieht sich in der Milchverarbeitung. Die Zahl der Betriebsstätten ist von ehemals 264 auf weniger als ein Viertel zurückgegangen und wird noch weiter schrumpfen.

³ Böckenhoff, Ewald, Marktstrukturentwicklung bei Vieh und Fleisch in den neuen Bundesländern, sowie Hülsemeyer, Friedrich, und Deterd Goemann, Strukturelle Anpassung, Interregionale Wettbewerbsfähigkeit und Vermarktungsinfrastrukturen, dargestellt am Milchmarkt der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Referate auf der 33. Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus in Rostock, 30.09.–02.10.1992.

Infolge der fortgeschrittenen Strukturanpassung in den Verarbeitungsbetrieben, der zunehmenden Rückbesinnung der Verbraucher auf heimische Produkte, aber auch aufgrund des starken Angebotsrückgangs bewegen sich die Erzeugerpreise für tierische Produkte — wie schon länger bei pflanzlichen Erzeugnissen — auf westdeutschem Niveau. Eine Ausnahme ist die Milch: Die Erzeugerpreise liegen hier noch etwa 5 Pf/kg niedriger.

Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft ist weiter rückläufig und wird vom Landwirtschaftsministerium in Bonn für die Jahresmitte 1992 noch auf 250000 geschätzt, wovon allerdings 41000 kurzarbeiten. Der noch bestehende Personalüberhang in den LPG-Nachfolgeunternehmen läßt erwarten, daß die Beschäftigtenzahl weiter abnimmt.

2. Entwicklung der Betriebsstrukturen

Bis Ende 1991 mußten alle etwa 4500 ehemaligen LPGs in andere Unternehmensformen umgewandelt sein.⁴ Verglichen mit dem Stand vom Frühjahr 1991 zeigt die starke Zunahme der eingetragenen Genossenschaften (von 750 auf 1475), daß diese Rechtsform neben der GmbH von den LPGs bevorzugt wurde (Tabelle 4). Die Zahl der Einzelunternehmen hat sich von 9000 auf 12647 erhöht, wobei die Zahl der Haupterwerbsbetriebe von etwa 4500 auf 5565 anstieg. Während die durchschnittliche Betriebsgröße der Haupterwerbsbetriebe leicht zugenommen hat, nahm die Flächenausstattung der Personen- und Kapitalgesellschaften sowie der eingetragenen Genossenschaften — insbesondere im Vergleich zu den früheren LPGs — deutlich ab. Eine vergleichbare Entwicklung ist auch in der Tierhaltung zu beobachten, wo die übergroßen Bestände abgebaut wurden und mittlere Haltungsgrößen zunehmen. Wichtige Ursachen für diese Tendenz zu mehr "bodengebundener" Tierhaltung sind neben betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten agrarpolitische Vorgaben im Umweltbereich (z.B. Gülleverwertung) und die neu eingeführte Prämienregelung im Rindfleischsektor. Beides führt dazu, daß die Zahl der je Hektar gehaltenen Tiere begrenzt wird. Gemessen an der insgesamt bewirtschafteten Fläche haben die LPG-Nachfolgeunternehmen, also vor allem eingetragene Genossenschaften und GmbHs, mit zusammen etwa 65 vH die bei weitem größte Bedeutung; der Anteil von Einzelunternehmen im Haupterwerb hat knapp 15 vH erreicht und ist zuletzt nur noch langsam gestiegen.

Es muß bezweifelt werden, ob die Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft oder die der GmbH den Problemen der ehemaligen LPGs gerecht wird. Die ehemaligen LPGs sind durch Auszahlungsansprüche früherer Mitglieder, den dadurch bedingten Kapitalabfluß und die haftungsrechtlich ohnehin schmale Kapitalgrundlage (insbesondere bei der e.G.) geschwächt; die Beschaffung dringend benötigten Kapitals wird dadurch erschwert.⁵ Zudem ist die Zahl der Mitglieder häufig noch stark überhöht, was im organisatorischen Bereich große Probleme bereitet.⁶ Hinzu kommt, daß juristische Personen sowohl steuer- als auch subventionsrechtlich benachteiligt sind. Das dürfte dazu führen, daß nach drastischer Reduzierung der Mitgliederzahl

⁴ Eine relativ aktuelle und umfassende Darstellung der Betriebsstrukturen erlaubt die Auswertung der Anträge auf Anpassungshilfen im ersten Halbjahr 1992, die den Stand vom Februar 1992 enthält. Dabei nicht erfaßt werden Betriebe, in denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 vH beträgt (ehemalige volkseigene Güter), und Kleinbetriebe mit weniger als 300 Stunden kalkuliertem Arbeitsaufwand im Jahr.

⁵ Der Zusammenhang zwischen verschiedenen Unternehmensformen und haftungsrechtlichen sowie subventionsrechtlichen Fragen wurde an anderer Stelle ausführlich dargestellt (vgl. Schrader, Jörg-Volker, Anpassungsprozesse in der ostdeutschen Landwirtschaft. Analyse und Bewertung. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 171/172, August 1991, S. 37 f.).

⁶ König, Wolfgang, und Folkhard Isermeyer, Anpassungsstrategien landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften beim Übergang in die Marktwirtschaft. Referat auf der 33. Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus in Rostock, 30.09.–02.10.1992. Die empirische Grundlage der Untersuchung bilden 250 ehemalige LPGs, deren Entwicklung durch wiederholte Befragungen dokumentiert wird.

Tabelle 4 — Betriebe und Betriebsgrößenstruktur in den neuen Bundesländern (Stand: Februar 1992)

Rechtsform	Zahl der Betriebe	Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche (LF)	
		vH	ha LF
<i>Natürliche Personen</i>	17072	24,8	74
davon:			
landwirtschaftliche Einzelunternehmen	12647	17,1	69
darunter:			
Haupterwerb	5565	14,6	135
Personengesellschaften	933	7,3	398
Gartenbau	2462	0,1	2
Sonstige (u.a. Binnenfischerei)	1030	0,3	16
<i>Juristische Personen</i>	3039	75,2	1266
davon:			
eingetragene Genossenschaften	1475	43,9	1522
GmbH	1120	20,7	945
andere Körperschaften	157	2,3	765
GmbH & Co. KG	287	8,3	1481

Quelle: Bundesminister für Ernährung.

Gesellschaften bürgerlichen Rechts zunehmend an Bedeutung gewinnen. Aussagen über den Zusammenhang zwischen Unternehmensform und Produktivität sind derzeit empirisch noch wenig fundiert. Es kann aber festgestellt werden, daß der überhöhte Arbeitskräftebesatz in LPG-Nachfolgeunternehmen eine vergleichsweise geringe Arbeitsproduktivität mit sich bringt. Die häufig geäußerte Vermutung, daß in der Milchproduktion Familienbetriebe eine höhere Rentabilität erzielen als große, gut geführte LPG-Nachfolgeunternehmen, konnte freilich nicht bestätigt werden.

3. Behinderungen im einzelbetrieblichen Anpassungsprozeß

Die effiziente Nutzung der landwirtschaftlichen Ressourcen in Ostdeutschland ist noch immer durch Unsicherheit über die zukünftige Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen behindert. Hierzu zählen insbesondere die Belastung der LPG-Nachfolgeunternehmen mit Altschulden und die Bodenpolitik der Treuhand bzw. der BVVG, die durch das Fehlen eines Entschädigungsgesetzes für Alteigentümer gelähmt wird.

Den mit hohen Altschulden belasteten Unternehmen wird eine Teilentschuldung durch die Treuhandanstalt (Art. 25 Abs. 3 Einigungsvertrag) sowie eine bilanzielle Entlastung⁷ nach dem DM-Bilanzgesetz angeboten. Die bilanzielle Entlastung ist Bedingung für die Berücksichtigung bei der Teilentschuldung und setzt eine Rangrücktrittsvereinbarung und die Veräußerung aller nicht betriebsnotwendigen Vermögensteile voraus. Obwohl seitens der Bundesregierung versichert wurde, daß diese Vereinbarung keine Anerkennung der Schulden beinhaltet, haben die Betriebe dieses Angebot nur zögernd angenommen; sie fordern eine generelle Streichung

⁷ Die bilanzielle Entlastung beinhaltet eine Stundung des Kapitaldienstes für Altschulden. Sie wird wirksam durch eine Rangrücktrittsvereinbarung zwischen Kreditinstitut und LPG-Nachfolgeunternehmen. Die betroffenen Verbindlichkeiten werden dann in der Bilanz nicht mehr aufgeführt. Der resultierende Eigenkapitalzuwachs steht aber nicht für die Ausschüttung an die Mitglieder zur Verfügung. Erst bei Gewinnerzielung müssen 20 vH des Gewinns zur Bedienung der Verbindlichkeiten verwendet werden.

der Altschulden.⁸ Währenddessen verschlechtert sich die wirtschaftliche Situation vieler dieser Betriebe weiter; noch verbliebenes Eigenkapital wird aufgezehrt, weil die Rentabilität u.a. wegen noch zu hohen Arbeitskräftebesatzes⁹ und der Folgen der Dürre im Jahr 1992 gering ist und weil neue Kredite wegen fehlender Sicherheiten schwer zu erhalten sind. Die mangelnde Kreditfähigkeit betrifft zwei Aspekte: Erstens herrschen bei den Unternehmensformen die juristischen Personen vor, und ein großer Teil des Bodens, als wichtigste Sicherheit, gehört der Treuhand bzw. der BVVG; zweitens fehlt bisher auch für überzeugende Betriebsentwicklungspläne eine wichtige Grundlage, da die BVVG infolge des politischen Streits um das Entschädigungsgesetz noch keine langfristigen Pachtverträge abschließt.

Sowohl bei der Lösung des Altschuldenproblems als auch bei der Entschädigungsregelung für Alteigentümer haben Verteilungsgesichtspunkte Effizienzgesichtspunkte in den Hintergrund gedrängt, insbesondere die Frage, wie die von der BVVG verwalteten Flächen ohne Rückgabeansprüche (ca. 1 Mill. ha Landwirtschaftsfläche) zügig privatisiert werden können. Das Problem ist, daß eine wiederholte kurzfristige Verpachtung keine Planungssicherheit schafft und daß eine langfristige Verpachtung einer Privatisierung entgegensteht. Zudem ist zu bezweifeln, daß eine Verpachtung durch staatliche oder beauftragte Organe (BVVG) zu genauso effizienten Ergebnissen führt wie in dem Fall, in dem das Eigeninteresse des Bodeneigentümers direkt berührt ist. Eine schnelle Privatisierung könnte z.B. durch ein Ausschreibungs- oder Versteigerungsverfahren bewerkstelligt werden. Staatlich vorgegebene Mindestpreise sind unangebracht. Der Bodenpreis kann in Gebieten mit extrem leichten Böden und/oder starker Flurzersplitterung sehr niedrig liegen. Wollte man zuvor durch Flurbereinigungsverfahren die starke Zersplitterung beseitigen, um höhere Preise zu erzielen, müßten die sehr hohen Kosten dieser Verfahren mit einkalkuliert werden.

Gegen eine schnelle Privatisierung werden vor allem die folgenden Einwände vorgebracht:

- Die Staatseinnahmen wären sehr gering, da der Bodenpreis kurzfristig stark sinken würde, bei zeitlich gestrecktem Verkauf also ein höherer Bodenpreis erzielbar wäre: Dem ist entgegenzuhalten, daß bei Aufhebung von Marktzugangsbeschränkungen, die unter Umständen aus der Handhabung des Grundstücksverkehrsgesetzes resultieren, die Nachfrage nach Boden sehr elastisch sein dürfte. Weiterhin müssen die nicht unbeträchtlichen Kosten der Bodenverwaltung in Rechnung gestellt werden.
- Zunächst müßte die Entschädigungsregelung abgewartet werden: Allerdings ist auch die von seiten der Regierung hergestellte Verbindung zwischen Entschädigungsleistungen für Alteigentümer, einer Abgabenregelung für jene, die ihr Eigentum zurückerhalten (haben), und den "festzulegenden" Bodenpreisen sachlich schwer zu begründen. Will man der Bindung von Alteigentümern an ihren früheren Besitz Rechnung tragen, so würde es ausreichen, ihnen ein Vorkaufsrecht einzuräumen. Eine schnelle Entscheidung über die Entschädigungen wäre zu begrüßen, weil dies auch den Entscheidungsrahmen potentieller Bodenkäufer (Investoren) beeinflusst; sie ist aber nicht Voraussetzung für die Privatisierung.
- Der Boden würde ganz überwiegend an kapitalkräftige Investoren aus Westdeutschland oder dem Ausland wandern. Die derzeitigen Mitglieder der LPG-Nachfolgeunternehmen gingen leer aus. Viele ansonsten überlebensfähige Betriebe und damit Arbeitsplätze gingen verloren: Doch auch wenn man die Gesichtspunkte der Effizienz und der Erzielung hoher Bodenerlöse, denen gerade durch dieses Verfahren Rechnung getragen würde, beiseite läßt, können die verteilungspolitisch geprägten Argumente nicht überzeugen. Die Zahl der Arbeitsplätze hängt von der zu erzielenden Rentabilität der Betriebe ab und nicht von der Person der Bodeneigentümer. Ein Verkauf des Bodens an Ortsfremde oder auch an Altei-

⁸ Sie begründen ihr Verhalten damit, daß die "sozialistischen" Altkredite keine "echten" Schulden sind. Zur Zeit sind verschiedene Gerichte mit der Klärung dieser Frage befaßt.

⁹ Der immer noch zu hohe Arbeitskräftebesatz dürfte auch eine Folge der Ausgestaltung der Anpassungshilfen sein, die auf der Grundlage des kalkulierten "Arbeitskräftebedarfs" geleistet werden.

gentümer würde nur zum geringen Teil zur Folge haben, daß diese Personen ortsansässige Arbeitskräfte substituieren, die ansonsten rentabel beschäftigt werden könnten. Die weitergehende Forderung, die derzeit Beschäftigten durch Vorzugspreise oder entsprechend subventionierte Pachtkaufmodelle zu Bodeneigentümern zu machen, wirft die Frage auf, warum gerade diese relativ kleine Personengruppe in Ostdeutschland — und nur diese — mit Produktivkapital beschenkt werden sollte. Verteilungsgerechtigkeit müßte wohl nicht zuletzt innerhalb Ostdeutschlands angestrebt werden.

Angesichts der äußerst schwierigen Situation, in der sich zahlreiche LPG-Nachfolgeunternehmen befinden, scheint es dringend geboten, schnell für klare Rahmenbedingungen zu sorgen. Dies könnte folgendermaßen geschehen: (1) Die nach Saldierung mit den Erlösen aus der Veräußerung nicht betriebsnotwendiger Vermögensteile verbliebenen Altschulden sollten vom Staat übernommen werden. (2) Es sollte sofort und zügig mit der Privatisierung der von der BVVG verwalteten Flächen begonnen werden. Auflagen zur Sicherung bestimmter Betriebsformen oder Arbeitsplätze sollten unterbleiben.

Damit würden sich bürokratische Prüfverfahren bei dem Erlaß von Altschulden, bei der Verpachtung oder dem Verkauf von Flächen erübrigen. Über die Überlebensfähigkeit alter oder die Existenzfähigkeit neu zu gründender Betriebe würde dann nicht länger von Verwaltungen anhand der vorzulegenden Entwicklungspläne entschieden. Die Unternehmen hätten sich am Markt zu behaupten. Die Bodenmärkte würden nicht länger durch staatliche Eingriffe beeinträchtigt, wie es derzeit der Fall ist, indem man einerseits auf Rückzahlung der Altschulden beharrt und andererseits reduzierte Pacht- und Bodenpreise, z.B. in Form von Pachtkaufmodellen, anbietet, um das Überleben bestimmter Betriebe zu sichern. Die fraglos sehr ernste Beschäftigungslage in einigen ländlichen Regionen kann durch konservierende Eingriffe der Agrarpolitik ohnehin nicht dauerhaft entschärft werden.

4. Veränderungen in den agrarpolitischen Rahmenbedingungen

Anders als im Bereich der teilungsbedingten Altlasten ist es der Bundesregierung teilweise gelungen, Regelungen abzubauen oder zu verhindern, die die meist großen Betriebe in Ostdeutschland benachteiligen.¹⁰ Dies gilt z.B. für die Aufhebung der Obergrenze bei der Zahlung von Flächenstilllegungsprämien und von Abschaffungsprämien je Tier in der Rindermast, die nach der EG-Agrarreform des Sommers 1992 gezahlt werden. Auch ist es gelungen, die Referenzerträge für Getreide, die die Grundlage der neu eingeführten flächenbezogenen Subventionen sind, auf dem gleichen Niveau wie für Westdeutschland festzulegen. Allerdings führt die sogenannte Kleinerzeugerregelung, nach der Betriebe, die weniger als 13–20 ha mit Getreide oder Ölsaaten bebauen, von der obligatorischen Flächenstilllegung von 15 vH ausgenommen sind, dazu, daß Ostdeutschland aufgrund der Großbetriebsstruktur Produktionsanteile verliert.

Die Bundesregierung sollte auf dem Wege, die Diskriminierung von Großbetrieben abzubauen, fortfahren und auch in Brüssel auf eine Beseitigung diskriminierender Bestimmungen vor allem in der Strukturpolitik hinwirken. In ihrer eigenen Zuständigkeit liegt es, die bisher für Ostdeutschland nur ausgesetzte Gewerbesteuer für "nichtbäuerliche" Betriebe gänzlich aufzuheben.

Wichtige andere Benachteiligungen der ostdeutschen Landwirtschaft bleiben unverändert. Dazu zählen die Produktionsquoten bei Milch und Zucker sowie die Regelungen des agrarsozialen Sicherungssystems. Offenbar sind die Produktionsquoten in Anlehnung an den Pro-Kopf-Verbrauch festgelegt worden. Für eine stand-

¹⁰ Auf diese Benachteiligungen, die aus der bisherigen Festlegung der Bundesregierung auf das Leitbild des "bäuerlichen Familienbetriebes" resultieren, wurde an anderer Stelle eingegangen (vgl. Schrader, Jörg-Volker, Anpassungsprozesse in der ostdeutschen Landwirtschaft. Analyse und Bewertung. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 171/172, August 1991, S. 38 f.).

ortgerechte Ausrichtung der Produktion sollte — soweit das bei einer Quotenregelung überhaupt möglich ist — die Ressourcenausstattung als Maßstab genommen werden. Da in Ostdeutschland die Nutzfläche je Einwohner doppelt so groß ist wie in Westdeutschland, würde eine völlig andere Quotenverteilung resultieren. Auch wenn die Milchquoten in Ostdeutschland aufgrund der schwierigen Umstrukturierungsphase derzeit noch nicht ausgenutzt sind, zeichnet sich hier, wie schon jetzt bei Zucker, eine rigide Produktionsbehinderung ab. Gelingt es nicht, im Rahmen einer Fortführung der EG-Agrarreform — unter Umständen in Verbindung mit einer Einigung in den GATT-Verhandlungen — auch die Garantiepreise für Milch und Zucker zu senken und damit die Quoten sukzessive überflüssig zu machen, so scheint eine Umverteilung von Quoten zwischen West- und Ostdeutschland dringend geraten. Entsprechende Entscheidungen sollten möglichst früh fallen, damit sie noch beim Aufbau von Verarbeitungskapazitäten in Ostdeutschland berücksichtigt werden können.

Das sektorspezifische agrarsoziale Sicherungssystem der alten Bundesrepublik — Landwirtschaftliche Altershilfe, Landwirtschaftliche Krankenversicherung und Landwirtschaftliche Unfallversicherung — dient zu einem wesentlichen Teil der intersektoralen Einkommensumverteilung zugunsten der Landwirtschaft. Die Übertragung dieses Systems, das vollständig auf die westliche Agrarstruktur mit selbständigen Familienbetrieben zugeschnitten ist, auf die neuen Bundesländer führt zu gravierenden Ungereimtheiten.¹¹ So werden selbständige Landwirte in Zukunft dem landwirtschaftlichen Sicherungssystem angehören, Angehörige von Genossenschaften und Arbeitnehmer (unabhängig von der Organisationsform der Unternehmen) aber Mitglieder der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung sein. Da das Beitrags-Leistungs-Verhältnis der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung deutlich ungünstiger ist als im landwirtschaftlichen Sicherungssystem, führt das zu einer erheblich höheren Belastung mit Kosten für die Arbeitskraft in den betroffenen Betrieben.

Einen weiteren Nachteil erleiden die von der sektorspezifischen Sozialversicherung Ausgeschlossenen dadurch, daß sie im Gegensatz zu den Mitgliedern der landwirtschaftlichen Altershilfe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichten müssen. Die hieraus resultierende Diskriminierung bestimmter Unternehmensformen sollte zudem Anlaß sein, das Gesamtsystem zu überdenken, das schon zuvor zunehmend dazu mißbraucht wurde, Einkommenstransfers an die Landwirtschaft als Sozialmaßnahmen zu verkleiden. Richtiger wäre es, die agrarische Sicherung in das allgemeine Sicherungssystem zu integrieren.

III. Energiewirtschaft

Die Situation in der Energiewirtschaft Ostdeutschlands ist weiterhin durch einen Rückgang des Energieverbrauchs gekennzeichnet (1992: knapp 14 vH), wenngleich dieser nicht so hoch ausfiel wie im Vorjahr (Tabelle 5). In einer ähnlichen hohen Größenordnung bewegte sich auch der Rückgang des Elektrizitätsverbrauchs (Tabelle 6). Hierin schlagen sich vor allem zwei gleichläufige Entwicklungen nieder: (1) Der Schrumpfungprozeß im verarbeitenden Gewerbe hat sich fortgesetzt; die Produktionsrückgänge in den energieintensiven Bereichen Grundchemie, Stahlherstellung und Kali- und Düngemittelerzeugung waren überdurchschnittlich hoch. (2) Die Preisreglementierungen im Energiesektor, die mit erheblichen Verbrauchersubventionen verbunden waren, wurden im Jahr 1991 schrittweise abgebaut.

¹¹ Zu einer ausführlichen Darstellung der Problematik vgl. Mehl, Paul, und Konrad Hagedorn, Übertragung des Agrarsozialen Sicherungssystems auf die neuen Bundesländer: Probleme und Perspektiven. Referat auf der 33. Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus in Rostock, 30.09.-02.10.1992.

Tabelle 5 — Primärenergieverbrauch in den neuen Bundesländern 1989—1992

Energieträger	1989		1990		1991		1992 ^a		Veränderung					
									1989/1990		1990/1991		1991/1992	
	Mill. t SKE	vH	Mill. t SKE	vH	Mill. t SKE	vH	Mill. t SKE	vH	Mill. t SKE	vH	Mill. t SKE	vH	Mill. t SKE	vH
Mineralöl	17,9	13,9	18,0	16,0	20,5	24,6	20,5	28,5	-0,1	+0,6	+2,8	+15,8	0,0	0,0
Steinkohlen	5,4	4,2	4,7	4,2	3,2	3,8	2,8	3,9	-0,7	-13,0	-1,5	-31,9	-0,4	-12,5
Erdgas	11,9	9,3	9,6	8,5	8,4	10,1	9,0	12,5	-2,3	-19,3	-1,2	-12,5	+0,6	+7,1
Kernenergie	4,8	3,8	2,2	2,0	-	-	-	-	-2,6	-54,2	-2,2	-100	-	-
Braunkohlen	87,7	68,4	77,1	68,5	51,8	62,1	40,0	55,6	-10,6	-12,1	-25,3	-32,8	-11,8	-22,8
Wasserkraft ^b	0,4	0,3	0,8	0,7	-0,8	-1,0	-0,6	-0,8	+0,4	+100	-1,6	x	-0,2	x
Sonstige ^c	0,2	0,1	0,2	0,2	0,3	0,4	0,3	0,4	0,0	0,0	+0,1	+50,0	0,0	0,0
Insgesamt														
in Mill. t SKE	128,3	100	112,6	100	83,4	100	72,0	100	-15,7	-12,2	-28,9	-25,7	-11,4	-13,7
in Petajoule ^d	3760	x	3299	x	2444	x	2110	x	-461	x	-846	x	-334	x

^aGeschätzt. — ^bAußenhandelsaldo Strom. — ^cBrennholz u.ä. — ^d1 Mill. t Steinkohleneinheiten (SKE) = 29,3 Petajoule (PJ).

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen; Berechnungen des IfW.

Tabelle 6 — Elektrizitätsverbrauch aus der öffentlichen Versorgung in den alten und neuen Bundesländern 1989—1992 (GWh)

	1989	1990	1991	1. Hj. 1991	1. Hj. 1992	Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate (vH)		
						1989/1990	1990/1991	1991/1. Hj. 1992
						Alte Bundesländer	371168	379299
Neue Bundesländer	100812	84295	61668	36486	33412	-16,5	-27,0	-9,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke.

Tabelle 7 — Endenergieverbrauch nach Verbrauchssektoren

	Neue Bundesländer			Alte Bundesländer
	1989	1990	1991	1991
	<i>Mill. t SKE</i>			
Verarbeitendes Gewerbe	33,1	24,7	16,5	77,3
Verkehr	8,3	9,8	10,0	73,3
Haushalte	16,8	17,8	13,7	72,0
Kleinverbraucher	21,5	14,5	11,7	43,6
Militärische Dienststellen	2,7	1,9	1,1	2,3
Insgesamt	77,6	68,6	53,0	268,5
	<i>Anteile in vH</i>			
Verarbeitendes Gewerbe	42,6	36,0	31,1	28,8
Verkehr	10,7	14,3	18,9	27,3
Haushalte	21,7	25,9	25,8	26,8
Kleinverbraucher	21,5	21,0	22,1	16,2
Militärische Dienststellen	3,5	2,8	2,1	0,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen.

Dennoch hat sich die hohe Energieintensität der Wirtschaft im Beitrittsgebiet nicht vermindert, sondern im Zeitverlauf sogar noch leicht erhöht. In diesem Jahr war der Primärenergieaufwand pro Einheit Bruttosozialprodukt in den neuen Bundesländern, wie schon 1989, mehr als doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Allerdings ist bei der Struktur des Endenergieverbrauchs bereits ein deutlicher Wandel zu erkennen (Tabelle 7): Von 1989 bis 1991 (Schätzungen für das Jahr 1992 liegen bislang noch nicht vor) hat sich der Endenergieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe dem Niveau nach um mehr als die Hälfte und der Anteil von fast 43 vH auf gut 30 vH vermindert. Der Endenergieverbrauch war im Jahr 1991 auch in den Verbrauchssektoren Haushalte sowie Kleinverbraucher rückläufig. Nur im Verkehrssektor hat er zugenommen. Der starke Anstieg des privaten Personenverkehrs und der Lkw-Lieferungen hat hier — den in der Tendenz energieverbrauchsmindernden — starken Rückgang des Verkehrsaufkommens im öffentlichen Personen- und Güterverkehr überkompensiert.

1. Altlastenregelung und Privatisierung im Braunkohlenbergbau

Nicht nur im sektoralen Wandel des Endenergieverbrauchs, sondern auch in der Zusammensetzung des Primärenergieverbrauchs konnte im Beitrittsgebiet bereits ein deutlicher Strukturwandel verzeichnet werden (Tabelle 5). Die Kernkraftwerke wurden im Verlauf des Jahres 1990 endgültig stillgelegt. Außerdem ging der Einsatz von Braunkohle stark zurück: Er hat sich von fast 90 Mill. t SKE im Jahr 1989 auf 40 Mill. t SKE im Jahr 1992 mehr als halbiert. Auf die Braunkohle war die Energiewirtschaft der DDR fast monostrukturell ausgerichtet ("Wo Braunkohle eingesetzt werden kann, muß sie andere Energieträger ersetzen"), was jedoch mit gravierenden Umweltproblemen und -belastungen verbunden war. Insofern trafen die gravierenden Absatzeinbußen den Braunkohlenbergbau sicherlich nicht unerwartet.

Die beiden Kombinat-Nachfolgegesellschaften Vereinigte Mitteldeutsche Braunkohle AG (MIBRAG) und Lausitzer Braunkohlen AG (LAUBAG) befinden sich nach wie vor im Besitz der Treuhandanstalt. Bei ihrer vorgesehenen Privatisierung sind vor allem die folgenden beiden Grundfragen zu klären:

- Wer kommt für die ökologischen Folgelasten des "toten" Braunkohlenbergbaus (Sanierung der "Mondlandschaften") auf?
- Sollen Bergbauaktivitäten in beiden Braunkohlenrevieren aufrechterhalten werden, oder ist es aus ökonomischen und ökologischen Gründen sinnvoll, die verbleibende Braunkohlenförderung auf eines der beiden Braunkohlenreviere zu konzentrieren?

Die ursprünglich 17 Tagebaue im Lausitzer Revier und 21 Tagebaue des mitteldeutschen Reviers haben eine unkultivierte Fläche von 2500 km² hinterlassen — so groß wie das Saarland. In einem Teil dieser entkohlten Flächen hatten die großen Chemiekombinate ihre meist giftigen und unbehandelten Abfallprodukte "entsorgt". Steigt das Grundwasser infolge nachlassender oder eingestellter Bergbauarbeiten in der Umgebung, ist eine Verbreitung dieser Chemierückstände in das Grundwasser zu befürchten mit der Folge unkalkulierbarer Umweltfolgeschäden. Bislang wurden knapp 1000 solcher Altlasten-Verdachtsflächen ermittelt. Der Kostenaufwand für die wichtigsten Sanierungsaufgaben wird in den D-Mark-Eröffnungsbilanzen der MIBRAG und der LAUBAG sowie der ESPAG (Energiewerke Schwarze Pumpe AG) mit etwa 12,4 Mrd. DM ausgewiesen, der sich freilich über viele Jahre erstreckt.

Am 22. Oktober 1992 wurde zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine Grundsatzvereinbarung über die Finanzierung von ökologischen Altlasten getroffen.

Für Großprojekte, insbesondere auch im Bereich des Kohlenbergbaus und der Großchemie, wurde vereinbart, daß die auf die öffentliche Hand entfallenden Kosten zwischen der Treuhandanstalt und den oben genannten Bundesländern im Verhältnis von 75:25 aufgeteilt werden. Für die Braunkohle bedeutet diese Vereinbarung, daß beginnend mit dem Jahr 1993 etwa 1,5 Mrd. DM zur Altlastensanierung zur Verfügung stehen werden. Diese Mittel speisen sich aus einem zu erwartenden Privatisierungserlös, den genehmigten und noch zu erwartenden ABM-Mitteln im Braunkohlenbergbau und einer Deckungslücke der öffentlichen Hand. Dieser verbleibende Rest wird von der Treuhandanstalt und den an der Vereinbarung beteiligten Bundesländern im oben beschriebenen Verhältnis abgedeckt. Die Privatisierung von MIBRAG und LAUBAG ist nach wie vor eine Rechnung mit mehreren Unbekannten. Lange Zeit hatten die Konsortialführer des Stromvertrages (RWE Energie, Preußen Elektra und Bayernwerk) ein Übernahmekonzept präferiert, das die verbliebenen Bergbauaktivitäten, zumindest im Verstromungsbereich, auf das Lausitzer Revier konzentriert hätte. Das Konsortium unter Führung der Rheinbraun AG hatte im Sommer 1991 einen diesbezüglichen "letter of intent" bei der Treuhandanstalt abgegeben. Die Braunkohle dieses Reviers hat einen geringeren Schwefelgehalt als die des mitteldeutschen Reviers; dieses weist jedoch im Abraum-Kohle-Verhältnis und im Brennwert günstigere Werte aus als das Lausitzer Revier. Die Regierungen der drei Bergbauländer haben in der "Leipziger Erklärung" gefordert, daß die bergbaulichen Aktivitäten in beiden Revieren fortgeführt werden sollten, wenngleich das Fördervolumen von ursprünglich 300 Mill. t bis zur Jahrhundertwende auf ein Drittel oder 100 Mill. t vermindert werden soll. Dem hat sich offensichtlich auch die Treuhandanstalt angeschlossen und die MIBRAG international zum Verkauf ausgeschrieben, nicht ohne Erfolg. Als Interessenten traten seit dem Sommer 1992 der amerikanische Energiekonzern NRG Energy und der britische Stromerzeuger PowerGen in Erscheinung, die nicht nur Interesse an der Übernahme von Kohlengruben, sondern auch an der Errichtung von Braunkohlenkraftwerken bekundeten. Seitdem wird auch das mitteldeutsche Revier in die Kaufverhandlungen der deutschen Konsortialführer einbezogen und ist mittlerweile wohl unstrittig, daß eine optimierende Strategie fünf der ehemals 17 Tagebaue des Lausitzer Reviers und mindestens zwei der ursprünglich 21 Tagebaue des mitteldeutschen Reviers einbeziehen sollte. Noch sind die Verkaufs- und Übergabeverhandlungen aber offenbar im Fluß, denn sehr unterschiedlich sind wohl auch die Preisvorstellungen: Während das Konsortium den Übernahmepreis der altlastenfreien Braunkohlenbergbauaktivitäten in der Größenordnung von 1 bis 2 Mrd. DM ansiedelt, scheint die Treuhandanstalt von einem angemessenen Verkaufserlös in der Größenordnung von 7 Mrd. DM auszugehen.

Es ist aber sehr fraglich, ob die Verkaufsverhandlungen über die Braunkohlengesellschaften in ein entscheidendes Stadium treten können, bevor nicht das Schicksal des Stromvertrages entschieden worden ist, gegen den durch eine Verbandsklage von nunmehr 164 Kommunen der neuen Bundesländer eine Verfassungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht worden ist.

2. Neuordnung der Elektrizitätswirtschaft

Der Stromvertrag vom August 1990 wurde zwischen einem Konsortium der drei größten westdeutschen Verbundgesellschaften (RWE Energie, Preußen Elektra und Bayernwerk) und der Übergangsregierung de Mai zière geschlossen.¹² Mit diesem Vertrag war eine Vielzahl von Gemeinden und Städten im Beitrittsgebiet nicht einverstanden, und auch die unter der Regie der Treuhandanstalt im Februar 1991 getroffene "Grundsatzvereinbarung über die künftige Rolle von Stadtwerken" zwischen den hauptbeteiligten Konfliktparteien konnte

¹² Neu, Axel D., Anpassungsprozesse in der ostdeutschen Energiewirtschaft. Analyse und Bewertung. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 179/180, Februar 1992.

anfänglich 123 Kommunen nicht davon abhalten, Anfang September 1991 eine kommunale Verfassungsklage beim Bundesverfassungsgericht einzureichen, über die voraussichtlich erst Anfang nächsten Jahres entschieden werden soll (Anhang 1). Dabei soll aber nicht übersehen werden, daß etwa 100 Städte und Gemeinden zusammen mit den regionalen Elektrizitätsversorgungsunternehmen einvernehmliche Lösungen mit gemeinsamer Kapitalbeteiligung bei der Gründung von Stadtwerken gefunden haben.

Ein Obsiegen der klagenden Gemeinden könnte durchaus dazu führen, daß die gesamte Konstruktion der Stromverträge zum Einsturz gebracht wird, weil den Regionalunternehmen nun nach dem Einbruch der industriellen Stromnachfrage eine zweite Stütze gesicherter Absatzerwartungen entzogen wird. Es könnte durchaus auch der Fall eintreten, daß — darauf macht die "Stromseite" mit Nachdruck aufmerksam — der Einsatz von Braunkohle gefährdet sei, da selbstversorgende Stadtwerke auch in der Grundlast wegen der geringeren durchschnittlichen Blockgröße nicht auf den Energieträger heimische Braunkohle zurückgreifen werden. Dies wiederum ist nicht ohne Belang für die noch laufenden Privatisierungsverhandlungen über die MIBRAG und LAUBAG. Möglicherweise werden die drei neuen Bundesländer mit Braunkohlenbergbau bei einer Neuordnung des Elektrizitätsmarktes eine wesentlich engagiertere Rolle einnehmen müssen, als dies unter den bislang noch geltenden Stromverträgen der Fall ist.

3. Konfliktpotential in der Erdgasversorgung

Der Gasmarkt wurde bis zur Wende mit drei verschiedenen Gasarten beliefert, die von der Erzeugung bis zum Endverbraucher in getrennten Leitungssystemen transportiert werden mußten: mit einem schwachkalorigen Naturgas aus heimischer Förderung, einem hochkalorigen Erdgas aus Rußland als einzigem ausländischen Lieferanten und mit Stadtgas auf der Basis von Braunkohle mit etwa dem halben Brennwert des Importerdgases. Nach Aufhebung der Preiskontrollen und dem Fortfall der damit verbundenen Verbrauchersubventionen wurde das Stadtgas — bezogen auf den Brennwert — erheblich teurer als das importierte Erdgas. Die wichtigste Anforderung an die Erdgaswirtschaft in den neuen Bundesländern besteht in der zügigen Umstellung der Leitungssysteme von Stadtgas auf Erdgas — sie ist schon recht weit fortgeschritten und soll bis 1994 abgeschlossen sein — und in der Erschließung von Marktpotentialen, bei denen der Einsatz von Erdgas durch staatliche Reglementierungen behindert oder untersagt war. Dies betrifft insbesondere die industriellen Abnehmer und den Raumwärmemarkt der privaten Haushalte.

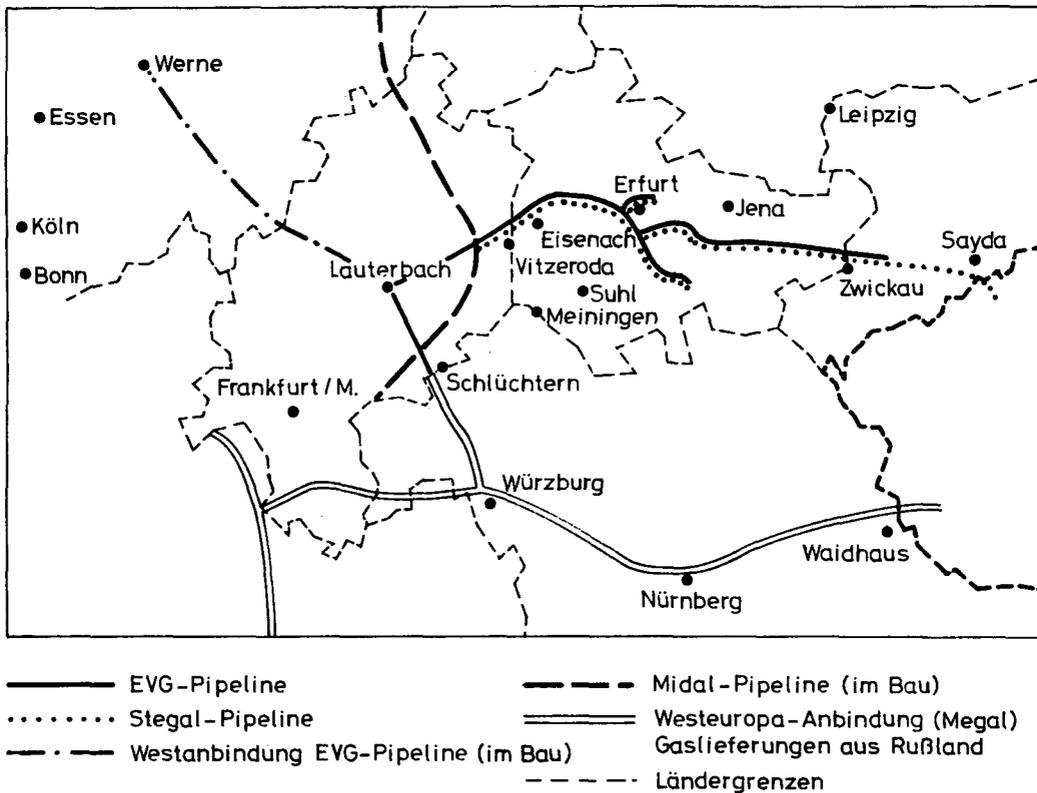
In der DDR wurden die Gaslieferungen von den Energiekombinaten der Bezirke im Querverbund zu den Stromlieferungen dargeboten. Im Zuge der Stromverträge vom August 1990 wurde dieser Querverbund untersagt, und es mußten technisch und wirtschaftlich unabhängige regionale Gasversorgungsunternehmen gebildet werden (Anhang 2).

Die Ferngasstufe in Form der vormaligen VEB Verbundnetz Gas wurde im Juni 1990 in die Verbundnetz Gas AG (VNG) umgewandelt. Bei der Vergabe der Kapitalanteile konnten sich der Quasimonopolist Ruhrgas AG mit 35 vH und die BEB Erdgas und Erdöl GmbH, die im Besitz der Erdölgesellschaften Shell und Esso ist und ihrerseits einen Kapitalanteil von 25 vH an der Ruhrgas AG besitzt, mit 10 vH eine relative Kapitalmehrheit sichern. Ihnen gegenüber standen die Wintershall AG, ein Tochterunternehmen der BASF, und die Wintershall Erdgas Handelshaus GmbH (WIEH), ein gemeinsames Tochterunternehmen der Wintershall AG und der Gazprom, dem Exportmonopolisten russischen Erdgases. Die Wintershall AG wurde mit 15 vH (plus 1 Aktie) und die Gazprom mit 5 vH des Aktienkapitals der VNG bedacht, obwohl diese Gesellschaften eine deutlich höhere Kapitalbeteiligung angestrebt hatten. Bei dem Eigentumsübergang war russisches Erdgas die einzige ausländische Bezugsquelle. So entstand eine asymmetrische Ausgangslage, in der die eine Seite (Ruhrgas AG und BEB) das Leitungsnetz, die andere Seite das damals verfügbare Erdgasangebot aus externen Quellen (WIEH und Gazprom) dominierte. Damit war der "Gaskrieg" des Jahres 1991 vorprogrammiert, zu-

nächst als unüberbrückbarer Dissens über den "angemessenen" Lieferpreis. Dieser Dissens hart mittlerweile einer gerichtlichen Klärung vor dem Kreisgericht Leipzig. Nachdem die WIEH gegen Ende des Jahres 1991 mehrfach Lieferkürzungen angekündigt hatte, sollte es nicht zu einem langfristig akzeptablen Liefervertrag kommen, einigten sich die Kontrahenten am Rande deutsch-russischer Wirtschaftsgespräche im Februar 1992 auf einen Kompromiß, den "Petersberg-Preis", über dessen Modalitäten alle Seiten Stillschweigen bewahrten. Er betraf nur die russischen Gaslieferungen des Jahres 1992.

In der Marktstrategie verfolgten beide Kontrahenten unterschiedliche Ziele. Die VNG strebte die Westanbindung an, um den Kreis der Erdgaslieferanten zu erweitern, aber die WIEH eine eigene Weiterleitung russischen Erdgases, um den Kreis möglicher Abnehmer zu diversifizieren. So ist es nicht verwunderlich, daß zwischen Sayda (Übergabepunkt des russischen Erdgases an die VNG) und der Ostgrenze von Hessen beide Gruppen fast parallel Erdgasleitungen verlegten, die VNG die EVG-Leitung und die WIEH die "Sächsisch Thüringische Erdgas-Leitung" (STEGAL). Beide Leitungssysteme erreichten im Spätherbst 1992 die Westanbindung, wobei die STEGAL spätestens Ende 1993 an die noch in Bau befindliche "Mitte-Deutschland-Anbindungs-Leitung" (MIDAL) angeschlossen werden soll. Durch diese parallelen Leitungen sind beide Anbietergruppen in der Lage, Versorgungsgebiete und Abnehmer in den neuen Bundesländern in direktem Wettbewerb zu erreichen (Schaubild 1), ein wettbewerbliches Novum, allerdings mit dem Schönheitsfehler, daß die WIEH-Gruppe zusätzlich auch noch die Transportleitungen von der STEGAL zu den Versorgungsgebieten und Großabnehmern verlegen müßte.

Schaubild 1 — Verbindung der Erdgasleitungssysteme West- und Ostdeutschlands



Quelle: Ruhrgas; VNG, 1992.

Aber auch hier zeichnet sich offenbar ein wettbewerbliches Novum ab. Als die WIEH Anfang 1992 die VNG aufforderte, in Verhandlungen über Durchleitungen von der STEGAL zu der Foto- und Spezialpapierfabrik Weißenborn in Sachsen einzutreten, verweigerte die VNG dies beharrlich. Dies führte im April 1992 zur Eröffnung eines Mißbrauchsverfahrens durch das Bundeskartellamt in Berlin, gefolgt von einem Beschluß zur Durchleitungsverpflichtung im Juni 1992. Hiergegen hat die VNG vor dem Kammergericht Berlin Rechtsmittel eingelegt, und alle Prozeßbeteiligten gehen wohl davon aus, daß dieser Rechtsstreit in zwei bis drei Jahren vor dem Bundesgerichtshof letztinstanzlich entschieden wird.

Das Bundeskartellamt stützt seine Durchleitungsverfügung auf §103 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), wonach, auch im Hinblick auf Durchleitungsbegehren, "Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung und unbillige Behinderung" untersagt sind. Diese Gesetzesbestimmung wurde zwar bereits 1980 in das GWB eingefügt und im Zuge der 5. Kartellnovelle vom 20.2.1992 präzisiert, aber zum ersten Mal in diesem konkreten Einzelfall angewendet. Insofern liegt hier nicht, wie Vertreter der VNG vermuteten, ein vorausseilender Vorgriff auf noch nicht rechtsgültige Vorschläge der EG-Kommission ähnlichen Inhalts vor. Allerdings könnten diese Vorschläge bis zur Klärung des anhängigen Rechtsstreits durchaus schon Rechtskraft im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt für Energie erlangt haben.

Der Kompromiß des "Petersberg-Preises" galt nur für das Lieferjahr 1992; gegen Ende des Jahres 1992 wiederholen sich die Kampffrituale von Ende 1991. Allerdings erzielten diesmal die WIEH und die VNG ziemlich bald am 27.11.1992 eine Einigung über die preisliche Gestaltung zur Lieferung der Orenburg-Menge (2,8 Mrd. m³ Erdgas). Über den Liefervertrag, dessen Laufzeit wiederum bis zum 31.12.1993 befristet ist, haben beide Vertragsparteien Vertraulichkeit vereinbart.

Von 1989 bis 1991 war der Einsatz von Erdgas in den neuen Bundesländern absolut rückläufig, verursacht vor allem durch den Rückgang der Nachfrage von industriellen Großabnehmern; bereits seit 1992 nimmt der Erdgasabsatz aber wieder deutlich zu. Bis zum Jahr 2000 könnte sich der Erdgasabsatz in den neuen Bundesländern nach einer Prognose der Esso AG mehr als verdoppeln.

4. Privatisierung des Mineralölsektors

Ebenso wie beim Bezug von Erdgas war für die DDR Rußland der alleinige Lieferant von Rohöl über die Pipeline "Freundschaft". Die dort befindlichen Raffineriekapazitäten wiesen zur Zeit der Wende eine Größenordnung von 22 Mill. t Jahresdurchsatz auf. Die beiden Raffinerieschwerpunkte bildeten die Raffinerie in Schwedt/Oder (12 Mill. t/Jahr) und der sächsisch-anhaltinische Raffineriekomplex mit den Raffinerien in Leuna (5,2 Mill. t/Jahr), Zeitz (3,2 Mill. t/Jahr), Lützkendorf (0,55 Mill. t/Jahr) und Böhlen (2,1 Mill. t/Jahr). Der Betrieb der letztgenannten Raffinerie wurde schon 1990 eingestellt. Das Vertriebsmonopol aller Mineralölprodukte einschließlich des Tankstellenbetriebes lag bei der Minol.

Als erste Raffinerie wurde Mitte 1991 die "Petrochemie und Kraftstoffe AG" (PCK) in Schwedt an ein Konsortium veräußert, das von der DEA Mineralöl AG und der Veba Oel AG mit jeweils 37,5 vH Kapitalanteil sowie von Agip, Total und Elf Aquitaine mit zusammen 25 vH Anteil gebildet wurde. Der Kaufpreis soll 1 Mrd. DM betragen haben, weitere 1,5 Mrd. DM sollen in die Modernisierung der Raffinerie und in Umwelt-schutzmaßnahmen investiert werden. Die Treuhandanstalt soll dabei finanzielle Verpflichtungen der Beseitigung und Sanierung von Altlasten übernommen haben, deren Größenordnung offiziell nicht beziffert worden ist.

Die sächsisch-anhaltinischen Raffineriekapazitäten in Leuna und Zeitz wurden zusammen mit der Minol zu einem "Paket" verbunden und gemeinsam angeboten; um diese hatten sich drei Konsortien beworben. Den Zu-

schlag erhielt im Januar 1992 das Konsortium bestehend aus der Elf Aquitaine, der Thyssen Handelsunion und der Deutschen SB-Kauf AG (TED-Konsortium). Die Einzelheiten des Übernahmevertrages wurden Mitte 1992 vereinbart; sie fanden im Herbst die Billigung des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft.

Die Kernelemente des Übernahmevertrages betreffen folgende Regelungsbereiche:

- Neubau einer Raffinerie in Leuna bis zum Jahr 1996 mit einer Verarbeitungskapazität von 12 Mill. t pro Jahr, also in gleicher Größenordnung wie in Schwedt. Hierfür ist ein Investitionsvolumen von 3 bis 4 Mrd. DM vorgesehen.
- Weiterbetrieb der bisherigen Raffinerien in Leuna und Zeitz bis zur Inbetriebnahme der neuen Raffinerie, allerdings ohne finanzielles Risiko für das TED-Konsortium: Die Treuhandanstalt übernimmt in dieser Zeit das Verlustrisiko sowie die Abbruch- und Altlastbeseitigungskosten der alten Raffinerien. Der finanzielle Gegenwert dieser Verpflichtungen wird der Größenordnung nach mit 2–3 Mrd. DM beziffert. Nicht nur aus Kreisen der Mineralölindustrie ist an diesem Teil der Vereinbarung heftige Kritik geübt worden. Der Vorwurf lautet: Diese Vereinbarung "sozialisiere" die Verluste aus dem Mineralölbereich und "privatisiere" die Gewinne aus dem Minol-Bereich.
- Weiterführung des Minol-Tankstellenbereichs unter eigener Marke. Dies ist allerdings noch nicht endgültig entschieden. Hier sollen Kostenübernahmeverpflichtungen der Treuhandanstalt für Personalanpassungen und einen damit verbundenen Sozialplan sowie zur Altlastensanierung den für die Minol AG erzielten Kaufpreis übersteigen.
- Übergabe der an Bundesautobahnen gelegenen Minol-Tankstellen an die staatliche Gesellschaft für Nebenbetriebe an Bundesautobahnen (GfN), allerdings verbunden mit einer präferentiellen Regelung zugunsten des Konsortialmitgliedes Elf Aquitaine. Das Bundeskartellamt hatte angekündigt, daß es diesen Teil der Vereinbarung einer wettbewerbsrechtlichen Überprüfung unterziehen will. Zwischenzeitlich wurde eine Einigung mit dem TED-Konsortium herbeigeführt.

Bislang sind noch alle Raffineriekapazitäten in den neuen Bundesländern auf die Rohöllieferungen aus der russischen Pipeline "Freundschaft" ausgerichtet. Es bestehen mehrere Pläne und Projekte westlicher Mineralölgesellschaften, die Raffineriezentren in den neuen Bundesländern an die westlichen Pipeline-Systeme mit den Ausgangspunkten Hamburg und Wilhelmshaven anzubinden. Die Landesregierung in Sachsen-Anhalt weigert sich bislang jedoch beharrlich, die für die Planung dieser Projekte notwendigen Raumordnungsprüfungsverfahren durchzuführen (vielleicht auch dies zur Abschottung der Raffinerie in Leuna, mutmaßen einige Vertreter der Mineralölindustrie). Sollten sich nämlich die Verhältnisse in den neuen Bundesländern auch in dieser Hinsicht angleichen, so wären die dortigen Raffinerien nur zu 75 vH ausgelastet. Ob sie damit bereits in der Gewinnzone operieren können, ist nach aller bisherigen Erfahrung keineswegs sicher.

IV. Industrie

1. Die aktuelle Lage

Die Situation der ostdeutschen Industrie ist nach wie vor von gravierenden Anpassungsschwierigkeiten bestimmt. Die Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen verbessert sich, und neue, moderne Unternehmen kommen hinzu; sie bilden aber noch kein ausreichendes Gegengewicht zu den nicht wettbewerbsfähigen Be-

trieben, die vielfach nur mit massiver Unterstützung von außen am Leben zu halten sind. In der Summe stagnieren Produktion und Auftragseingänge seit Jahresbeginn, und zwar bei der Mehrzahl der Wirtschaftszweige (Tabellen A1 und A2 im Anhang 3). Die Produktion zieht allein bei der Steine- und Erdenindustrie deutlich an, während sie bei der Holzverarbeitung, dem Textilgewerbe, den Gießereien und der Herstellung von Büromaschinen weiter zurückgeht. Bei den Auftragseingängen zeigt sich ein ähnliches Bild.

2. Unternehmensbefragung des DIW: Weitere Ergebnisse

Das DIW hat von Mai bis September dieses Jahres Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland nach ihrer wirtschaftlichen Lage, ihren Anpassungsmaßnahmen und ihren Perspektiven befragt.¹³ In die Erhebung einbezogen wurden — wie schon bei einer ähnlichen Umfrage vor einem Jahr¹⁴ — Betriebe der Treuhandanstalt und von ihr inzwischen privatisierte Unternehmen. Dieses Mal wurden zusätzlich Unternehmen befragt, die schon vor der deutschen Vereinigung in privater Hand waren, sowie solche, die 1990 und später gegründet worden sind. Außerdem wurden auch industrielle Kleinbetriebe und das Handwerk im verarbeitenden Gewerbe berücksichtigt.

Angeschrieben wurden knapp 14000 Unternehmen. Die Resonanz auf die Befragung war außerordentlich positiv. Viele Antworten gingen noch nach der vorgesehenen Rücksendefrist ein; mit diesem Bericht werden abschließende Ergebnisse vorgelegt. Geantwortet haben knapp 6500 Unternehmen, also die Hälfte der angeschriebenen Unternehmen. Darunter waren rund 1600 Unternehmen, die inzwischen nicht mehr im verarbeitenden Gewerbe, sondern in anderen Branchen — vor allem im Handel und im Baugewerbe — tätig sind oder sogar liquidiert wurden. Knapp 4800 Fragebögen waren verwertbar.

Die beteiligten Unternehmen beschäftigten Mitte 1992 nahezu eine halbe Million Personen (Tabelle 8). Fast die Hälfte der Unternehmen hatte weniger als 20 Beschäftigte, ein weiteres Fünftel zwischen 20 bis 50 Personen. Zu den Kleinbetrieben zählen vor allem Handwerksbetriebe des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes, des Straßenfahrzeugbaus, des Stahl- und Leichtmetallbaus sowie anderer verbrauchsnahe Bereiche. Die Zahl der Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten ist zwar gering, auf sie entfallen aber 50 vH der Arbeitskräfte.

Inwieweit diese Ergebnisse repräsentativ sind, läßt sich nur schwer beurteilen, denn aktuelle Strukturdaten über die Grundgesamtheit liegen nicht vor. Nimmt man als Maßstab den Kreis der monatlich zur amtlichen Statistik meldenden Unternehmen¹⁵, so hat immerhin die Hälfte der Industrieunternehmen an der Umfrage teilgenommen. Unsere Stichprobe scheint insofern die Größenstrukturen der amtlichen Statistik repräsentativ abzubilden, als diese Unternehmen auch etwa die Hälfte der Ende Juli amtlich erfaßten Beschäftigten ausmachen. Zwar sind die Branchen in der Befragung nicht ganz so vertreten wie im Meldekreis. Insgesamt gesehen sind die Abweichungen aber doch so gering, daß wir Repräsentanz unserer Stichprobe für die Unternehmen der amtlichen Statistik annehmen.

¹³ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft, Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Sechster Bericht. In: DIW-Wochenbericht, 39/92, sowie in: Kieler Diskussionsbeiträge, 190/191.

¹⁴ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft, Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Dritter Bericht. In: DIW-Wochenbericht, 39–40/91, sowie in: Kieler Diskussionsbeiträge, 176.

¹⁵ Gut ein Zehntel der meldepflichtigen Unternehmen meldet derzeit nicht (vgl. Eickelpasch, Alexander, und Bernd Görzig, Wird die wirtschaftliche Dynamik in Ostdeutschland von der Statistik unterschätzt? — Ergebnisse der Unternehmensbefragung des DIW für das verarbeitende Gewerbe. DIW-Diskussionspapier Nr. 60, Berlin 1992).

Tabelle 8 — Die an der Befragung des DIW beteiligten Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes und deren Beschäftigte

Gewerbebranche Größenklassen	Unternehmen		Beschäftigte ^a	
	Zahl	vH	in 1000	vH
<i>Gewerbebranche</i>				
Steine und Erden	202	4	15,5	3
Eisen, NE-Metalle, Gießereien	88	2	22,9	5
Chemie	96	2	48,2	10
Stahl- und Leichtmetallbau	399	8	46,9	10
Maschinenbau	447	9	97,4	20
Straßenfahrzeugbau	601	14	24,2	5
Schiffbau	18	1	14,6	3
Elektrotechnik	389	8	50,3	10
EBM-Waren	126	3	8,7	2
Feinkeramik, Glas	75	2	10,7	2
Holzverarbeitung	394	8	16,8	4
Papier- und Pappeverarbeitung	42	1	2,7	1
Druck	162	3	7,5	2
Kunststoff	162	3	8,1	2
Textil	124	3	17,1	4
Bekleidung	115	2	8,5	2
Nahrungs- und Genußmittel	762	16	33,7	7
Sonstige Gewerbebranche	593	12	52,1	11
<i>Größenklassen</i>				
Unternehmen mit ... Beschäftigten ^a				
1 bis 19	2300	48	17,7	4
20 bis 49	1000	21	31,4	7
50 bis 99	575	12	39,6	8
100 bis 199	414	9	57,0	12
200 bis 499	328	7	100,1	21
500 bis 999	108	2	74,7	15
1000 und mehr	70	2	165,4	34
<i>Alle Unternehmen</i>	4795	100	485,9	100

^aStand: Ende Juni 1992.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

Im sechsten Bericht ist vorrangig über die aktuelle Lage der Unternehmen, über ihre geplanten Maßnahmen, über die von ihnen für notwendig erachtete Unterstützung, über die Motive des Engagements auswärtiger Investoren und über die Privatisierungschancen der Treuhandbetriebe informiert worden. Im Vordergrund dieses Berichts stehen die Eigentumsverhältnisse, der Bezug von Vorleistungen der Betriebe, die Investitionstätigkeit sowie die Erwartungen der Unternehmen hinsichtlich Umsatz, Absatzstruktur und Beschäftigung für das kommende Jahr.

Eigentumsverhältnisse

Die Treuhandanstalt ist nach wie vor der wichtigste Arbeitgeber im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe. Dieses spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Befragung wider. Zwar war nur knapp ein Fünftel der betei-

ligten Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt; diese beschäftigten aber weit mehr als die Hälfte aller Arbeitskräfte in den befragten Betrieben des verarbeitenden Gewerbes (Schaubild 2). Großunternehmen waren noch zum überwiegenden Teil in Treuhandbesitz (Tabelle 9). Dabei handelte es sich vor allem um Unternehmen im Eisen- und Stahlbereich, um Gießereien, um Unternehmen in der Chemischen Industrie, im Maschinen- und Schiffbau, bei der Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, der Ledererzeugung und -verarbeitung sowie im Textil- und Bekleidungsgerwebe.

Schaubild 2 — Eigentumsverhältnisse bei Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in den neuen Bundesländern (Anteile in vH)

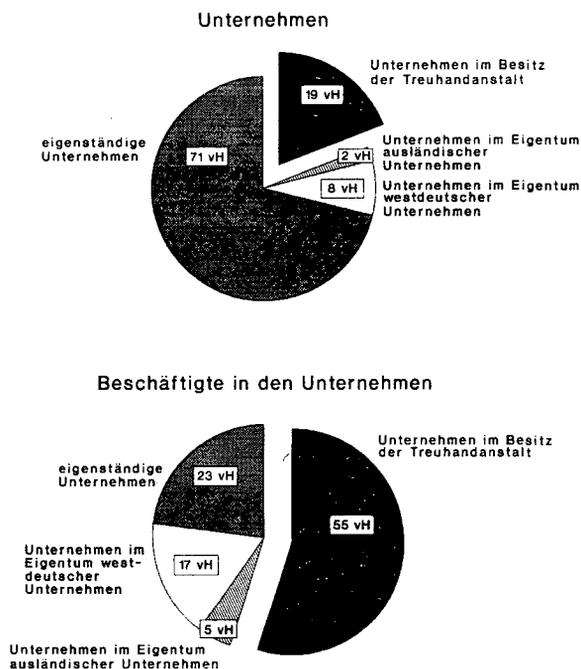
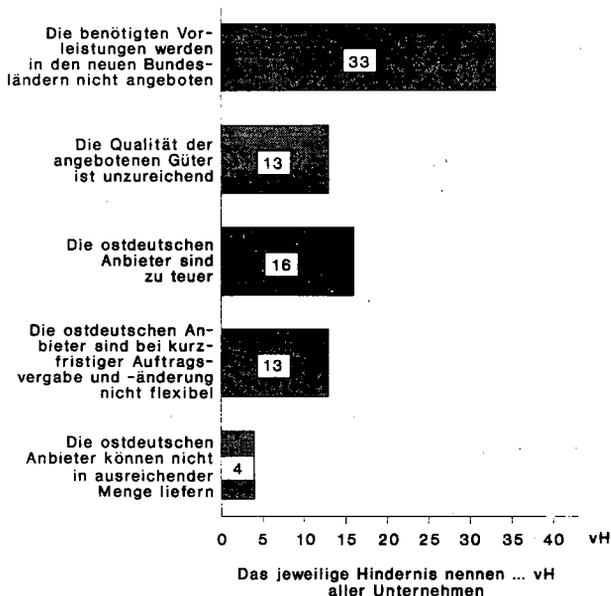


Schaubild 3 — Hindernisse für den Bezug von Vorleistungen aus den neuen Bundesländern aus der Sicht der Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes



Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

Unter den privat geführten Unternehmen sind die nicht konzerngebundenen in der Überzahl. Gemessen an der Beschäftigung halten sich beide Gruppen aber die Waage. Die eigenständigen ostdeutschen Unternehmen sind überwiegend industrielle Kleinbetriebe oder Handwerksbetriebe und vorwiegend auf lokalen Märkten tätig. Sie bestimmen das Bild in verbrauchs- und baunahen Branchen wie im Reparaturhandwerk, im Ernährungsgewerbe, in der Holzverarbeitung und im Stahlbau, aber auch in den verschiedenen Bereichen der Stahlverarbeitung (Stabziehereien, Stahlverformung und -härtung, Schlossereien, Schleifereien etc.). Knapp zwei Fünftel dieser Betriebe existierten schon vor der deutschen Vereinigung, ein Fünftel wurde neugegründet und nur ein knappes Drittel wurde aus Beständen der Treuhandanstalt erworben.

Fast alle Unternehmen, die von westdeutschen und ausländischen Investoren kontrolliert werden, waren vormals in Treuhandbesitz; das Gewicht neugegründeter Unternehmen ist gering. Überdurchschnittlich stark vertreten sind diese Investoren in den Branchen Steine und Erden, Chemie, Straßenfahrzeugbau, Feinkerami-

Tabelle 9 — Eigentumsverhältnisse von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland (vH)

	Unternehmen mit ... Beschäftigten ^a							Unter- nehmen insgesamt	Nachrichtlich: Beschäftigte ^a in den Unter- nehmen insge- samt
	bis zu 19	20 bis 49	50 bis 99	100 bis 199	200 bis 499	500 bis 999	1000 und mehr		
Alle Unternehmen	100	100	100	100	100	100	100	100	100
davon:									
Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt	4	18	31	39	58	56	61	19	55
Private Unternehmen	96	82	69	61	42	44	39	81	45
davon:									
Eigenständige Unternehmen	94	73	54	36	13	10	10	71	23
Unternehmen im Eigentum westdeutscher Unternehmen	2	8	13	20	24	23	20	8	17
Unternehmen im Eigentum ausländischer Unternehmen	0	1	2	5	5	8	9	2	5
davon:									
Privatisierte oder, reprivatisierte Unternehmen ^b	15	49	47	49	37	39	37	32	36
Unternehmen, die vor 1990 in privater Hand waren	56	18	9	5	3	4	0	32	5
Unternehmen, die nach 1989 gegründet wurden	25	15	13	7	2	1	2	17	4

^aStand: Ende Juni 1992. — ^bEinschließlich teilprivatisierter Unternehmen.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

sche Industrie und Glasindustrie, Papierherstellung, Druckgewerbe sowie Herstellung von Kunststoffwaren. Ausländische Engagements finden sich häufig in den Bereichen Steine und Erden, Chemie, Elektrotechnik und Ernährungsgewerbe.

Bezug von Vorleistungen aus Ostdeutschland

Die Entwicklung eines effizienten Vorleistungsnetzes ist ein wichtiges Element im industriellen Neuaufbau zwischen Elbe und Oder, namentlich auch hinsichtlich des Entstehens mittelständischer Produktionsunternehmen. Der Befragung zufolge beziehen knapp drei Viertel der ostdeutschen Unternehmen Vorleistungen (ohne Energie, Energieträger und Wasser) aus den neuen Bundesländern (Tabelle A3). Stellt man in Rechnung, daß eine Reihe von Firmen im wesentlichen nur Zulieferungen aus dem Westen kaufen kann, wie die an große Automobilkonzerne gebundenen Kfz-Vertragswerkstätten oder wie viele ausschließlich im Lohnauftrag fertigen Unternehmen oder wie jene Betriebe, die als "verlängerte Werkbänke" westlicher Muttergesellschaften fungieren, dann ist die Zahl der Unternehmen, die Vorleister in den neuen Bundesländern haben, nicht gering. Zahlreiche Abnehmer-Lieferer-Beziehungen bestehen offensichtlich noch; gerade Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt kaufen überdurchschnittlich häufig ostdeutsche Vorleistungen. Aber auch die meisten westdeutschen und ausländischen Investoren beziehen Vorleistungen aus Ostdeutschland, sei es, weil alte Beziehungen bei privaten Betrieben aufrecht erhalten, sei es, weil neue geknüpft werden. Vergleichsweise gering ist dagegen der Vorleistungsbezug kleiner privater Unternehmen. Darunter sind viele Handwerksbetriebe, insbesondere aus dem Kfz-Handwerk.

Die Befragungsergebnisse geben zwar keine Informationen über das Ausmaß der Vorleistungsverflechtung¹⁶ innerhalb der neuen Bundesländer; sie zeigen aber, daß sich das Geflecht von Abnehmer-Zulieferer-Beziehungen sehr rasch ausweitete: So wollen gut zwei Fünftel der Firmen, die bereits Zulieferer in den neuen Bundesländern hat, von dort demnächst verstärkt Vorleistungen beziehen. Ein großer Teil davon bemüht sich um Lieferanten für Leistungen, die bisher von woanders bezogen wurden. Auch von den Unternehmen, die bisher keine Güter aus den neuen Bundesländern nachgefragt haben, sucht fast ein Drittel dort nach Bezugsmöglichkeiten.

Zwei Fünftel aller Unternehmen sehen keine Möglichkeit, verstärkt Vorleistungen aus den neuen Bundesländern zu beziehen, und ein Fünftel aller Unternehmen sieht keine Möglichkeit, überhaupt Vorleistungen aus diesen Ländern zu beziehen. Dabei liegen die Hindernisse offenbar zumeist nicht bei der Nachfrage der Unternehmen, sondern beim Angebot (Schaubild 3). Von einem Sechstel aller Unternehmen wird kritisiert, daß die Anbieter von Vorleistungen zu teuer sind. Fast ebenso viele meinen, daß die Qualität zu wünschen übrig läßt oder daß die Zulieferer nicht flexibel genug sind. Am häufigsten wird bemängelt, daß es für die benötigten Güter in Ostdeutschland überhaupt keine Anbieter gibt. Das ist schon allein deshalb nicht erstaunlich, weil die neuen Bundesländer ein kleiner Wirtschaftsraum sind und es zudem Zeit braucht, bis sich ein vielfaches Angebot entwickelt hat.

Die Kritik am Angebot an Vorleistungen aus Ostdeutschland ist breit gestreut. Sie wird von Unternehmen aller Wirtschaftszweige geäußert und findet sich unter großen Unternehmen nahezu ebensooft wie unter kleinen und mittleren, unter Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt fast so häufig wie unter den privaten.

Investitionen

Im Rahmen der Befragung des DIW sind Angaben zum Investitionsverhalten der Unternehmen erhoben worden. Rechnet man die Befragungsergebnisse hoch, so sind im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe im vergangenen Jahr Investitionen im Umfang von reichlich 13 Mrd. DM vorgenommen worden.¹⁷ Für 1992 waren Investitionen von gut 19 Mrd. DM geplant,¹⁸ 45 vH mehr als im Vorjahr. Allerdings wurde nicht überall investiert: 5 vH der Unternehmen haben 1991 keine Investitionen vorgenommen.¹⁹ Gleich hoch ist der Anteil derjenigen, die 1992 nicht investieren wollten. Bei den Treuhandunternehmen ist er jeweils doppelt so groß.

Schwerpunkte der Investitionen lagen in den Branchen Straßenfahrzeugbau, Steine und Erden, Nahrungs- und Genußmittel, Stahlbau, Maschinenbau, Chemie und Elektrotechnik. Auf sie entfielen 1991 wie 1992 jeweils zwei Drittel der Investitionen. Eine Differenzierung der Angaben nach Eigentumsverhältnissen zeigt das geringe Gewicht der Treuhandbetriebe (Tabelle 10). Bei den Privatunternehmen dominieren Unter-

¹⁶ Um das bestimmen zu können, hätten von den Unternehmen Daten über die Höhe ihrer aus Ostdeutschland bezogenen Vorleistungen erfragt werden müssen. Wie frühere Befragungen des DIW zu anderen Themen gezeigt haben, sind wegen des damit verbundenen Aufwandes nur wenige Unternehmen bereit, solche Daten zur Verfügung zu stellen. Die Folge wäre, daß auch dann nicht ausreichend repräsentative Aussagen möglich wären.

¹⁷ Die Hochrechnung erfolgte unter der Annahme, daß sich das Investitionsverhalten der nicht erfaßten Unternehmen nicht nennenswert von dem der an der Befragung beteiligten Unternehmen unterscheidet. Nach den vorläufigen Ergebnissen der vierteljährlichen Investitionserhebung des Statistischen Bundesamtes beliefen sich die Investitionen in der ostdeutschen Industrie im Jahr 1991 auf 9,5 Mrd. DM. Die Treuhandanstalt beziffert die Investitionen ihrer Industrieunternehmen für 1991 mit 4 Mrd. DM. Die Differenz zu dem hier ermittelten Investitionsvolumen ergibt sich daraus, daß bei der DIW-Umfrage auch Kleinbetriebe beteiligt waren. Zudem erfaßt die amtliche Statistik offensichtlich nicht alle meldepflichtigen Unternehmen.

¹⁸ Hinzu kommt der Anschaffungswert von Leasinggütern im Umfang von hochgerechnet gut 1,5 Mrd. DM. Ein Drittel der Unternehmen, vor allem kleine eigenständige Privatunternehmen, gab an, Investitionsgüter zu leasen.

¹⁹ In der westdeutschen Industrie liegt dieser Anteil bei etwa einem Zehntel, was überwiegend auf das große Gewicht kleiner Unternehmen zurückzuführen sein dürfte.

Tabelle 10 — Investitionen im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe 1991 und 1992 nach Eigentumsverhältnissen (vH)

	1991	1992 ^a
Alle Unternehmen	100	100
Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt	31	25
Private Unternehmen ^b	69	75
davon:		
Eigenständige Unternehmen	26	24
Unternehmen im Eigentum westdeutscher Unternehmen	34	43
Unternehmen im Eigentum ausländischer Unternehmen	9	8
davon:		
Privatisierte oder reprivatisierte Unternehmen	50	44
Unternehmen, die vor 1990 in privater Hand waren	6	7
Unternehmen, die nach 1989 gegründet wurden	13	24

^aGeplante Investitionen. — ^bEinschließlich teilprivatisierter Unternehmen.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

nehmen mit westdeutschem Eigentümer, wenn auch die Bedeutung ostdeutscher Unternehmen bemerkenswert groß ist.

Der überwiegende Teil der Investitionen dient der Modernisierung des Maschinenparks. Nur ein knappes Fünftel der Mittel wird für Baumaßnahmen eingesetzt. Die Struktur der Investitionen der ostdeutschen Industrie unterscheidet sich damit kaum von der in der westdeutschen Industrie. Dort lag der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt der zurückliegenden fünf Jahre bei 82 vH.

Bezieht man den Investitionsaufwand der Unternehmen auf die Zahl der Beschäftigten,²⁰ so zeigt sich, daß die so berechnete Investitionsintensität besonders hoch ist in den Branchen Steine und Erden, Straßenfahrzeugbau, Druckgewerbe, Kunststoffverarbeitung und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (Tabelle A4). Private Unternehmen investierten 1991 je Beschäftigten mehr als doppelt so viel wie Treuhandbetriebe; 1992 wird es den Plänen zufolge sogar fast das Dreifache sein. Bei den Unternehmen, die einem westdeutschen Unternehmensverbund angeschlossen sind, liegen die Ausgaben vor allem für 1992 noch weitaus höher, und zwar bei 54000 DM je Beschäftigten. Sie sind damit hinsichtlich der Modernisierung und Umstrukturierung die wichtigste Investorengruppe in Ostdeutschland. In der westdeutschen Industrie belief sich der Investitionsaufwand je Beschäftigten im Durchschnitt der zurückliegenden fünf Jahre auf reichlich 12000 DM.

Der Befragung zufolge sollen die für 1993 geplanten Investitionen gegenüber 1992 um schätzungsweise 9 vH zunehmen. Doch ist angesichts des Konjunktur einbruchs in Westdeutschland fraglich, ob alle Investoren, vor allem die Großinvestoren, ihre Pläne auch tatsächlich umsetzen.

Die Investitionstätigkeit wird offenbar nicht unwesentlich von der staatlichen Wirtschaftsförderung beeinflusst. Die Befragungsergebnisse zeigen, daß die besonders kapitalintensiven Unternehmen — gemessen an den Investitionen je Beschäftigten in den Jahren 1991 und 1992 — in stärkerem Maße auf staatliche Fördermaßnahmen setzen als die anderen (Tabelle 11). Stark ausgeprägt ist dies bei Betrieben, die von auswärtigen Unternehmen kontrolliert werden.

²⁰ Wegen des rapiden Personalabbaus werden jene Beschäftigtenzahlen zugrunde gelegt, die von den Unternehmen für Ende 1992 erwartet werden. Dahinter steht die Überlegung, daß die auf die Endzahl der Beschäftigten bezogenen Investitionen die Umstrukturierungs- und Modernisierungsanstrengungen besser ausdrücken, als es der Fall wäre, wenn man die Zahl der Beschäftigten im jeweiligen Jahr heranziehen würde.

Tabelle 11 — Investitionen je Beschäftigten^a in privaten Unternehmen im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe 1991 und 1992 nach der künftigen Bedeutung der Investitionsförderung (DM)

Private Unternehmen, die finanzielle Vergünstigungen in ihre künftigen Investitionsentscheidungen ...	1991	1992 ^b
... einbeziehen wollen	26070	42260
... nicht einbeziehen wollen	22200	31400

^aBeschäftigte Ende 1992. — ^bGeplante Investitionen.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

Bemängelt werden häufig die unzureichende Transparenz des Fördersystems sowie die Ausgestaltung einzelner Maßnahmen und die Vergabepaxis. Oft ist das bei kleinen und mittleren Unternehmen der Fall. Die Bearbeitung ihrer Anträge auf Investitionszuschuß im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zöge sich zu lange hin. Bei einer Reihe von Unternehmen wurde dem Antrag nicht oder nicht in voller Höhe entsprochen mit der Begründung, die vorgesehenen Programmmittel seien bereits vergeben. Auffallend viele Unternehmen äußerten angesichts ihrer sehr schwachen Eigenkapitalbasis ihr Unverständnis darüber, daß die Investitionszulage von 12 vH auf 8 vH der Investitionssumme gesenkt worden sei. Damit würden sich nicht nur die Investitionen erheblich verteuern, sondern in manchen Fällen würden sich die Banken auch weigern, die Restfinanzierung wegen fehlender Sicherheiten zu übernehmen. Schließlich stellt der teilweise lange Zeitraum zwischen Anschaffung eines Investitionsgutes und Auszahlung der Zulage durch das Finanzamt die Unternehmen vor ernsthafte Liquiditätslücken, die vielfach nur durch eine teure Zwischenfinanzierung überbrückt werden können.

Entwicklung und regionale Verteilung der Umsätze

Die neuen Bundesländer sind mit Abstand das wichtigste Absatzgebiet für die Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes, auf sie sollte nach Bekunden der Unternehmen die Hälfte der für 1992 erwarteten Umsätze entfallen; reichlich ein Viertel der Lieferungen sollte in die alten Bundesländer gehen, das übrige Viertel ins Ausland, davon der größte Teil nach Osteuropa. Es deutet allerdings einiges darauf hin, daß sich die Unternehmen im Sommer überzogene Vorstellungen über ihre Absatzmöglichkeiten in diesem Jahr gemacht haben, insbesondere was Lieferungen nach Osteuropa angeht.²¹

Bei der regionalen Verteilung der Umsätze gibt es deutliche Unterschiede sowohl zwischen den Wirtschaftszweigen als auch innerhalb der Wirtschaftszweige, zwischen großen und kleinen Unternehmen, zwischen Treuhandunternehmen und privaten und bei diesen wiederum zwischen Unternehmen mit ostdeutschen Eigentümern und solchen, die zu einem westlichen Konzern gehören. Dabei sind häufig die Größe der Unternehmen, ihr Produktprogramm und somit ihre Zugehörigkeit zu einem bestimmten Wirtschaftszweig sowie ihre Eigentumsverhältnisse nicht voneinander unabhängige Variable.

In den meisten Wirtschaftszweigen wird der größte Teil der Güter in Ostdeutschland abgesetzt (Tabelle 12). Besonders hoch ist der auf die neuen Bundesländer entfallende Anteil am gesamten Umsatz bei der Steine- und Erdenindustrie, die wegen der hohen Kosten für den Transport ihrer Güter regelmäßig in der Nähe der Abnehmer angesiedelt ist. Auch große Teile mittelständisch geprägter Gewerbebezüge wie das Druckgewerbe,

²¹ Den Befragungsergebnissen zufolge sollten die Umsätze im laufenden Jahr um reichlich 10 vH höher sein als 1991. Nach der amtlichen Statistik, die den größten Teil des verarbeitenden Gewerbes erfaßt, waren aber die Umsätze bis August dieses Jahres um 5 vH niedriger als in den ersten acht Monaten des Vorjahres.

Tabelle 12 — Erwartungen der Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes über die regionale Verteilung ihrer für 1992 erwarteten Umsätze (vH)

Ausgewählte Gewerbebezüge Größenklassen Eigentumsverhältnisse	Auf das jeweilige Gebiet sollen ... vH des gesamten Umsatzes entfallen			
	Ost-deutschland	West-deutschland	Osteuropa	Übriges Ausland
<i>Ausgewählte Gewerbebezüge</i>				
Steine und Erden	81	13	3	3
Eisen, NE-Metalle, Gießereien	37	40	11	12
Chemie	50	20	17	13
Stahl- und Leichtmetallbau	43	22	32	3
Maschinenbau	39	25	26	10
Straßenfahrzeugbau	75	17	5	3
Schiffbau	53	42	2	3
Elektrotechnik	59	24	8	9
EBM-Waren	52	37	5	6
Feinkeramik, Glas	50	36	1	13
Holzverarbeitung	53	38	2	7
Papier- und Pappeverarbeitung	45	26	24	5
Druck	65	23	9	3
Kunststoff	37	50	10	3
Textil	32	44	11	13
Bekleidung	45	45	3	7
Nahrungs- und Genußmittel	65	21	6	8
<i>Größenklassen</i>				
Unternehmen mit ... Beschäftigten ^a				
1 bis 19	87	11	1	1
20 bis 49	74	23	1	2
50 bis 99	62	29	5	4
100 bis 199	57	29	8	6
200 bis 499	47	34	12	7
500 bis 999	45	28	13	15
1000 und mehr	43	24	24	9
<i>Eigentumsverhältnisse</i>				
Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt	42	28	21	9
Private Unternehmen	60	25	8	7
davon:				
Eigenständige Unternehmen	68	23	5	4
Unternehmen im Eigentum westdeutscher Unternehmen	53	30	9	8
Unternehmen im Eigentum ausländischer Unternehmen	51	20	16	13
davon:				
Privatisierte und reprivatisierte Treuhandunternehmen ^b	55	27	9	9
Unternehmen, die vor 1990 in privater Hand waren	77	11	10	2
Unternehmen, die nach 1989 gegründet wurden	73	21	3	3
Alle Unternehmen	51	27	14	8

^aBeschäftigte am 30. Juni 1992. — ^bEinschließlich teilprivatisierter Unternehmen.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

die Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie das Nahrungs- und Genußmittel produzierende Gewerbe bedienen vorwiegend regionale Märkte. Je kleiner die Unternehmen sind, desto größer ist die Bedeutung der neuen Bundesländer als Absatzmarkt (Tabelle A5). Handwerksbetriebe und industrielle Kleinbetriebe arbeiten fast ausschließlich für den ostdeutschen Markt.

Relativ gering hingegen sind die ostdeutschen Anteile am Gesamtumsatz bei der Textilindustrie, der Bekleidungsbranche, der Metallbearbeitung und bei den Gießereien; hier können offenbar mehr Waren in Westdeutschland und im westlichen Ausland abgesetzt werden als in den neuen Bundesländern. Das gilt auch für die Kunststoffindustrie, wo sich im überdurchschnittlichen Maße westliche Investoren engagiert haben und Lohnfertigungsbetriebe vergleichsweise häufig sind.

In einigen Branchen, wie dem Maschinenbau, dem Stahl- und Leichtmetallbau, der Papier- und Pappeverarbeitung sowie der Chemischen Industrie wurde in diesem Jahr auf hohe Umsätze im Geschäft mit Partnern aus Osteuropa gehofft. Hier wird das Bild von einigen wenigen Großbetrieben im Besitz der Treuhandanstalt geprägt (Tabelle A6). So entfallen drei Viertel der für 1992 geplanten Osteuropalieferungen der ostdeutschen Industrie auf Treuhandunternehmen, der allergrößte Teil des Rests entfällt auf privatisierte, insbesondere teilprivatisierte Firmen. Dennoch versuchen viele der Treuhandbetriebe, in Westdeutschland oder auf den westlichen Auslandsmärkten Fuß zu fassen.

Was die Absatzentwicklung im nächsten Jahr anbelangt, gibt sich der überwiegende Teil der Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes sehr optimistisch.²² Es wird ein Zuwachs gegenüber 1992 von fast 20 vH erwartet (Tabellen 13 und A7). Besonders stark sollen die Lieferungen nach Westdeutschland und ins westliche Ausland steigen, aber auch auf dem ostdeutschen Markt rechnet man sich kräftige Umsatzerhöhungen aus. Gedämpft sind die Erwartungen im Hinblick auf Osteuropa; im Schnitt kalkuliert man hier nicht mit größer werdenden Absatzmöglichkeiten, allerdings auch nicht mit einer Einschränkung der Lieferungen.

Besonders groß sind die Hoffnungen auf ein gutes Geschäft im nächsten Jahr bei den kleinen Unternehmen, unabhängig davon, ob sie privat geführt sind oder der Treuhandanstalt gehören. Generell haben aber private Unternehmen optimistischere Erwartungen als Treuhandunternehmen. Bei vielen Unternehmen werden sich die Investitionen auszahlen. Ob es zu dem erwarteten Aufschwung kommen wird, ist aber fraglich. Ein großer Teil der Unternehmen scheint sich nämlich vom westdeutschen Markt mehr zu versprechen, als es angesichts der Konjunkturschwäche realistisch ist.

Auffällig ist die starke Ausrichtung auf das westliche Ausland. Die Unternehmen im Besitz ausländischer Muttergesellschaften wollen ihren schon vergleichsweise großen Anteil am Gesamtumsatz, der auf diese Märkte entfällt, nochmals deutlich erhöhen. Einige dieser Unternehmen mögen Ostdeutschland als Standbein im EG-Binnenmarkt nutzen, andere ihr Herkunftsland mit den in den neuen Bundesländern hergestellten Gütern beliefern. Sie haben damit quasi den Zugang zu Exportmärkten mitgebracht. Auch zahlreiche kleine private Unternehmen, die bisher nicht oder wenig exportiert haben, meinen, gute Aussichten für Lieferungen ins westliche Ausland zu haben. Vor allem sind es aber die Betriebe im Besitz der Treuhandanstalt, die sich hier hohe Umsätze ausrechnen. Nicht wenige glauben, dort einen Ausgleich für den schwachen Absatz im Inland und in Osteuropa finden zu können.

Bei der Einschätzung über die Entwicklung des Exports in die osteuropäischen Länder gehen die Ansichten auseinander. Auf der einen Seite hat eine Reihe von Unternehmen, darunter fallen besonders große Treuhand-

²² Ein Drittel der befragten Unternehmen gab keine Schätzung über die Höhe seiner Umsätze des nächsten Jahres ab. Die Gründe dafür sind nicht bekannt. Diese Unternehmen sind nahezu gleichmäßig über die Wirtschaftszweige und Größenklassen verteilt. Sie finden sich etwa ebensohäufig unter Treuhandunternehmen wie unter privaten Firmen. Es gibt auch keine Unterschiede hinsichtlich der Wettbewerbssituation zwischen den Unternehmen, die ihre Umsätze des Jahres 1993 abschätzen können, und denen, die das nicht können.

Tabelle 13 — Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes und ihre Umsatzerwartungen für 1993 nach Absatzgebieten (vH)

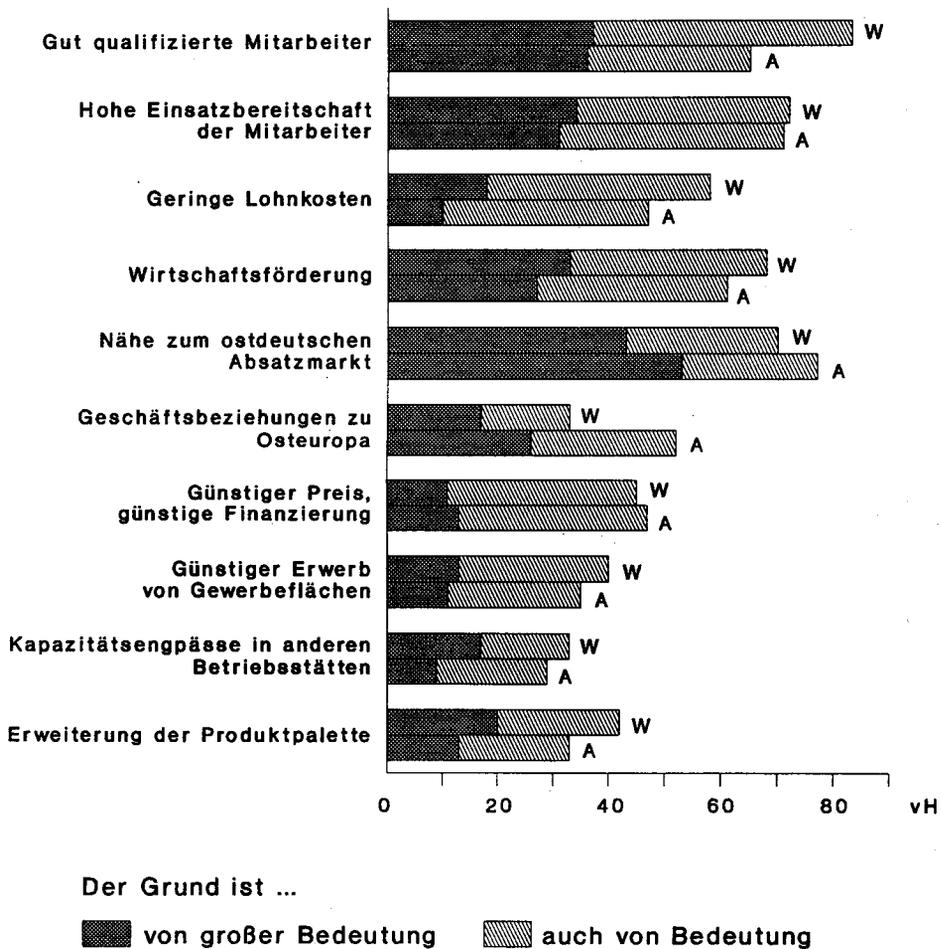
Absatzgebiet	Anteil der Unternehmen, die erwarten, daß in den jeweiligen Absatzgebieten ihr Umsatz 1993 gegenüber 1992									Anteil der Unternehmen, die keine Umsätze in dem jeweiligen Absatzgebiet erwarten
	höher sein wird, und zwar um ...				etwa gleich bleiben wird	geringer sein wird, und zwar um ...				
	30 vH und mehr	20 bis 30 vH	10 bis 20 vH	3 bis 10 vH		3 bis 10 vH	10 bis 20 vH	20 bis 30 vH	30 vH und mehr	
	<i>Alle Unternehmen</i>									
Ostdeutschland	33	12	21	12	12	3	3	1	1	3
Westdeutschland	32	7	10	6	4	2	3	1	2	34
Osteuropa	13	1	2	1	1	1	0	1	1	80
Übriges Ausland	16	2	3	1	1	1	0	0	1	76
Alle Gebiete	34	15	26	12	11	1	1	1	1	1 ^a
	<i>Private Unternehmen</i>									
Ostdeutschland	34	12	22	12	12	2	2	1	1	3
Westdeutschland	29	6	10	5	4	2	2	1	2	39
Osteuropa	11	1	1	1	0	0	0	0	1	85
Übriges Ausland	11	1	2	1	1	0	0	0	1	83
Alle Gebiete	34	15	26	11	12	0	1	0	1	0
	<i>Treuhandunternehmen</i>									
Ostdeutschland	32	11	16	13	9	6	4	2	3	5
Westdeutschland	42	9	10	9	4	3	4	1	4	15
Osteuropa	19	3	4	3	1	2	1	1	3	63
Übriges Ausland	32	3	5	3	1	1	1	1	1	52
Alle Gebiete	32	14	26	13	8	1	3	1	2	2 ^a

^aUnternehmen in Liquidation.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

unternehmen ins Gewicht, ihre Hoffnungen auf Absatzmöglichkeiten dort zurückgeschraubt oder ganz aufgegeben. Auch bei vielen Unternehmen im Besitz ausländischer Gesellschaften, die sich in den neuen Bundesländern engagiert haben, um von dort aus Geschäftsbeziehungen zu Partnern in Osteuropa aufzubauen (Schaubild 4), ist das der Fall. Auf der anderen Seite gibt es aber eine erhebliche Zahl von Firmen, besonders solche im Besitz ausländischer und westdeutscher Investoren, die meinen, im nächsten Jahr auf den osteuropäischen Märkten expandieren zu können. Aber auch kleine ostdeutsche Neugründungen setzen häufig ihre Hoffnungen darauf. Diese Unternehmen orientieren sich freilich weniger auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion als vornehmlich auf Lieferungen nach Polen und in die Tschechoslowakei. Auch viele kleine und mittelgroße Treuhandunternehmen rechnen sich Absatzchancen in Osteuropa, vor allem in den GUS-Staaten, aus. Gerade unter den Treuhandunternehmen gibt es also widersprüchliche Einschätzungen über Möglichkeiten des Handels mit Partnern in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Schaubild 4 — Gründe westdeutscher (W) und ausländischer (A) Unternehmen für industrielle Investitionen in Ostdeutschland



Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

Erwartungen über die Entwicklung der Beschäftigung

Die befragten Unternehmen wollten im zweiten Halbjahr 1992 die Beschäftigung nochmals kräftig — um reichlich ein Zehntel — verringern (Tabelle 14). Der Abbau sollte vor allem in den großen Unternehmen der Treuhandanstalt stattfinden, Kleinbetriebe wollten sogar zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Bezieht man die Pläne der Unternehmen auf das gesamte verarbeitende Gewerbe, so dürften dort allenfalls noch 750000 Personen dort beschäftigt sein.

Im nächsten Jahr soll der Arbeitsplatzabbau weitergehen, allerdings mit nachlassendem Tempo. Die befragten Unternehmen wollen die Beschäftigung um 6 vH zurücknehmen. Hochgerechnet hieße dies, daß Ende 1993 noch knapp 700000 Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands tätig wären. Personal soll nur noch in wenigen — allerdings gewichtigen — Branchen abgebaut werden; dazu zählen die Stahlindustrie, die Chemische Industrie, der Maschinenbau, der Schiffbau, die Elektrotechnische Industrie sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie. Zu Einstellungen soll es dagegen im Fahrzeugbau, in der Papierverarbeitung und in

Tabelle 14 — Beschäftigungserwartungen von Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes bis Ende 1993 (vH)

Ausgewählte Gewerbebezüge Größenklassen Eigentumsverhältnisse	Veränderung der Beschäftigung Dezember 1992 gegenüber Juni 1992	Veränderung der Beschäftigung Dezember 1993 gegenüber Dezember 1992
<i>Ausgewählte Gewerbebezüge</i>		
Steine und Erden	-2	-5
Eisen, NE-Metalle, Gießereien	-25	-14
Chemie	-22	-16
Stahl- und Leichtmetallbau	-5	-1
Maschinenbau	-12	-8
Straßenfahrzeugbau	-6	11
Schiffbau	-13	-17
Elektrotechnik	-10	-9
EBM-Waren	-5	4
Feinkeramik, Glas	-10	0
Holzverarbeitung	-6	3
Papier- und Pappeverarbeitung	-6	8
Druck	-5	0
Kunststoff	-2	9
Textil	-15	-11
Bekleidung	-17	-9
Nahrungs- und Genußmittel	-7	0
<i>Größenklassen</i>		
Unternehmen mit ... Beschäftigten		
1 bis 19	6	19
20 bis 49	0	8
50 bis 99	-6	3
100 bis 199	-8	1
200 bis 499	-15	-8
500 bis 999	-15	-13
1000 und mehr	-14	-12
<i>Eigentumsverhältnisse</i>		
Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt	-19	-14
Private Unternehmen	-3	2
davon:		
Eigenständige Unternehmen	-3	5
Unternehmen im Eigentum westdeutscher Unternehmen	0	2
Unternehmen im Eigentum ausländischer Unternehmen	-7	-5
davon:		
Privatisierte und reprivatisierte Unternehmen ^a	-4	0
Unternehmen, die vor 1990 in privater Hand waren	0	4
Unternehmen, die nach 1989 gegründet wurden	5	20
<i>Alle Unternehmen</i>	-11	-6

^aEinschließlich teilprivatisierter Unternehmen.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

der Kunststoffverarbeitung kommen, in Branchen also, die bereits weitgehend von Privatunternehmen bestimmt werden. Die industriellen Kleinbetriebe und das produzierende Handwerk wollen auch im nächsten Jahr ihre Beschäftigung ausweiten. Mittelgroße Unternehmen rechnen mit einem unveränderten Personalstand. Treuhandbetriebe planen wiederum überdurchschnittlich viele Entlassungen.

3. Entwicklung und Chancen von Management-Buy-Out und Management-Buy-In

Kleine und mittlere Industrieunternehmen sind ein wichtiger Bestandteil der Industrie. Von der Entflechtung der früheren Kombinate und volkseigenen Betriebe erhoffte man sich eine Vielzahl selbständiger Unternehmen, die den Kern eines neuen Mittelstandes in den ostdeutschen Ländern bilden sollten. Die Treuhandanstalt wählt zur Privatisierung von Industrieunternehmen u.a. als Wege das Management-Buy-Out (MBO) und das Management-Buy-In (MBI). Durch MBO sollen ostdeutsche Manager den Betrieb durch Übernahme in die Selbständigkeit führen. Durch MBI soll es Managern aus Westdeutschland oder dem Ausland ermöglicht werden, sich mit einem Treuhandbetrieb selbständig zu machen.

Welchen Beitrag MBO und MBI zur Schaffung kleiner und mittlerer selbständiger Industrieunternehmen in Ostdeutschland leisten, hat das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung untersucht. Empirische Grundlagen waren amtliche Statistiken, Sonderauswertungen der Umfrage des DIW vom Sommer 1992, Expertengespräche mit Treuhandvertretern und Wissenschaftlern sowie Gespräche mit Geschäftsführern ausgewählter MBO-Firmen.

Zum Stichtag 30.06.1992 gab es 1500 MBOs oder MBIs, das waren knapp 20 vH aller Privatisierungen durch die Treuhandanstalt. Rund zwei Fünftel davon entfallen auf das verarbeitende Gewerbe. Der Anteil des produzierenden Handwerks beträgt dabei mehr als die Hälfte, so daß sich eine Obergrenze der MBOs in der Industrie von 300 Unternehmen ergibt. Unternehmensübernahmen durch westliche Manager sind bisher selten. Auch die Zahl solcher MBOs, in denen ostdeutsche Manager mit westlichen Managern oder Unternehmen zusammen einen Betrieb übernehmen, ist nicht sehr groß, aber sie ist während des letzten Jahres deutlich angestiegen.

Viele MBOs sind aus einer Notsituation heraus entstanden. Man übernimmt den Betrieb, um einer drohenden Liquidation zu entgehen. Ein großer Teil der Geschäftsführer zeigt Pioniergeist. Sie streben die Selbständigkeit an, um eigene Ideen verwirklichen zu können. Die Motive für die Beteiligung westdeutscher Unternehmer am MBO sind andere. Sie wollen beispielsweise ihre Produktpalette ergänzen und damit die Marktchancen ihrer eigenen Produkte verbessern oder — bei Gleichheit der Produkte — den ostdeutschen Markt von der neuen Niederlassung aus beliefern. Die westdeutschen Interessenten für ein MBI sehen im Osten Deutschlands vor allen die Chance, "umzusteigen" und etwas Neues zu probieren. Beteiligungsgesellschaften, die die finanzielle Basis für ein MBO/MBI erweitern können, zeigen bislang nur geringes Interesse. Dies liegt daran, daß die Renditemöglichkeiten durch die Beteiligung am Eigenkapital neuer ostdeutscher Industrieunternehmen oft nicht den Erwartungen entsprechen. Öffentlich getragene Beteiligungsgesellschaften, wie der Sachsenfonds oder die Kapitalbeteiligungsgesellschaften der Länder, sind bisher nicht erkennbar aktiv geworden.

Der Privatisierungsprozeß in Form von MBO bzw. MBI beginnt damit, daß die Interessenten ein tragfähiges Unternehmenskonzept vorlegen. Darin ist plausibel darzustellen: künftige Absatzmärkte, Finanzierung des Kaufpreises und der Investitionen, Arbeitsplatzgarantien etc. Daneben muß eine ausreichende Managementenerfahrung nachgewiesen werden. Für die Treuhandanstalt ist ferner von Bedeutung, daß die Belegschaft die neuen Eigentümer akzeptiert und das Unternehmenskonzept mitträgt. Aufgrund schlechter Erfahrungen prüft die Treuhandanstalt inzwischen die Konzepte genauer und versucht, den Interessenten das persönliche Risiko, das sie auch in finanzieller Hinsicht eingehen, bewußt zu machen. In letzter Zeit wird den Interessenten für ein MBO verstärkt nahegelegt, Westpartner für die Unternehmensübernahme zu finden. In diesem Fall erfährt das

vorgelegte Unternehmenskonzept eine deutliche Aufwertung bei der Beurteilung durch die Treuhandanstalt, da die Absatzerwartungen etwa wegen besserer Marktkontakte der Beteiligungspartner als wesentlich sicherer eingestuft werden als bei rein ostdeutschen MBOs. Wie die Gespräche mit den Experten deutlich machten, werden im industriellen Bereich bei der Bewertung der Unternehmenskonzepte zukünftig wohl nur noch MBOs mit Westbeteiligung eine Aussicht auf Privatisierung haben, insbesondere deshalb, weil Banken sonst nicht mehr zur Kreditvergabe bereit sind.

Das Kernproblem während des Privatisierungsprozesses ist nach Aussagen der Gesprächspartner die Sicherstellung der Finanzierung. Oft stimmen Unternehmenskonzepte sowie Pläne zum mittelfristigen Ausbau des Unternehmens nicht mit den Finanzierungsmöglichkeiten überein. Die Verhandlungen zwischen den Interessenten für ein MBO und der Treuhandanstalt konzentrieren sich deshalb oft auf die Ermittlung des Kaufpreises und dessen Finanzierung sowie auf die daraus resultierenden Konsequenzen für die zukünftige Liquidität des Unternehmens. Bei der Ermittlung des Kaufpreises orientiert sich die Treuhandanstalt am sogenannten Substanzwert. Die Preisermittlung nach dem Substanzwert ist problematisch, weil dadurch die Zukunftsperspektiven nicht angemessen berücksichtigt werden. Bei der Ermittlung des Ertragswertes gibt es allerdings aufgrund des rapiden Strukturwandels Probleme, den Cash-flow zuverlässig abzuschätzen.

Wegen fehlenden Eigenkapitals übernehmen die neuen Eigentümer häufig Altschulden des Unternehmens. Der Kaufpreis ist dann entsprechend niedrig. Diesen finanzieren sie bis zu 95 vH durch Fremdkapital, etwa aus dem Eigenkapitalhilfe- oder dem ERP-Kreditprogramm. Damit sind die meisten Unternehmen schon von Beginn an hoch verschuldet, die Möglichkeiten zusätzlicher Fremdkapitalaufnahme zur Finanzierung von Investitionen sind stark eingeschränkt.

Für die meisten ostdeutschen MBO-Unternehmen aus dem industriellen Bereich ist charakteristisch, daß sie zum Zeitpunkt ihrer Privatisierung über keine stabilen Absatzbeziehungen verfügen. Damit dürfte für viele Unternehmen die Voraussetzung, die in Westdeutschland als die wichtigste für den Erfolg eines MBOs gilt, nicht erfüllt sein. Ein Großteil der befragten Unternehmen hat es in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht geschafft, das Produktprogramm fortzuentwickeln und neue Kunden zu finden. Diese Unternehmen stellen oft noch ihre bisherigen Produkte in geringer Stückzahl her, was kaum kostendeckend sein dürfte.

Zahlreiche MBOs sind noch durch Lieferverträge mit ihren ehemaligen Mutterhäusern verbunden. Dies sichert ihnen zumindest für einen gewissen Zeitraum den Absatz ihrer alten Produkte. Für die Entwicklung neuer Produkte fehlt ihnen häufig noch das Know-how; zudem schränken die hohen finanziellen Belastungen ihren Spielraum ein. Bei den Unternehmen, die ohne Beteiligung westdeutscher Partner geführt werden, sind die Möglichkeiten, ausreichende Ressourcen für die Weiterentwicklung der Produkte oder Erschließung der Märkte zur Verfügung zu stellen, also sehr begrenzt. Das Leistungsangebot der Firmen indes, an denen sich westliche Partner beteiligt haben, ist häufig schon wettbewerbsfähig. Zudem können diese Firmen auf eine durch den Westpartner gesicherte Auslastung der Kapazitäten vertrauen.

Das vorhandene Know-how, das die ostdeutschen Manager in die Unternehmen einbringen, reicht in vielen Fällen aus, die Unternehmen in den internen Funktionen führen zu können. Es mangelt allerdings an Marktkenntnis und -erfahrung. Dieses Defizit wird in Unternehmen mit Westbeteiligung vor allem durch die Möglichkeit zur Interaktion mit den westlichen Eigentümern ausgeglichen. Die Partner greifen in der Regel nicht in das Tagesgeschäft ein, stehen aber bei wichtigen Entscheidungen und vor allem zur Markterschließung zur Verfügung. Vielen MBOs ohne Westbeteiligung fehlen dagegen die finanziellen Mittel, Know-how beispielsweise durch externe Beratung zu akquirieren. Daher sind deren Markterschließungsmaßnahmen oft wenig zielgerichtet und nicht erfolgreich.

Auf der Basis der Interviews, die dieser Studie zugrunde liegen, sind generelle Aussagen zu den Überlebenschancen der durch MBO privatisierten Industrieunternehmen nicht möglich. Es sieht aber so aus, als ob die Aussichten für MBO-Unternehmen, an denen sich westliche Partner beteiligt haben, nicht schlecht sind. In

diesen Unternehmen werden bereits neue Produkte gesucht und neue Märkte erschlossen. Ein zielgerichtetes Management wird durch die Unterstützung der Westpartner sichergestellt. Liquiditätseingänge können mittels der in der Regel besser situierten Westpartner ausgeglichen werden. Weniger positiv sind die Aussichten für MBO-Unternehmen ohne westliche Beteiligung. Insbesondere solche Unternehmen, die aus der Notlage heraus oder gar zur Abwendung einer drohenden Liquidation gegründet wurden, haben eine sehr ungewisse Zukunft. Von diesen werden sicherlich nicht wenige über kurz oder lang aufgeben müssen. Alles in allem zeigt sich, daß anfängliche Erwartungen in die Möglichkeiten von MBO überzogen waren. Zum Aufbau eines neuen industriellen Mittelstandes in Ostdeutschland reicht MBO längst nicht aus; es kann aber durchaus als ein wertvolles Instrument zur Schaffung neuer Existenzen genutzt werden — aber nur dann, wenn bestimmte Voraussetzungen auf seiten des Erwerbers erfüllt sind.

4. Fallbeispiele: Die Reaktion ostdeutscher Industriebetriebe auf den schrumpfenden Absatz in den GUS-Staaten

Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft war die ostdeutschen Industrie schlagartig dem Wettbewerb ausgesetzt. Solange das Tranfer-Rubel-System existierte, fand ein Teil der Betriebe aber noch Nachfragen für seine Güter in der Sowjetunion und anderen RGW-Staaten. Nach der Aufgabe des Systems Ende 1990 und insbesondere auch nach dem Zusammenbruch der Nachfrage in der GUS müssen sich die Unternehmen neue Märkte erschließen. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hat bei vier Unternehmen die Anpassungsreaktionen und die Perspektiven untersucht und dazu zahlreiche Gespräche mit den Geschäftsleitungen der Unternehmen geführt.

Fallbeispiel 1

Das Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt war vor der Wende im RGW-Raum alleiniger Hersteller bestimmter elektronischer Geräte, die in großen Serien produziert wurden. Drei Viertel der Produktion wurden exportiert, hauptsächlich in die Sowjetunion. Es hatte 1400 Beschäftigte, darunter 240 in Forschung und Entwicklung. Doch der Export kam immer mehr zum Erliegen. Man hatte zwar zuletzt noch Verträge mit Partnern in Rußland abgeschlossen. Das Geschäft konnte aber wegen fehlender Bürgschaften nicht abgewickelt werden. Derzeit liegen für Rußland produzierte Waren im Wert von 2 Mill. DM auf Lager.

Die schlechten Absatzmöglichkeiten in Osteuropa zwangen zu drastischen Einschnitten bei Produktion und Beschäftigung. Ein Betriebsteil mit 300 Beschäftigten wurde abgetrennt. Ausgliedert wurden auch die Dienstleistungsbereiche mit insgesamt 120 Beschäftigten. Die verbliebene Belegschaft von knapp 1000 Beschäftigten wurde im Verlauf der letzten zwei Jahre auf 90 Mitarbeiter — davon sind 20 in Forschung und Entwicklung tätig — abgebaut. Es wurde versucht, ein neues Produktprogramm zu entwickeln. Auf der Grundlage eigener Forschung und durch Erwerb von Lizenzen trat das Unternehmen nach einem Jahr als Systemanbieter von Elektronik am Markt auf. In dem Marktsegment steht das Unternehmen weltweit nur drei Konkurrenten — mit Sitz in den USA, in England und in Japan — gegenüber. Auf dem Markt der Bundesrepublik ist das US-Unternehmen führend. Die Produktpalette des befragten Unternehmens entspricht der Geschäftsleitung zufolge westlichem Standard. Das Unternehmen erwirtschaftet bislang noch kaum einen Gewinn. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sind sehr hoch, ebenso die Kosten für den Unterhalt großer, stillgelegter Betriebsflächen. Damit hochqualifizierte und spezialisierte Mitarbeiter in Forschung und Entwicklung nicht in die alten Bundesländer abwandern, müßten ihnen höhere Löhne gezahlt werden. Dies gibt aber die Ertragslage nicht her.

Große Probleme machte es zunächst, neue Kunden zu finden. Auf den westlichen Märkten mußte das Unternehmen als Newcomer ohne Namen und Referenzen den Einstieg suchen. Das erforderte ein intensives Marketing, für das aber nur begrenzte Mittel eingesetzt werden konnten. Ferner versuchten die Konkurrenten — so wird berichtet —, durch Vorzugpreise für bestimmte Kunden den Marktzugang zu erschweren. Hinzu kam das schlechte Image als Treuhandunternehmen. Potentielle Kunden meinten, daß Serviceleistungen und Ersatzteillieferungen künftig nicht sicher seien. Auch ist es schwer gewesen, öffentliche Aufträge zu erhalten; staatliche Stellen bevorzugten nach Auskunft der Geschäftsleitung die Anbieter, mit denen sie schon lange im Geschäft sind. Schwierigkeiten machte es, Fördermittel zu erhalten. Das Vergabeverfahren wird als langwierig und bürokratisch kritisiert. So hatte das Unternehmen Anfang 1991 Fördermittel beantragt, die im November bewilligt und freigegeben wurden, aber bereits bis zum Jahresende 1991 ausgegeben und abgerechnet werden sollten.

Das Unternehmen hat aber nach Ansicht der Geschäftsleitung gute Chancen, sich am Markt zu behaupten. Der Markteinstieg wurde vollzogen. Mehrere, nach Kundenwunsch "maßgeschneiderte" Anlagen wurden an namhafte Firmen verkauft und haben sich dort bewährt. Damit verfügt das Unternehmen jetzt über wichtige Referenzen. Der Auftragseingang entwickelte sich in den letzten Monaten gut. Im Jahr 1993 wird gegenüber 1992 ein Umsatzwachstum von 30–45 vH erwartet. Die Märkte in Osteuropa hat man zunächst abgeschrieben.

Fallbeispiel 2

Das Produktionsprofil weist das Unternehmen als typischen Zulieferbetrieb aus. Vor der Wende hatte es eine Monopolstellung. Der direkte Export lag in den 80er Jahren zwar nur bei 8 vH der Produktion — er ging vorwiegend in die Sowjetunion, z.T. in den Nahen Osten —, aber rund 80 vH der Produktion wurde indirekt exportiert, d.h. als Bestandteil von Maschinen und Anlagen. Das Unternehmen mit Sitz in Ost-Berlin gehört noch der Treuhandanstalt. Mehrere an entfernten Standorten gelegene Betriebe sowie die Dienstleistungsbereiche wurden inzwischen ausgegliedert. Die verbliebene Belegschaft wurde auf ein Sechstel reduziert. Zur Zeit werden noch mehr als 1000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Die Aufträge gingen stark zurück, zum einen, weil frühere Kunden ihre Produktion einschränken mußten, zum anderen, weil die Produkte des Unternehmens selbst nicht wettbewerbsfähig waren. Unmittelbar nach der Wende wurde mit der Entwicklung technisch moderner Erzeugnisse für westliche Märkte, der Rationalisierung, der Modernisierung des Anlagenbestandes, dem Aufbau eines Vertriebssystems und der Entwicklung von Marketingkonzepten begonnen.

Zunächst ging man im Unternehmen davon aus, daß ohne gravierende Umsatzeinbußen eine schrittweise Umstellung der Produktion auf neue Erzeugnisse möglich wäre. Insbesondere hoffte man noch auf Bestellungen zur Deckung von Ersatzbedarf. Diese Hoffnungen waren aber unrealistisch. Der Ostexport ging bereits 1991 dramatisch um 90 vH zurück, derzeit wird kaum mehr nach Osteuropa exportiert. Die neuen Erzeugnisse standen nicht so schnell zur Verfügung bzw. fanden nicht in dem Maße Abnehmer, wie die Nachfrage nach den alten Produkten zurückging. Von 1990 bis 1992 halbierte sich der Umsatz des Unternehmens.

In einem Geschäftsbereich wurden jedoch von Anfang an beachtliche Umsatzsteigerungen erzielt, auch mit namhaften Großkunden aus den alten Bundesländern. Durch Lizenznahme und Eigenentwicklung soll die Marktposition ausgebaut werden. Alles in allem ist das Unternehmen zuversichtlich. In diesem Jahr wurden erste neue Erzeugnisse auf den Markt gebracht. Der überwiegende Teil der neuen Produkte befindet sich noch in der amtlichen Prüf- und Zulassungsphase und kann erst 1993 angeboten werden. Zum Teil wurden nach Auskunft der Geschäftsleitung technische Lösungen gefunden, die dem Angebot der Konkurrenz voraus sind. Es wurden vier Verkaufsbüros in den alten Bundesländern eröffnet und Firmen in mehreren Ländern mit der Ver-

tretung des Unternehmens beauftragt. Die vorliegenden Aufträge sichern bereits ein Umsatzwachstum im nächsten Jahr.

Das Unternehmen macht zur Zeit noch große Verluste. Die Umstrukturierung kostet viel Geld, und es mangelt an Investitionsmitteln. Man beschäftigt noch zu viel Personal, das Unternehmen plant einen Abbau der Beschäftigung um fast die Hälfte. Ein Problem sind die hohen Kosten durch nicht betriebsnotwendige Produktions- und Gebäudeflächen; nur ein Zehntel der früher genutzten Flächen wird noch benötigt. Eine Vermietung der freien Flächen ist schwer, da Treuhandunternehmen Mietverträge nur mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr abschließen dürfen.

Was die Entwicklung der Löhne und Gehälter anbelangt, ist das Unternehmen in einer Zwickmühle. Wenn nicht in absehbarer Zeit "Westlöhne" gezahlt werden, besteht die Gefahr, daß gerade die Leistungsträger zu West-Berliner Betrieben wechseln. Die Geschäftsleitung des Unternehmens klagt über das Verhalten öffentlicher Stellen, die häufig namhafte Anbieter aus den alten Bundesländern bevorzugten, selbst wenn das Angebot des ostdeutschen Unternehmens gleichwertig sei. Auch bei potentiellen privaten Kunden fiel es mit dem schlechten Image eines Treuhandunternehmens schwer, Fuß zu fassen.

Die Zukunftschancen beurteilt das Unternehmen als gut. Der entscheidende Teil der "Durststrecke" sei bewältigt. Der Betrieb befinde sich auf einer hoch bewerteten Immobilie, und ihr Verkauf würde ausreichende Mittel für einen notwendigen Betriebsneubau am Stadtrand erbringen. Kaufinteressenten für die Immobilie gibt es mehrere. Die Treuhandanstalt sucht aber einen Käufer, der die Immobilie erwirbt und den Betrieb am Standort fortführt. Für diese Lösung stehen derzeit jedoch die Chancen schlecht. Auf den meisten Geschäftsfeldern des Unternehmens gibt es mehrere Anbieter — auch in den alten Bundesländern. Diese hätten ihre Kapazitäten nicht ausgelastet und daher kein Interesse, sich zusätzliche Kapazitäten aufzubürden.

Fallbeispiel 3

Aus dem ehemaligen Großunternehmen der Chemischen Industrie mit früher 1350 Beschäftigten wurden zwei Teile mit zusammen 250 Beschäftigten ausgegliedert und privatisiert, und die Belegschaft wurde auf insgesamt gegenwärtig noch 300 Personen verringert. Das Unternehmen war bis zur Wende Alleinhersteller von zwei Gruppen chemischer Erzeugnisse. 60 vH der Produktion gingen in den Export, davon zwei Drittel in den Ostblock und ein Drittel in westliche Länder. Der Absatz in der Bundesrepublik war unbedeutend.

Der Umsatz ging drastisch zurück. Er wird für 1993 wie schon für die beiden Vorjahre auf 20 Mill. DM veranschlagt. Zunächst wurde noch ein Viertel der Produktion — durch Hermes-Bürgschaften gestützt — in die UdSSR exportiert. Dort wird aber derzeit nichts mehr abgesetzt. Es wurden Aufträge storniert, auch konnten Hermes-Bürgschaften nicht erlangt werden. Die verlorenen Aufträge hatten ein Volumen von 17 Mill. DM. Im nächsten Jahr hofft man, einen geringen Teil der Produktion in Osteuropa absetzen zu können. Das Unternehmen mußte ein Drittel der Belegschaft in den ersten neun Monaten dieses Jahres entlassen.

Über die Hälfte des Umsatzes des Jahres 1992 wurde auf dem Binnenmarkt erzielt, ein gestiegener Anteil entfiel auf die alten Bundesländer. Wegen der guten Produktqualität und durch den raschen Aufbau eines eigenen Vertriebes konnten — wenn auch in geringem Umfang — den Konkurrenten dort Marktanteile abgenommen werden. In das westliche Ausland gingen 20 vH der Produktion.

Eigentümer des Unternehmens ist inzwischen ein ausländischer Konzern. Die Konzernleitung sicherte die Fortführung des Unternehmens auf eng begrenztem Geschäftsfeld und die Weiterbeschäftigung von 150 Arbeitnehmern zu. Das Mutterunternehmen will die Erzeugnisse auch weiterhin unter dem bisherigen Markenzeichen verkaufen, da sie wegen ihrer Qualität ein gutes Image auf westlichen Märkten haben. Die Produktionstätigkeit ist jetzt allerdings auf die Konfektionierung von Materialien begrenzt, die aus Südostasien geliefert werden. Das Unternehmen ist jetzt "verlängerte Werkbank". Damit besteht auch keine Basis mehr für ei-

gene Forschung und Entwicklung. Von den ehemals 450 in Forschung und Entwicklung Beschäftigten sind gegenwärtig noch drei tätig, und dies nur noch bis zum Jahresende. Die Produktionsanlagen sind nach Ansicht der Geschäftsleitung überwiegend leistungsfähig, werden aber nicht ausgelastet. Die Kosten sind auch deshalb zu hoch.

Teile der Anlagen können — technisch bedingt — nicht stillgelegt werden wie im Falle des eigenen, auf die frühere Größe des Unternehmens zugeschnittenen Kohleheizkraftwerkes. Die Belastung durch hohe Personalkosten wird ab 1993 wesentlich verringert; die Zahl der Beschäftigten soll bei gleichbleibender Produktion auf die Hälfte zurückgeführt werden. Es bestehen noch Unsicherheiten bei der Einschätzung der weiteren Zukunft des Unternehmens, insbesondere auch deshalb, weil die wertvollen Immobilien eine völlig neue Verwendung denkbar erscheinen lassen.

Fallbeispiel 4

Im Großunternehmen der Elektronikbranche sind von ehemals 3000 Beschäftigten noch 350 übriggeblieben. Nach einem von der Treuhandanstalt bestätigten Sanierungskonzept, das auf die Erhaltung des Kerngeschäftes zielt, wurden 1990 und 1991 alle Dienstleistungsbereiche, einschließlich der Betriebsberufsschule und der Außenstellen von Ingenieurschulen, ausgegliedert. Die Fertigungstiefe wurde durch die Privatisierung der mechanischen Vorfertigung — in Form von MBO — und die Stilllegung der Galvanik reduziert. Der Stammbetrieb mit drei Geschäftsfeldern wurde im September 1992 von einem westdeutschen Unternehmen aus der Branche gekauft. Ein kleiner Bereich mit 30 Beschäftigten wurde von einer anderen westdeutschen Elektronikfirma erworben. Außerdem besteht noch eine Gesellschaft in Liquidation, die das Heizwerk betreibt und bis zu ihrem Verkauf die nicht mehr genutzten Gebäude und Grundstücke unterhält.

Der seit den 20er Jahren bestehende Betrieb war von Ende der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre Monopolist für eine Reihe von Investitionsgütern der Elektronikbranche im gesamten RGW-Bereich. Danach wurde das Unternehmen für bestimmte Elektronikzeugnisse Alleinlieferant für die Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten. Die Exportquote (einschließlich indirekter Exporte über die Nationale Volksarmee) betrug früher 80 vH. Im zweiten Halbjahr 1990 kam es vorübergehend zu einem kräftigen Umsatz- und Gewinnanstieg, als man das System der Verrechnung in Transfer-Rubeln ausnutzte. Anfang 1991 kam es dann zum Einbruch, und es sprach fast alles gegen ein Überleben des Unternehmens, weil es keine wettbewerbsfähigen Produkte vorzuweisen hatte und mit einer Vielzahl leistungsfähiger Konkurrenten konfrontiert war. Zudem kamen bei seiner Produktpalette Hermes-Bürgschaften nicht in Betracht.

Die Sanierungsstrategie bestand in der Konzentration auf einen Kernbereich mit drei Geschäftsfeldern, der Neu- und Weiterentwicklung von Produkten, der Umstellung der Produktion auf zivile Güter, der Verbesserung des Marketings, dem Aufbau eines eigenständigen Vertriebssystems, der Rationalisierung von Verwaltung und Fertigung sowie in der Verbesserung des Einkaufs. Inzwischen konnten Marktanteile in Westdeutschland und im westlichen Ausland gewonnen werden. Der Umsatz, der 1990 noch 250 Mill. DM betrug, konnte in den Jahren 1991 und 1992 bei 60 Mill. DM stabilisiert werden. Das Unternehmen galt während seiner Zugehörigkeit zur Treuhandanstalt als kreditwürdig. Liquiditätskredite wurden in geringem Umfang aufgenommen. Seine Einstufung als "sanierungsfähig" vermittelte den Kunden ein Sicherheitsgefühl. Die Erlöse in den Jahren 1991 und 1992 werden von der Geschäftsleitung als "knapp kostendeckend" eingeschätzt.

Für den Kauf des Unternehmens bewarben sich mehr als 30 Interessenten, vornehmlich westdeutsche Firmen. Die meisten waren wohl nur am Erwerb der Immobilie interessiert. Kaufangebote von Konzernen, die Branchenführer im internationalen Maßstab sind, wurden abgelehnt; es wurde vermutet, daß diese nur kunden-nahe Vertriebseinrichtungen mit erfahrener Personal suchten. Die jetzige Stellung des Unternehmens als "autonome Tochter" einer großen westdeutschen Aktiengesellschaft der Elektronikbranche wird von der Ge-

schäftsleitung als ideal angesehen. Die Zukunft des Unternehmens wird von der Geschäftsleitung — mit Vorsicht — positiv beurteilt, weil man sich auf Märkten mit großen Wachstumschancen sieht.

5. Fazit

Folgt man allein den Erwartungen der Unternehmen, so bietet sich für die ostdeutsche Industrie ein recht optimistisches Bild: Produktion und Umsatz sollen kräftig zunehmen, die Beschäftigung soll mäßig zurückgehen, die Investitionen sollen weiter aufgestockt werden. Doch diese Erwartungen sind unrealistisch. Entsprechend den Ergebnissen der Umfrage war für 1992 bei den Umsätzen ein Zuwachs von reichlich 10 vH geplant. Der amtlichen Statistik zufolge liegen die Umsätze von Januar bis August um 5 vH unter den Vergleichswerten des Vorjahres. Aus der aktuellen Entwicklung der Auftragsengänge dieses Jahres läßt sich die Erwartung eines nun spürbaren Umsatzanstiegs nicht ableiten. Auch haben sich mit der konjunkturellen Abschwächung in Westdeutschland und der weltweiten Stagnation von der Nachfrageseite her die Aussichten eingetrübt. Unter diesen Bedingungen ist es wenig wahrscheinlich, daß 1993 der Absatz der Industrieunternehmen kräftig expandieren wird. Dann wird es auch nicht möglich sein, den Rückgang in der Zahl der Beschäftigten in den Grenzen zu halten, den die Unternehmen in der Befragung angegeben haben (-6 vH). Auch 1993 werden Entlassungen in größerem Umfang wohl nicht zu vermeiden sein. Die Fortschritte bei der Umstrukturierung der ostdeutschen Industrie und die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit zahlen sich erst nach und nach in einer höheren Produktion und damit in mehr Arbeitsplätzen aus.

V. Bauwirtschaft

Nach wie vor gehört die Bauwirtschaft zu den wenigen Wirtschaftszweigen, in denen weit mehr Licht als Schatten herrscht. Allerdings hat sich die recht stürmische Expansion im Bauhauptgewerbe im Sommer kaum mehr fortgesetzt, auch wenn Auftragsengänge und Umsätze deutlich über dem Niveau im Vorjahr lagen (Tabelle 15). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war nicht nur im Vergleich zum Vorquartal, sondern auch zum Vorjahr niedriger. Noch stärker ist die Zahl der Beschäftigten gesunken. Vor Jahresfrist waren fast 330000 Arbeitskräfte im Bauhauptgewerbe tätig, zuletzt wurden knapp 300000 gezählt. Der saisonbedingte Beschäftigungsverlust zu Beginn des Jahres wurde also in den Folgemonaten nicht wettgemacht. Anders ist die Lage im Ausbaugewerbe, hier liegt die Zahl der Beschäftigten mit rund 70000 um 10 vH über dem Stand des Vorjahres. Allerdings deuten auch hier die verfügbaren Informationen auf eine Verlangsamung der Expansion hin.

Nach wie vor wird die bauwirtschaftliche Nachfrage vom öffentlichen Sektor und von den Produktionsunternehmen getragen. Der Wohnungsbau liegt noch immer darnieder, auch wenn die Nachfrage hier etwas angezogen hat; viele Aktivitäten entfallen noch auf Modernisierungen und Instandsetzungen. Die Entwicklung im Wohnungsbau wird durch die bekannten Faktoren gehemmt: Im Eigenheimbau dämpfen vor allem unsichere Einkommens- und Beschäftigungserwartungen sowie relativ hohe Finanzierungskosten die Nachfrage, während im Mietwohnungsbau wegen der angespannten Haushaltslage der öffentlichen Hand nur wenige Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus errichtet werden.

Im öffentlichen Bau hat sich nach dem exorbitanten Schub im ersten Halbjahr der Nachfrageanstieg abgeflacht. Die finanziellen Kalamitäten, in denen sich vor allem die ostdeutschen Kommunen als Hauptinvestor

Tabelle 15 — Entwicklung im Bauhauptgewerbe Ostdeutschlands^a

	1991				1992		
	I	II	III	IV	I	II	III ^b
<i>Auftragseingang insges.^c (Mill. DM)</i>	934	1458	1969	1858	1786	2259	2382
Wohnungsbau	212	242	265	268	282	334	322
Wirtschaftsbau	410	589	721	740	829	1029	1013
Öffentlicher Bau	312	627	983	850	676	896	1048
<i>Baugewerblicher Umsatz^d (Mill. DM)</i>	1301	2006	2279	2792	1630	2403	2671
Wohnungsbau	379	506	507	513	278	389	424
Wirtschaftsbau	561	785	836	964	706	1013	1133
Öffentlicher Bau	360	715	936	1315	647	1001	1114
<i>Geleistete Arbeitsstunden^d (in 1000)</i>	29298	33979	35433	32303	30262	33916	33819
Wohnungsbau	7220	8166	7469	6066	5391	6335	6242
Wirtschaftsbau	13456	14691	14906	13149	13382	14501	14818
Öffentlicher Bau	8623	11122	13058	13087	11489	13081	12760
<i>Beschäftigte^e (in 1000)</i>	343,5	335,4	328,2	314,2	301,1	302,5	297,2
Nichtgewerbliche Arbeitnehmer	64,1	62,0	59,9	53,8	50,5	50,2	48,2
Facharbeiter	216,2	212,4	209,2	199,8	183,0	186,3	181,4
Fachwerker und Werker	37,8	36,3	35,5	34,4	41,4	40,4	43,8
Gewerbliche Auszubildende	25,4	24,8	23,6	26,1	26,3	25,5	23,7
<i>Zahl der Betriebe</i>	1771	1881	1956	2294	2473	2560	2642

^aMonatsdurchschnitte. — ^bJuli und August. — ^cBetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. — ^dAlle Betriebe. — ^eEinschließlich tätiger Inhaber und Mitinhaber.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

befinden, werden nunmehr zu einer Einschränkung der Investitionstätigkeit führen. Die kommunalen Eigenmittel der Gemeinden sind viel zu gering, und das kommunale Hilfsprogramm des Bundes ist beendet worden. Die Lücke wird wohl kaum von den ostdeutschen Ländern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ausgefüllt. Es steht zu befürchten, daß die neuen Länder, ähnlich wie die alten, bei angespannter Haushaltslage versuchen, auf Kosten der kommunalen Aufgabenerfüllung zu sparen.

Im Wirtschaftsbau hat sich die Auftragslage in den letzten Monaten auf recht hohem Niveau stabilisiert. Die vom Unternehmenssektor an die Bauwirtschaft erteilten Aufträge liegen um ein Drittel über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Ob dieses Niveau gehalten werden kann, ist allerdings fraglich, denn in Anbetracht der Konjunkturschwäche im Westen dürften nicht wenige Unternehmen mit Sitz in Westdeutschland ihre Investitionen in Ostdeutschland strecken oder stornieren.

Obwohl die Bauwirtschaft prosperiert, liegt das Niveau der Bauaktivitäten noch deutlich unter dem in Westdeutschland. Während 1992 in Westdeutschland je Einwohner schätzungsweise 5300 DM an Bauinvestitionen getätigt wurden, dürften es in Ostdeutschland höchstens 3300 DM gewesen sein. Die Diskrepanz resultiert in erster Linie aus den geringen Aktivitäten im Wohnungsbau, wo die Relation 2600 DM zu 750 DM beträgt. Aber auch im Wirtschaftsbau wird in Ostdeutschland weniger investiert (1800 DM zu 1400 DM), während die Bautätigkeit der öffentlichen Hand in den neuen Bundesländern höher ist (850 DM zu 1100 DM).

VI. Freie Berufe

Der Stand der Freien Berufe spielte in der DDR nur eine untergeordnete Rolle. Nur etwa 16000 "Freiberuflich Tätige" wies die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR für Ende September 1989 aus. Zudem wurde der Begriff der Freiberuflichkeit von der DDR-Statistik — anders als von der bundesdeutschen Statistik — weitgehend als statistische Restgröße verstanden; die Angaben über "Freiberuflich Tätige" sind also nicht gleichzusetzen mit Angaben über Selbständige in Freien Berufen, deren Zahl deutlich niedriger lag. Über die Entwicklung der Freien Berufe in Ostdeutschland ist wenig bekannt. Die statistischen Informationen sind noch sehr lückenhaft. Mit Unterstützung des Forschungsinstituts Freie Berufe der Universität Lüneburg wird im folgenden versucht, ein Bild von den Gründungsaktivitäten zu zeichnen.

1. Gründungstätigkeit

Die Gründung freiberuflicher Existenzen begann nach der Wende zunächst sehr zögerlich. Für Oktober 1990 wurde die Anzahl der Selbständigen vom Institut für Freie Berufe, Nürnberg, auf 6000–7000 geschätzt. Unmittelbar danach hat eine Welle von Existenzgründungen eingesetzt (Tabelle 16). Bereits Ende 1990 hat sich deren Anzahl verdoppelt, vor allem wegen der zunehmenden Zahl freiberuflich tätiger Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Steuerbevollmächtigter.²³ Ein Vergleich mit Westdeutschland macht deutlich, daß sich der Stand der Freien Berufe Ende 1990 mitten in der Aufbauphase befand (Tabelle A8). So lag in Ostdeutschland — nach den Ergebnissen der Berufstätigenzählung — der Anteil der Selbständigen in Freien Berufen an den insgesamt unternehmerisch selbständig Tätigen mit etwa 7 vH deutlich niedriger als in Westdeutschland (knapp 18 vH). Mit durchschnittlich acht Mitarbeitern waren die Unternehmen in Ostdeutschland gleichwohl nahezu doppelt so groß wie in Westdeutschland mit etwa vier Personen. Die größten Unterschiede waren zu verzeichnen in den Freien Berufen des Gesundheitswesens, insbesondere bei den Apothekern, sowie in den technisch-naturwissenschaftlichen Freien Berufen, also bei den Architekten und Ingenieuren (Tabelle A9). Hier haben freiberufliche Existenzgründer offenbar in vielen Fällen einen beträchtlichen Teil des Personals der zuvor staatlichen Einrichtungen übernommen. So gab es in der DDR sehr viel weniger, aber mit bis zu 200 Angestellten sehr viel größere Apotheken als in Westdeutschland. Ende 1990 betrug die Anzahl der Angestellten pro Apotheke in Ostdeutschland mit durchschnittlich 21 immer noch das Dreieinhalbfache der Durchschnittsgröße einer westdeutschen Apotheke. Ähnliches gilt für die Architekten und Ingenieure; dort wurden viele freiberufliche Existenzen vor allem im Zusammenhang mit der Entflechtung von Großbetrieben gegründet. Mitunter haben sich ganze Abteilungen als Ingenieurs- und Planungsbüros selbständig gemacht.

Personell stark besetzt waren auch die Büros der Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater. Dafür gab es freilich andere Gründe. In der DDR hatte es den Beruf des Wirtschaftsprüfers nicht gegeben, hier bestand somit ein hoher Nachholbedarf. Dieser konnte zunächst nur dadurch gedeckt werden, daß westdeutsche Wirtschaftsprüfer in den neuen Bundesländern tätig wurden. Um sich auf die wichtigsten Aufgaben konzentrieren zu können, mußten sie einen vergleichsweise großen Mitarbeiterstab aufbauen und sich durch eine weitgehende Delegation von Aufgaben Entlastung verschaffen. Mangel an Erfahrung und Defizite in der Qualifika-

²³ Die Analyse der Gründungsaktivitäten wird durch das Fehlen aktueller Strukturdaten erschwert. Es muß deshalb auf die Ergebnisse der Berufstätigenzählung vom 30.11.1990 (BTE 90) zurückgegriffen werden. Im Rahmen dieser Erhebung wurden etwa 111000 Beschäftigte, darunter etwa 14000 Selbständige, in Freien Berufen ermittelt. Die BTE 90 erlaubt es, in Verbindung mit der letzten Arbeitsstättenzählung für das alte Bundesgebiet von 1987 die Berufsstrukturen in beiden Teilen Deutschlands miteinander zu vergleichen.

Tabelle 16 — Anzahl der Selbständigen in Freien Berufen in den neuen Bundesländern^a 1990–1992

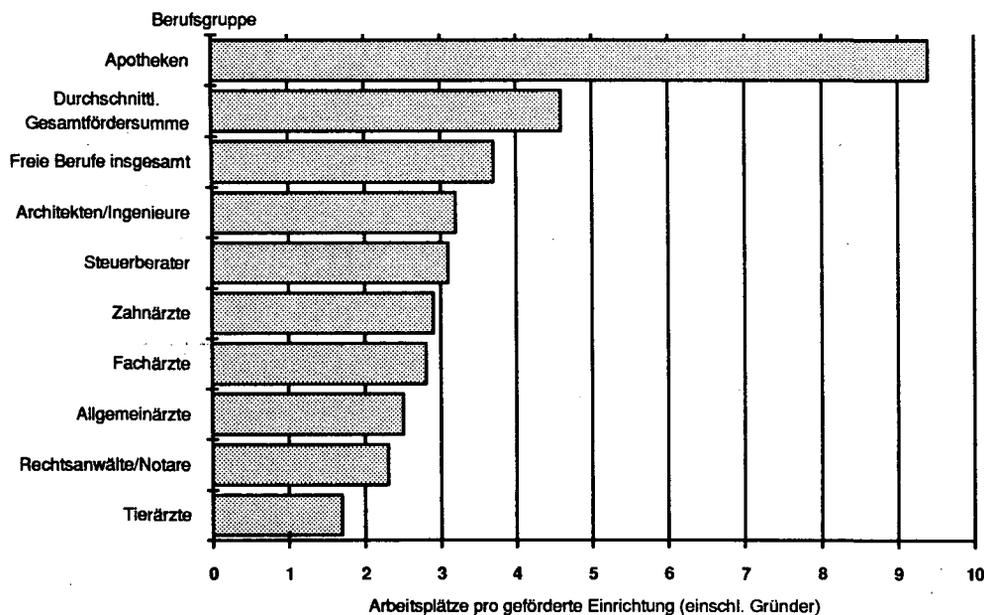
	1.10.1990	31.12.1990	30.6.1991	31.12.1991	30.6.1992
Rechtsanwälte	1600	2000	2200	2900	3100
Nur-Notare	250	370	450	460	490
Patentanwälte	.	160	180	230	220
Wirtschaftsprüfer/Vereidigte Buchprüfer	.	70	120	150	150
Steuerberater/Steuerbevollmächtigte	350	2500	2600	2800	2700
Tierärzte	.	.	.	2150	2100
Architekten	350	600	1250	2100	2300
Beratende Ingenieure	.	2000	3000	3300	3400
Ärzte	650	6000	10530	14400	15500
Zahnärzte	900	4000	6000	7800	8600
Unternehmensberater	.	.	.	500	500
Apotheker	50	600	1600	2000	2100
Freie Kulturberufe	10500

^aOhne Ost-Berlin.

Quelle: Institut für Freie Berufe, Nürnberg.

tion konnten in der Anfangszeit nur durch hohen Personaleinsatz wettgemacht werden. Das Potential, das den Wirtschaftsprüfern und Unternehmensberatern zur Verfügung stand, um ihre Mitarbeiter auszuwählen, bestand größtenteils aus Beschäftigten, die in den Verwaltungs- und Rechnungsabteilungen ehemaliger Kombinate und volkseigener Betriebe tätig waren. Sie waren häufig als erste von Maßnahmen des Personalabbaus betroffen. Manche Wirtschaftsprüfer haben die von den Großbetrieben aufgelösten kaufmännischen Abteilungen sogar vollzählig übernommen.

Schaubild 5 — Durchschnittliche Anzahl der Arbeitsplätze bei geförderten Existenzgründern in Freien Berufen (Stand: März 1991)



Quelle: Deutsche Ausgleichsbank; Forschungsinstitut Freie Berufe der Universität Lüneburg.

Inzwischen hat sich die Zahl der freiberuflich Selbständigen gegenüber dem Stand von 1990 verzehnfacht. Die Strukturen in den neuen Bundesländern haben sich weiter an die der alten Bundesländer angeglichen. In den neuen Bundesländern dominieren die Unternehmen, die nach 1990 gegründet wurden. Sie sind deutlich kleiner als die vordem existierenden: Im Schnitt haben sie, den Gründer eingeschlossen, nur drei bis vier Beschäftigte (Schaubild 5). Sie sind in der Regel sogar etwas kleiner als vergleichbare Unternehmen in den alten Bundesländern; sie haben ihre Expansionsphase noch vor sich.

2. Gründungsförderung

Die Gründung selbständiger freiberuflicher Existenzen wird — wie alle Existenzgründungen in Ostdeutschland — mit öffentlichen Mitteln gefördert. Diese Förderung stützt sich hauptsächlich auf die beiden folgenden, einander ergänzenden Kreditprogramme: zum einen auf das Existenzgründungsprogramm, das aus ERP-Mitteln gespeist wird, und zum anderen auf das Eigenkapitalhilfeprogramm des Bundes. Antragsteller, die Mittel aus dem Eigenkapitalhilfeprogramm bekommen, beantragen und erhalten in der Regel auch Mittel aus dem Existenzgründungsprogramm. Bei der Inanspruchnahme der beiden Programme lassen sich jedoch deutliche Unterschiede in der Förderintensität feststellen, und zwar sowohl zwischen freiberuflichen Existenzgründern und anderen geförderten Existenzgründern als auch zwischen den Existenzgründern verschiedener Freier Berufe. Bis Mitte 1992 flossen aus den beiden Programmen insgesamt 15,5 Mrd. DM in die neuen Bundesländer. Mit rund 4 Mrd. DM entfiel davon gut ein Viertel auf Angehörige der Freien Berufe. Diese profitieren von den Förderangeboten also unterdurchschnittlich, denn ihr Anteil an allen Existenzgründern war etwas höher (Tabelle 17). Mit annähernd 29000 von insgesamt rund 98000 bewilligten Anträgen erreichten sie einen Anteil von etwa einem Drittel an der Gesamtförderung. Nachdem im Herbst 1991 die Angehörigen der Freien Heilberufe von der Inanspruchnahme des Existenzgründungsprogramms ausgeschlossen wurden, ging die Inanspruchnahme der Förderprogramme durch die Freiberufler zurück und scheint sich im Laufe dieses Jahres weiter abgeschwächt zu haben. So hat sich bei ihnen die Antragsbewilligung in der ersten Jahreshälfte mit einem Zuwachs von etwa 14 vH weniger dynamisch entwickelt als die Bewilligung insgesamt mit knapp 20 vH. Auch bei den durchschnittlich zur Verfügung gestellten Fördersummen sind die Freien Berufe zurückgefallen. Der Grund dafür dürfte darin liegen, daß sich bei einigen großen Gruppen der Freien Berufe, die überdurchschnittliche Förderbeträge erhielten, der Existenzgründungsprozeß abgeschwächt hat. Dies gilt für die Freien Heilberufe, aber auch für technisch-naturwissenschaftliche Berufe, wie die beratenden Ingenieure, oder die rechts- und steuerberatenden Berufe. Bei den geförderten Freien Heilberufen dürfte das Nachlassen der Gründungsdynamik wesentlich auf ihren Ausschluß aus dem Existenzgründungsprogramm zurückzuführen sein.

Die Inanspruchnahme der Mittelstandsförderung durch die Angehörigen der Freien Berufe zeigt ein deutlich ausgeprägtes berufsgruppenspezifisches Bild. In besonders hohem Maße partizipierten Angehörige der Freien Heilberufe. So nahmen die Apotheker zu nahezu 100 vH an den Fördermaßnahmen teil, Zahnärzte zu etwa 83 vH und Ärzte zu etwa 73 vH. In deutlich geringerem Maße, nämlich nur zu 19 vH, griffen Architekten und Ingenieure sowie zu nur 11 vH Steuerberater und Wirtschaftsprüfer auf Fördermittel zurück.

Ein fast identisches Bild ergibt sich aus der berufsgruppenspezifischen Gliederung der Anzahl der bewilligten Anträge und der durchschnittlichen Förderbeträge (Schaubilder A1 und A2). Die umfangreichste Förderung in den Jahren 1991 und 1992 erfuhren jeweils Ärzte, Zahnärzte und Apotheker. Das kommt nicht von ungefähr: Zur Niederlassung in diesen Berufen sind vielfach aufwendige apparative Ausstattungen und dementsprechend hohe finanzielle Aufwendungen erforderlich. Im Rahmen der Förderung konnten, sofern beide Programme in Anspruch genommen wurden, bis zu zwei Drittel des geplanten Investitionsvolumens finanziert werden.

Tabelle 17 — Inanspruchnahme der Mittelstandsförderprogramme^a in den neuen Bundesländern

	Gesamtförderung	darunter: freiberufliche Existenzgründer
Bewilligte Anträge		
bis zum 31.12.1991 (Zahl)	78400	24700
bis zum 30.6.1992 (Zahl)	97400	28800 ^b
Zuwachsrate (vH)	19,5	14,2
Durchschnittlicher Förderbetrag je Antrag (DM)		
Förderbeginn bis 31.12.1990	107000	152000
1.1.1991 bis 31.12.1991	164000	143000
1.1.1992 bis 30.6.1992	224000	96000 ^b

^aExistenzgründungsprogramm seit 15.2.1990 und Eigenkapitalhilfeprogramm seit 12.4.1990. — ^bAngehörige Freier Heilberufe seit dem 14.10.1991 von der Inanspruchnahme des Existenzgründungsprogramms ausgeschlossen.

Quelle: Deutsche Ausgleichsbank; Forschungsinstitut Freie Berufe der Universität Lüneburg.

Die Förderintensität hat sich bei den einzelnen Berufsgruppen unterschiedlich entwickelt. So stieg im ersten Halbjahr 1992 — im Vergleich zum Jahr 1991 — die durchschnittliche Förderung für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer auf fast das Doppelte (130000 DM), während sich die durchschnittliche Förderung für Zahnärzte um etwa die Hälfte (93000 DM) verringerte. Der Rückgang der durchschnittlichen Fördersumme bei den Angehörigen der Freien Heilberufe ist in erster Linie auf ihren Ausschluß aus dem Existenzgründungsprogramm zurückzuführen. Die Niederlassungstätigkeit bei Architekten, Ingenieuren sowie bei Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern nahm im ersten Halbjahr 1992 an Dynamik zu, während sie sich bei Tierärzten, Apothekern, Zahnärzten und Ärzten deutlich abschwächte (Schaubild A3). Bei diesen dürfte inzwischen ein recht hoher Versorgungsgrad erreicht worden sein, während in den rechts- und steuerberatenden Berufen weiterhin ein hoher Bedarf an qualifizierten Kräften besteht und dieser erst jetzt allmählich durch neu ausgebildete ostdeutsche Berufsangehörige gedeckt werden kann.

Die Förderstatistiken bieten auch Aufschluß über den Stand der Beschäftigung in den Freien Berufen. Insgesamt bestanden zum Zeitpunkt der Förderung reichlich 100000 Arbeitsplätze.²⁴ Damit entfallen reichlich zwei Drittel auf die Freien Heilberufe (Tabelle 18).

Tabelle 18 — Arbeitsplätze bei geförderten freiberuflichen Existenzgründern (Stand: 30.6.1992)

	Zahl		Zahl
Alle freiberuflichen Existenzgründer	rd. 107000	Rechtsanwälte/Notare	1902
darunter:		Steuerberater/Wirtschaftsprüfer	1194
Ärzte	30605	Tierärzte	1071
Zahnärzte	26680	<i>Nachrichtlich:</i>	
Apotheken	18744	Alle Existenzgründer	rd. 450000
Architekten/Ingenieure	4714		

Quelle: Deutsche Ausgleichsbank; Forschungsinstitut Freie Berufe der Universität Lüneburg.

²⁴ Die Zahl der tatsächlich existierenden Arbeitsplätze ist vermutlich etwas höher, weil in der Zwischenzeit per saldo zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden. Abgesehen davon werden nicht alle freiberuflichen Existenzgründer durch die Förderprogramme erfaßt.

3. Gründungshemmnisse

Niederlassungswillige Freiberufler sehen sich, trotz staatlicher Förderprogramme sowie der Beratungs- und Unterstützungsangebote seitens der Verbände, zahlreichen Hemmnissen und Schwierigkeiten gegenüber. Nach einer Umfrage des Forschungsinstituts Freie Berufe der Universität Lüneburg bei einer Reihe berufsständischer Organisationen bereiten die Finanzierung der Existenzgründung sowie die Knappheit an geeigneten Räumlichkeiten die größten Schwierigkeiten (Schaubild A4). Die Tatsache, daß Finanzierungsprobleme von den Vertretern der Heilberufe als besonders gravierend genannt wurden, deutet darauf hin, daß diese Berufsgruppe vom Ausschluß aus dem Existenzgründungsprogramm empfindlich getroffen wurde, zumal der finanzielle Aufwand bei der Gründung freiberuflicher Arztpraxen erheblich gestiegen ist. So erhöhten sich beispielsweise die Investitionen bei der Neugründung zahnärztlicher Praxen von 240000 DM im Jahre 1990 auf 316000 DM im 2. Halbjahr 1991 (+ 32 vH) und bei Übernahme bestehender Praxen von 207000 DM auf 338000 DM (+ 63 vH). Der Anstieg resultiert vor allem daraus, daß sich die Ausstattungsstandards erheblich erhöht haben, sei es für medizinische Geräte, sei es für die Räumlichkeiten. Weitere Probleme sehen niederlassungswillige Freiberufler zudem in ungeklärten Eigentumsverhältnissen, unzureichenden Kommunikationseinrichtungen sowie in bürokratischen Hemmnissen.

Über bürokratische Hemmnisse und Konflikte mit der öffentlichen Verwaltung klagen besonders häufig Vermessungsingenieure. Vermessungsrecht ist Landesrecht. In manchen Ländern jedoch, insbesondere in Thüringen, scheint man nur widerstrebend bereit zu sein, öffentlich bestellte Vermessungsingenieure zuzulassen. Die Gründer privater Vermessungsbüros kommen zumeist aus dem Liegenschaftswesen der ehemaligen DDR; ihr Schritt in die selbständige freiberufliche Existenz hat vielfach zu den personellen Engpässen in den Katasterämtern beigetragen. Während die freiberuflichen Vermessungsingenieure nun häufig über einen Mangel an Aufträgen klagen, sind die Katasterämter in der Regel stark überlastet. Dies führt zu einer unnötigen Verschärfung der ohnehin schon bestehenden Schwierigkeiten im Vermessungs- und Katasterwesen sowie den daraus resultierenden Investitionshemmnissen.

Vor großen Problemen stehen auch die Angehörigen der Freien Kulturberufe. Ihre früheren staatlichen Auftrag- und Arbeitgeber existieren z.T. nicht mehr oder sehen sich zu umfangreichen Sparmaßnahmen gezwungen. Häufig wird der Rotstift zuerst an den Ausgabepositionen für Kultur und Bildung angesetzt. Ein gravierendes Problem stellt auch die Raumfrage dar. Ateliers gelten als Gewerberäume und ihre Mieten haben sich drastisch erhöht.

VII. Öffentliche Verwaltung

Der Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen in den neuen Bundesländern ist erkennbar vorangekommen, abgeschlossen ist er aber noch lange nicht. Auf der Agenda stehen weiter dringliche Aufgaben wie die Umgestaltung des Kommunalverfassungsrechts, die Durchführung der Gebietsreform oder die Zuordnung des kommunalen Vermögens. Die Vorarbeiten dazu sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit gediehen. Fast überall haben die Verwaltungen mit Problemen zu kämpfen wie Arbeitsüberlastung und Personalmangel in den Kernbereichen, Kommunikations- und Koordinationsschwierigkeiten miteinander sowie mit anderen Stellen — wie der Telekom oder der Treuhandanstalt —, Unsicherheit bei der Anwendung rechtlicher Vorschriften und Verzögerungen von Entscheidungen als Folge des komplizierten Verwaltungsrechts mit langen Verfahrensrufen und -wegen. Das alles belastet den wirtschaftlichen Neuaufbau in den jungen Bundesländern nach wie vor sehr.

1. Schwierigkeiten beim Verwaltungsaufbau

Die Konstituierung der fünf neuen Länder ist weitgehend vollzogen: Nach großen Anlaufschwierigkeiten wurden inzwischen die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen und behördlichen Strukturen geschaffen. Das war anfangs nicht einfach, denn allenthalben fehlte es an qualifiziertem Personal. Solches ließ sich aus den aufgelösten Bezirksverwaltungen nur zu einem kleinen Teil rekrutieren. Ohne die Verwaltungshilfe des Bundes und der alten Bundesländer, die Anfang 1991 auf breiter Front anlief, wären die Länderverwaltungen nicht in so kurzer Zeit arbeitsfähig gewesen. Auf zentraler Ebene bestehen inzwischen fast überall funktionstüchtige Einrichtungen, ob es sich nun um die Rechtspflege, die Finanzverwaltung oder die Kommunalaufsicht handelt — auch wenn in vielen Bereichen personelle und sachliche Engpässe fortbestehen.

Vorankommen ist auch der Aufbau von Mittelinstanzen. Die einzelnen Länder haben dabei unterschiedliche Wege eingeschlagen. Sachsen und Sachsen-Anhalt haben Regierungspräsidien eingerichtet, Thüringen hat ein Landesverwaltungsamt mit mehreren Außenstellen geschaffen. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben dagegen auf Bündelungsbehörden verzichtet. Dort soll die Entlastung der zentralen Verwaltung durch die Schaffung größerer Einheiten auf kommunaler Ebene im Zuge einer Kommunal- und Gebietsreform erreicht werden. Gegenwärtig hat die übergroße Anzahl kleiner Gemeinden und Landkreise eine Überlastung der obersten Landesbehörden zur Folge.

Die Kommunen in den jungen Bundesländern konnten sich schon einige Zeit vor den Ländern, nämlich nach den Kommunalwahlen im Mai 1990, neu strukturieren. Sie brauchen jedoch dringend einen neuen Rechtsrahmen; das von der Regierung de Maizière erlassene Kommunalverfassungsgesetz muß an die Kommunalverfassungsgesetze der alten Bundesländer angepaßt werden. Und sie brauchen einen neuen Zuschnitt, denn sie sind häufig in bezug auf Einwohnerzahl und Finanzkraft zu klein. Die geplante Kommunal- und Gebietsreform ist nicht einfach zu verwirklichen, weil häufig die Vorstellungen der Landesregierung auf der einen sowie die der Bürger und der öffentlich Bediensteten auf der anderen Seite weit auseinanderliegen. Die Unsicherheit über den Ausgang des Reformwerks beeinträchtigt die Arbeit der kommunalen Stellen sehr.

Die Koordinierung des Verwaltungshandelns zwischen den verschiedenen Ebenen bereitet noch Probleme; sie funktioniert in den jungen Ländern bisher lange nicht so gut wie in den alten Ländern. Zum Teil sind diese Schwierigkeiten sachlich bedingt, zum Teil sind sie politisch-atmosphärischer Natur: Nachdem die Gemeinden längere Zeit fast ohne Dienstaufsicht waren, sehen sie sich nun an die kurze Leine genommen und wehren sich häufig gegen Anweisungen "von oben".

In der Verwaltungspraxis gibt es freilich nach wie vor Engpässe, und zwar sowohl auf der Ebene der Länder als auch auf der kommunalen Ebene. Diese betreffen neben den Planungs- und Bauordnungsämtern vor allem die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen, das Vermessungs- und Katasterwesen sowie die Grundbuchämter. Der wohl größte Engpaß sind derzeit die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen. Dort sind bisher etwa 2,3 Millionen Anträge auf Vermögensrückgabe von mehr als 1 Million Antragstellern eingegangen; abgeschlossen sind erst etwa 8 vH der Verfahren. Durch den Bearbeitungsstau sind viele Investitionsverfahren blockiert: Dringlich ist deshalb eine Prioritätenliste, die der Bearbeitung von Anträgen investitionswilliger Restitutionsberechtigter Vorrang einräumt.

Erheblich sind auch die Rückstände bei der Vermessung von Grundstücken und bei der Führung der Kataster. So muß ein großer Teil der landwirtschaftlichen Grundflächen im Besitz der Treuhandanstalt vor der für 1993 ins Auge gefaßten langfristigen Verpachtung rasch vermessen und kartiert werden. Hier sind die Länder und Kommunen, soweit ihnen das Vermessungs- und Katasterwesen übertragen wurde, dazu aufgerufen, mehr als bisher öffentlich bestellte Vermessungsingenieure zuzulassen.

Nur scheinbar entspannt hat sich die Situation bei den Grundbuchämtern. Einige Verfahren, die für die Durchführung investiver Maßnahmen wichtig sind, wie die Eintragung von Grundpfandrechten und Auflas-

sungsvormerkungen, werden inzwischen zwar relativ schnell erledigt, aber mit etwa 650000 unerledigten Fällen ist der Antragsberg unverändert groß. Der Rückstand dürfte sogar über kurz oder lang wieder größer werden, sobald sich das Arbeitstempo bei den Vermögensämtern spürbar erhöht. Auch hier muß nach Lösungen gesucht werden, um den Antragsstau abzubauen. Eine solche Möglichkeit wäre die Aktenbearbeitung durch Dritte, sei es durch Behörden in den alten Bundesländern oder durch freiberufliche Rechtspfleger.

Die Engpässe sind freilich nicht nur die Folge des enormen Arbeitsanfalls. Sie hängen auch mit dem Mangel an fachkundigem Personal zusammen. So sind bei den Vermögensämtern derzeit nur 2800 der vorgesehenen 4000 Planstellen besetzt. Die umfangreiche personelle Verwaltungshilfe des Bundes und der alten Bundesländer unterstützt den Verwaltungsaufbau zwar wirkungsvoll, muß aber längerfristig fortgeführt und verstärkt werden. Dabei sollten verbindliche Zusagen auch über das Jahr 1993 hinaus gemacht werden, um den ostdeutschen Ländern und Kommunen mehr Planungssicherheit zu geben.

Neben personellen gibt es zudem organisatorische und räumliche Defizite. So gibt es an vielen Orten Raumprobleme, insbesondere bei solchen Behörden, die es vordem in der DDR nicht gab, wie bei den Finanzämtern oder den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen. Viele Gebäude sind in schlechtem baulichem Zustand, und viele sind zu klein. Teilweise fehlt es auch an einer zeitgemäßen Infrastruktur wie Telefonstandleitungen.

2. Schwierigkeiten beim Personalabbau

Trotz der gravierenden Personalengpässe in den Kernbereichen der Verwaltung haben die Gebietskörperschaften in den neuen Bundesländern — nach westdeutschen Maßstäben — noch einen beträchtlichen Personalüberhang, und dies, obwohl kräftig Personal abgebaut worden ist. Mitte 1992 waren bei den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen in den neuen Bundesländern schätzungsweise 1,1 Millionen Personen beschäftigt, etwa 640000 weniger, als in der DDR bei staatlichen Behörden und quasistaatlichen Organisationen tätig waren (Tabelle 19).²⁵

Das Institut für Weltwirtschaft und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle sind der Frage nachgegangen, in welchen Bereichen größere Personalüberhänge bestehen und was die Gründe dafür sind. Es ist derzeit allerdings nicht leicht, sich ein Bild von der Personalausstattung der Gebietskörperschaften in Ostdeutschland nach Ebenen und nach Aufgabenbereichen zu machen. Zeitnahe Strukturdaten liegen nicht vor. Die letztverfügbaren Angaben stammen aus der Personalstatistik im öffentlichen Dienst von Mitte 1991, die damals erstmals auch in den neuen Bundesländern und in Ost-Berlin erstellt wurde. Seinerzeit wurden bei den dortigen Dienststellen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie bei den Sozialversicherungen etwa 1,35 Millionen Bedienstete gezählt (Tabelle 20). Nicht eingeschlossen sind darin Personen im Wartestand und ABM-Kräfte, wohl aber das Personal der Bundeswehr; mit den Zahlen in Tabelle 19 sind diese Angaben somit nicht voll vergleichbar. Von Mitte 1991 bis Mitte 1992 dürften weitere 100000–150000 Personen, also rund ein Zehntel, aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden sein; auch dies schränkt den Aussagewert der Personalstatistik von Mitte 1991 etwas ein.²⁶ Dennoch dürfte noch immer ein erheblicher Personalüberhang bestehen — bei den Ländern, vor allem aber bei den Kommunen.

²⁵ Die Ermittlung des Ausgangsbestandes bereitet große Schwierigkeiten, weil erstens der staatliche Bereich in der DDR anders abgegrenzt war als in der Bundesrepublik und zweitens für Teilbereiche (staatliche Verwaltung und gesellschaftliche Organisationen) keine Beschäftigungszahlen veröffentlicht wurden. Die Zahl von 1,75 Millionen Beschäftigten ist daher eine grobe Schätzgröße.

²⁶ Es ist nicht gelungen, die Länder zu einer Angabe ihres Personalbestandes per 30.6.1992 zu bewegen. Vergleichsangaben liegen nur für das Land Sachsen aus einer Studie des dortigen Landesrechnungshofes vor. Danach gab es dort zur Jahresmitte 1991: 134000 Bedienstete, 32000 (–20 vH) weniger als ein Jahr zuvor. Festgeschrieben war ein Plan-soll von 101000 Personen, gemessen an der Einwohnerzahl hält der Landesrechnungshof jedoch 96000 Personen für

Tabelle 19 — Beschäftigte bei staatlichen Stellen in der DDR bzw. in den neuen Bundesländern von Ende 1989 bis Mitte 1992^a (1000)

	Anzahl	Veränderung (kumuliert)	<i>Nachrichtlich:</i> Personen im Wartestand
1989 IV	1750	—	—
1990 IV	1738	-12	200
1991 I	1708	-42	300
1991 II	1487	-263	250
1991 III	1297	-453	150
1991 IV	1152	-598	—
1992 I	1125	-625	—
1992 II	1110	-640	—

^aEinschließlich Personen im Wartestand und Soldaten, aber ohne ABM-Kräfte.

Quelle: Schätzung des DIW und des IfW.

Tabelle 20 — Personal^a der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen^b in den neuen Bundesländern und in Ost-Berlin nach Beschäftigungsbereichen am 30.06.1991

Bundesländer	Alle Bereiche	davon:				<i>Nachrichtlich:</i> Beschäftigte je 10000 Einwohner	
		Bund	Länder	Gemeinden ^c	Sozialversicherungen	Länder	Gemeinden
Brandenburg	.	.	82500	131600	3100	312	498
Mecklenburg-Vorpommern	.	.	69800	96500	2200	355	491
Sachsen	.	.	166500	177100	4400	340	361
Sachsen-Anhalt	.	.	95700	119500	4200	322	403
Thüringen	.	.	87500	92800	3300	326	346
Ost-Berlin	147500	13900	132300	—	1300	1039	—
Insgesamt	1355200	84900	634300	617500	18500	389	407
<i>Nachrichtlich:</i> Alte Bundesländer	.	.	567100	1937500	1384100	309	221

^aVoll- und Teilzeitbeschäftigte; ohne Personen im Wartestand und ABM-Kräfte, einschließlich Soldaten. — ^bUnter Aufsicht der Länder. — ^cEinschließlich Gemeindeverbände und kommunaler Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW.

Auffällig ist, daß nach den Zahlen von Mitte 1991 der Personalstand in den einzelnen Ländern auf zentraler wie auf kommunaler Ebene sehr unterschiedlich ist. So kommen in Mecklenburg-Vorpommern auf 10000 Einwohner 355 Personen im Verwaltungsdienst, in Brandenburg dagegen nur 312, obwohl dort beispielsweise die Lehrer nur 80 vH des Stundensolls unterrichten und entsprechend nur 80 vH der Bezüge erhalten. Im kommunalen Dienst rangieren die Flächenstaaten Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit

ausreichend. Die — nur eingeschränkt repräsentativen — Ergebnisse einer Umfrage unter ostdeutschen Kommunen, über die gesondert berichtet wird, deuten dort auf einen Personalabbau in der Größenordnung von 10 vH hin.

498 bzw. 491 Personen weit vor Sachsen (361) und Thüringen (346), den beiden Ländern mit der höchsten Bevölkerungsdichte. Zum Vergleich: Im früheren Bundesgebiet kamen auf 10000 Einwohner 312 Landes- und 225 Kommunalbedienstete. Zuviel Personal im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer gibt es also in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, bei den Kommunen.

Der vergleichsweise hohe Personalstand bei den Kommunen besteht in erster Linie in den Bereichen "Bildung und Kultur" sowie "Soziale Sicherung, Gesundheit, Sport und Erholung". Dem steht eine vergleichsweise schwache Personalausstattung in der "Allgemeinen Verwaltung" gegenüber — die häufigen Klagen über den schleppenden Verwaltungsvollzug haben hier eine ihrer Wurzeln. So waren bei den ostdeutschen Kommunen mit mehr als 2000 Einwohnern Mitte 1991 doppelt so viele Arbeitnehmer in Kindergärten und Kinderkrippen beschäftigt wie in der Verwaltung (Tabelle 21); in den westdeutschen Kommunen ist es genau umgekehrt.

Tabelle 21 — Personal des unmittelbaren öffentlichen Dienstes in Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern in den neuen Bundesländern nach Aufgabenbereichen am 30.06.1991^a

Aufgabenbereiche		Insgesamt	davon:				
			Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Allgemeine Verwaltung	(a)	62148	12202	9965	16426	12502	11053
	(b)	55	61	67	42	56	65
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	(a)	18330	3558	2628	6156	3697	2291
	(b)	16	18	18	16	17	13
Schulen	(a)	66551	15317	7928	18655	12502	12149
	(b)	59	77	53	48	56	71
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	(a)	23410	4214	3769	6962	4954	3511
	(b)	21	21	25	18	22	21
Soziale Sicherung	(a)	174441	36374	25784	53882	35262	23185
	(b)	154	182	172	139	159	136
darunter:							
Kindergärten	(a)	78081	18091	13626	20126	16574	9664
	(b)	69	91	91	52	75	57
Kinderkrippen	(a)	51908	9933	6438	17427	9547	8563
	(b)	46	50	43	45	43	50
Sonstige Einrichtungen der Jugendpflege	(a)	11832	3082	1336	4137	1788	1489
	(b)	11	15	9	11	8	9
Gesundheit ^b , Sport, Erholung	(a)	107444	23574	22440	32441	17452	11537
	(b)	95	118	150	84	79	67
Bau- und Wohnungswesen	(a)	27481	4022	3431	10945	4680	4403
	(b)	24	20	23	28	21	26
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsführung	(a)	23748	3458	2671	8518	4799	4302
	(b)	21	17	18	22	22	25
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	(a)	2577	2075	190	—	111	141
	(b)	2	10	1	—	1	1
Alle Bereiche	(a)	506070	104794	78806	153935	95959	72576
	(b)	448	525	527	396	433	424

(a) = Zahl; (b) = Je 10000 Einwohner.

^aOhne Personen im Wartestand und ohne ABM-Kräfte. — ^bEinschließlich der kaufmännisch buchenden Krankenhäuser.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW.

Der hohe Personalüberhang hat verschiedene Ursachen. Eine Ursache ist, daß die DDR andere bürokratische Strukturen besaß als die Bundesrepublik — der staatliche Sektor war ungleich größer, und er war auch personell stärker aufgebläht. Der Überhang stellt also ganz wesentlich eine "Erblast" dar. Eine andere Ursache ist eine Regelung im Einigungsvertrag, wonach die Gebietskörperschaften in Ostdeutschland diejenigen staatlichen Einrichtungen, die in ihren Geschäftsbereich fielen, zu übernehmen hatten, um sie entweder in eigene oder fremde Trägerschaft zu überführen oder aber "abzuwickeln". Auf diese Weise sind den Kommunen eine Reihe von Aufgaben zugefallen, die in den alten Bundesländern in aller Regel von nichtstaatlichen Institutionen erfüllt werden. Dazu gehörten u.a. die Verwaltung des staatlichen Wohnungsvermögens sowie der Einrichtungen des staatlichen und betrieblichen Gesundheitswesens. Die Kommunen haben aber hin und wieder auch Einrichtungen übernommen, die, wie Kindergärten und Kinderkrippen oder Wohnheime, vordem in der Obhut der Betriebe waren. Eine weitere Ursache ist schließlich die große Anzahl kleiner selbständiger Verwaltungseinheiten. Eine Kreis- und Gebietsreform ist in Vorbereitung: So soll es in Sachsen künftig nur noch 22 anstelle von bisher 48, in Thüringen 18 anstelle von 35 und in Mecklenburg-Vorpommern 11 anstelle von bisher 31 Landkreisen geben. Man sollte erwarten, daß diese Reform zu einem nennenswerten Personalabbau führt.

Auch wenn die Strukturen in beiden Teilen Deutschlands nicht voll vergleichbar sind, so stellt sich doch die Frage, was die Gebietskörperschaften in den neuen Bundesländern daran hindert, vergleichbare Strukturen wie in den alten Bundesländern zu schaffen, um den Personalüberhang abzubauen. Denn der Einigungsvertrag fordert keineswegs, daß die Kommunen alle ihnen dort zugewiesenen Aufgaben behalten müssen. Im Gegenteil, die Kommunen sollen einen Teil davon baldmöglichst an Private übertragen oder in freie Trägerschaft überführen. Das Problem bestand bislang vor allem darin, daß vielerorts für eine Entstaatlichung die Voraussetzungen noch fehlten. Beispielsweise war es für die Kommunen nicht einfach, für ihre Sozialeinrichtungen wie Kindergärten oder Altenheime freie Träger zu finden, die diese ähnlich wie in den alten Bundesländern in eigener Regie betreiben und teilweise für deren Finanzierung einstehen.

Offensichtlich tun sich viele Kommunen auch schwer, überzähligem Personal zu kündigen. Die Kommunen hatten, anders als der Bund und teilweise die Länder, kaum Möglichkeiten, Einrichtungen "abzuwickeln" und das zugehörige Personal in den "Wartestand" zu versetzen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur "Warteschleifenregelung" vom 24.4.1991 kam eine "Abwicklung" nur dann in Betracht, wenn eine Einrichtung aufgelöst wurde und als "organisatorisch abgrenzbare Funktionseinheit" nicht mehr bestehen blieb. Ihre bloße Überleitung auf kommunale oder andere Träger war demnach kein Auflösungsgrund. In solchen Fällen können bestehende Beschäftigungsverhältnisse nur auf dem Wege der Einzelkündigung beendet werden; die bis Ende 1993 verlängerte Frist zur Bedarfskündigung gibt den öffentlichen Arbeitgebern an sich die Möglichkeit dazu. Dennoch schrecken viele Kommunen vor diesem Schritt zurück, weil sie damit rechnen müssen, daß die Arbeitnehmer nach einer Kündigung gegen die Kommunen erfolgreich prozessieren: Die Rechtsprechung neigt dazu, eine Kündigung für unwirksam zu erklären, solange anderswo noch Planstellen unbesetzt sind, auch wenn, was häufig der Fall ist, eine Umsetzung von Mitarbeitern wegen unzureichender beruflicher Kenntnisse kaum in Frage kommt. Die Kommunen fürchten, langwierige Arbeitsprozesse führen zu müssen, die sie möglicherweise verlieren und durch die sie zu hohen Gehaltsnachzahlungen verpflichtet werden. Zudem sehen sich viele Kommunen offenbar gegenüber ihren Bediensteten in einer Fürsorgepflicht: Sie möchten sie ungern in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Das Festhalten an überkommenen Strukturen läßt sich auch darauf zurückführen, daß Länder und Gemeinden in Ostdeutschland ihre Aufgaben teilweise umfassender definieren, als es in Westdeutschland bisher der Fall ist. Dies gilt insbesondere für soziale Aufgaben wie die Bereitstellung von Kindergartenplätzen. Inzwischen verweisen viele ostdeutsche Kommunen auf ihre gesetzliche Verpflichtung, Kindergartenplätze bereitzustellen zu müssen. Allerdings fällt auf, daß es in dieser Hinsicht zwischen den ostdeutschen Bundesländern

schon große Unterschiede gibt: Die meisten Beschäftigten im Sozialbereich gibt es — wohl nicht zufällig — bei den Kommunen in Brandenburg. Dieses Land hat auch als erstes das Recht auf einen Kindergartenplatz in seiner Verfassung verankert.

Für den Abbau des Personalüberhangs müssen schon in Kürze Lösungen gefunden werden, weil die ostdeutschen Gebietskörperschaften wegen der ausufernden Personalkosten sonst manövrierunfähig werden. Wenn nichts geschähe, würden sich deren Personalausgaben wegen der Anpassung der Vergütungen an das westdeutsche Niveau in den nächsten zwei bis drei Jahren verdoppeln. Der Spielraum für die Finanzierung dringender Investitionen würde sich dadurch weiter verengen: 1992 machten die Personalausgaben bei den ostdeutschen Kommunen trotz niedrigerer Vergütungen im Durchschnitt schon 40 vH der Gesamtausgaben aus, bei den westdeutschen Kommunen waren es 30 vH. Die ostdeutschen Länder und Gemeinden können nicht darauf setzen, daß ihr Finanzbedarf in gleicher Weise wie bisher durch Zuweisungen gedeckt wird.

3. Zur personellen Situation bei den Gemeinden — Ergebnisse einer Befragung

Um sich ein aktuelles Bild von der personellen Situation bei den ostdeutschen Gemeinden zu machen, hat das Institut für Wirtschaftsforschung Halle eine schriftliche Befragung durchgeführt. Einbezogen wurden über 200 Gemeinden aller Größengruppen. Bei der Zusammenstellung der Stichprobe wurde dem Anteil der fünf neuen Bundesländer an der Gesamteinwohnerzahl Rechnung getragen. Die angeschriebenen Kommunen antworteten sehr zögerlich. Bisher wurden 36 Fragebögen zurückgesandt, von denen 34 (16 vH der Befragten) in die Auswertung einbezogen werden konnten. Die Kommunen, die bisher antworteten, vertreten über 1,1 Millionen Einwohner; das sind knapp 8 vH der Bevölkerung der neuen Bundesländer (ohne Berlin-Ost). Die 34 Kommunen verteilen sich auf folgende Gemeindegrößengruppen:

bis unter	5000 Einwohner	8	30000 bis unter	50000 Einwohner	3
5000 bis unter	10000 Einwohner	6	50000 bis unter	100000 Einwohner	5
10000 bis unter	20000 Einwohner	6	100000 und mehr Einwohner		2
20000 bis unter	30000 Einwohner	5			

Die Umfrage erbrachte folgende Ergebnisse:

(1) Die Anzahl der öffentlich Bediensteten (einschließlich des Personals von rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen und Krankenhäusern) hat sich in den befragten Gemeinden im Zeitraum von Mitte 1991 bis Mitte 1992 im Durchschnitt um 8 vH reduziert. Größere Abweichungen in den einzelnen Größenklassen sind nicht zu erkennen. Bis zum Jahresende 1992 wollen die Gemeinden den Personalstand um weitere 12 vH verringern. Einzelne Gemeinden planen sogar eine Reduzierung um über 20 vH. Nur eine Gemeinde will ihr Personal geringfügig aufstocken. Im kommenden Jahr beabsichtigen die Gemeinden, die Beschäftigung im Schnitt nochmals um mindestens 10 vH gegenüber Ende 1992 abzubauen. Einige Kommunalverwaltungen sehen sogar einen Abbau um 20 vH und mehr vor. Lediglich 4 Gemeinden planen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Veränderungen gegenüber 1992. Alles in allem wird also ein beschleunigter Personalabbau ins Auge gefaßt.

(2) Die Anzahl der Beschäftigten in der allgemeinen Verwaltung wurde von Mitte 1991 bis Mitte 1992 um durchschnittlich 13 vH verringert. Dabei kam es teilweise zu gegenläufigen Entwicklungen. Während einzelne Kommunen kräftig "abspeckten", stockten andere kräftig auf. Bei 40 vH der Kommunen soll sich die Anzahl der Beschäftigten in der allgemeinen Verwaltung bis zum Ende dieses Jahres nicht verändern, bei 60 vH sind — zu gleichen Teilen — sowohl geringe Reduzierungen als auch geringe Aufstockungen vorgesehen. Im

Durchschnitt soll sich die Anzahl der Beschäftigten im 2. Halbjahr 1992 im Verwaltungsbereich um knapp 5 vH vermindern.

(3) Ein Drittel bis ein Viertel der Kommunen beklagten, daß die Planstellen in wichtigen "Kernbereichen" nicht ausreichen. Das betrifft besonders das Stadtplanungs- und Bauordnungsamt sowie — in etwas geringem Maße — das Amt für Wohnungsbauförderung und das Liegenschaftsamt. Von den antwortenden Kommunen hatten nur wenige ein eigenes Amt für offene Vermögensfragen. Hinzu kommt, daß in einzelnen Ämtern die Planstellen teilweise bis zur Hälfte nicht besetzt sind. Besonders prekäre Besetzungsprobleme bestehen nach den vorliegenden Ergebnissen in den größeren Gemeinden. Einzelne Gemeinden haben außerdem darauf verwiesen, daß sie die volle Besetzung der Planstellen finanziell nicht verkraften könnten bzw. offene Stellen sperren würden.

(4) Die Anzahl der Beschäftigten in den nachgeordneten Einrichtungen (Sozialhilfe, Jugendhilfe, Gesundheit, Sport und Erholung) wurde von Mitte 1991 bis Mitte 1992 um etwa ein Siebtel reduziert. Dabei war auch hier die Entwicklung sehr unterschiedlich. So haben 60 vH der Kommunen ihr Personal in den Sozial- und Jugendhilfeeinrichtungen verringert, 32 vH beibehalten und 8 vH erhöht. Hierin spiegeln sich auch die Bemühungen der Kommunen um die Überführung von Einrichtungen in freie Trägerschaft wider. Im 2. Halbjahr 1992 soll der Personalabbau in den Einrichtungen der Sozial- und Jugendhilfe weiter beschleunigt werden. Zum Jahresende sollen — gegenüber dem Stand zur Jahresmitte — weitere 20 vH der Stellen in diesen Einrichtungen eingespart werden. Lediglich zwei Gemeinden beabsichtigten, das Personal geringfügig aufzustocken. Ähnliches zeichnet sich bei den Einrichtungen für Gesundheit, Sport und Erholung ab.

(5) Die Kommunen haben offenbar bei der Überführung von Einrichtungen in freie Trägerschaft gute Fortschritte erreicht. Etwa zwei Drittel der Gemeinden haben bisher kommunale Einrichtungen in freie Trägerschaft überführt. Ein weiterer Teil plant, dies "demnächst" zu tun. Insbesondere kleinere Gemeinden (bis etwa 10000 Einwohner) haben hier noch einen Nachholbedarf. Vorzugsweise wurden bisher Kinderkrippen und -gärten sowie Alten- und Pflegeheime an freie Träger übergeben. Gleichwohl ist die Palette der kommunalen Einrichtungen, die auf freie Träger überführt wurden bzw. überführt werden sollen, bereits sehr breit. Beispiele dafür sind Wohn- bzw. Werkstätten für Behinderte, Jugendclubs und — vereinzelt — andere Einrichtungen wie Frauenhäuser, Obdachlosen- und Asylbewerberheime. Ein Teil der Gemeinden beklagte jedoch, daß nicht genügend oder überhaupt keine freien Träger zu finden seien. Einzelne Kommunen wiesen zudem auf die schwierige Finanzlage hin, die es unmöglich mache, finanzschwache freie Träger ausreichend zu unterstützen. Etwa die Hälfte der befragten Kommunalverwaltungen bemängelt darüber hinaus die unbefriedigende Unterstützung durch das Land.

(6) Offensichtlich ist die Privatisierung kommunaler Aufgaben vorangekommen: 40 vH der befragten Kommunen haben einzelne oder mehrere Betriebe und Einrichtungen bereits in private Hände übergeben oder wollen es "demnächst" tun. Mittlere und größere Gemeinden gehen die Privatisierung eher an als kleine Gemeinden. Privatisiert werden kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Heizwerke, Klärwerke, Müllentsorgungsbetriebe, Gebäudereinigungsbetriebe, medizinische Einrichtungen und Schwimmhallen, in Einzelfällen auch Theater oder Tierparks.

(7) Die Personalausgaben beanspruchen bei etwa einem Drittel der Gemeinden 20–30 vH der Haushaltsmittel und bei einem weiteren Drittel 30–40 vH. Bei einem Sechstel der Kommunen zehren die Lohn- und Gehaltsausgaben bereits fast die Hälfte der Gesamtausgaben auf. Durchgängig (mit wenigen Ausnahmen) zeigt sich, daß die Personalausgaben in Gemeinden mit weniger als 20000 Einwohnern bis zu 30 vH und in Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern über 30 vH der gesamten Mittel des Jahres 1992 aufzehren. Mittlere und größere Städte sind demzufolge anteilig stärker durch Personalaufwendungen belastet als kleinere Gemeinden. Die Mittel, die zur Finanzierung der Personalausgaben benötigt werden, fehlen für investive Maßnahmen.

(8) Reichlich die Hälfte der Kommunen sieht in noch ausstehenden Entscheidungen der Landesregierungen und der Treuhandanstalt ein "sehr großes" Hemmnis für die Bewältigung der kommunalen Aufgaben. Ein Hauptkritikpunkt ist die zögerliche Übertragung kommunalen Eigentums. Weitere "wichtige" Probleme sind die nicht qualifikationsgerechte Besetzung der Planstellen sowie die noch nicht ausreichende Beherrschung der Verwaltungspraxis. Die Mehrzahl der befragten Kommunen beklagt darüber hinaus die zu geringe Unterstützung durch übergeordnete Stellen und sieht Lücken im Informationsfluß von "oben nach unten". Der Mangel an westdeutschen Beratern ist dagegen "kein" bzw. nur ein "geringes" Problem. Bemerkenswert ist, daß über 60 vH der Kommunen in der augenblicklichen Personalausstattung nur ein "geringes" bzw. "kein" Hemmnis sehen.

VIII. Absatzchancen für ostdeutsche Konsumgüter

Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft verloren die ostdeutschen Produzenten einen großen Teil ihrer heimischen Absatzmärkte. In fast allen Bereichen verdrängte das westliche Angebot das ostdeutsche; die Nachfrage nach ostdeutschen Produkten brach ein. Inzwischen hat sich die Einstellung der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber Erzeugnissen aus heimischer Produktion wieder gewandelt. Die Faszination von Westprodukten hat deutlich nachgelassen. Nach den Ergebnissen repräsentativer Haushaltsbefragungen des Instituts für Marktforschung, Leipzig, geben inzwischen drei Viertel der Konsumenten an, beim Einkauf ostdeutsche Produkte zu bevorzugen (Tabelle 22). Auch wenn man diese Ergebnisse relativieren muß — viele in Ostdeutschland hergestellte Erzeugnisse sind nur noch schwer oder gar nicht mehr als solche zu erkennen —, so zeigt sich, daß die bewußte Ablehnung ostdeutscher Produkte der Vergangenheit angehört.

Tabelle 22 — Akzeptanz heimischer Produkte durch die ostdeutsche Bevölkerung

	...vH der Konsumenten bevorzugen beim Kauf heimische Produkte
Dezember 1990	51
Juli 1991	65
Dezember 1991	73
Juli 1992	74

Quelle: Institut für Marktforschung, Leipzig.

Die Absatzchancen ostdeutscher Produkte hängen vor allem vom Kaufverhalten der Konsumenten, von den Beschaffungs- und Absatzstrategien des Handels und der Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten ab. Daneben spielen auch die Aktivitäten von Verbänden, Kammern und staatlichen Stellen eine Rolle. Bei der Einschätzung der Absatzchancen für ostdeutsche Produkte dürfen die einzelnen Ebenen — Konsumenten, Handel und Produzenten — nicht isoliert gesehen werden. In der Vergangenheit hat es oftmals einseitige Schuldzuweisungen gegeben, etwa an den Handel, der angeblich den ostdeutschen Produzenten den Marktzutritt systematisch verwehrt habe. Tatsächlich sind die Probleme häufig vielschichtiger gewesen. So haben viele ostdeutsche Hersteller anfangs kaum etwas zur "Pflege" der Handelsunternehmen getan, und diese wiederum haben wenig Bereitschaft gezeigt, die Produkte dieser Hersteller zu vermarkten.

Wie es um die Absatzchancen ostdeutscher Produkte auf den ostdeutschen wie auf den westdeutschen Absatzmärkten derzeit steht, hat die Forschungsstelle für den Handel, Berlin (FfH), auf der Basis von Statistiken,

Befragungen, Expertengesprächen und Auswertungen der Fachpresse zu ergründen versucht — und zwar jeweils aus der Sicht der Konsumenten, des Handels und der Produzenten.

1. Akzeptanz bei den Konsumenten

Die Bereitschaft der Konsumenten zum Kauf von Ostprodukten ist zwar insgesamt gestiegen, sie beschränkt sich jedoch im wesentlichen auf Lebensmittel, Zigaretten, Waschmittel und eine Reihe von anderen Waren des täglichen Bedarfs (Tabelle 23). Bei diesen Produkten haben die ostdeutschen Hersteller den qualitativen Vorsprung der westlichen Konkurrenz rasch aufholen können. Bei Gebrauchsgütern werden dagegen nach wie vor Westprodukte bevorzugt, vor allem technische Geräte und Textilien. Nach einer Erhebung bei 1000 ostdeutschen Haushalten, die von der Forschungsstelle für den Handel, Berlin (FfH), im Sommer 1992 befragt wurden, betrug der Anteil der Ausgaben für ostdeutsche Produkte an den Gesamtausgaben bei Lebensmitteln im Durchschnitt 32 vH, bei Nichtlebensmitteln indes nur 6 vH.

Tabelle 23 — Wertschätzung ostdeutscher Produkte durch die ostdeutsche Bevölkerung

Folgende ostdeutsche Produkte werden...	
häufiger gekauft	seltener gekauft
Brot/Brötchen, Fleisch, Wurst, Milch, Butter/Käse, Mehl/Zucker Spirituosen, Zigaretten Waschmittel Glas/Porzellan, Polstermöbel	Süßwaren Kaffee Hautcreme, Weichspüler Hifi-Anlagen, Fernseher, Oberbekleidung

Quelle: Institut für Marktforschung, Leipzig, Befragungsergebnisse vom Dezember 1991 und Juni 1992.

2. Anbieterverhalten des Handels

Der Absatzerfolg ostdeutscher Produkte hängt wesentlich von den Entscheidungen der Handelsunternehmen ab, insbesondere davon, welche Produkte sie in ihr Sortiment aufnehmen, wie sie diese Produkte plazieren und ob und wie sie dafür werben. Im Einzelhandel Ostdeutschlands sind westdeutsche Handelsunternehmen die bestimmenden Akteure. Sie verfügen über langjährige, gut eingespielte Lieferbeziehungen zu westdeutschen und anderen westlichen Herstellern; zudem sind sie oftmals eingebunden in nationale und internationale Einkaufsverbände. Das hat zunächst dazu geführt, daß ostdeutsche Produkte weitgehend aus den Ladenregalen verschwanden, zumal die wenigsten ostdeutschen Hersteller in der Lage waren, im Hinblick auf Qualität, Menge, Preis und Verpackung wettbewerbsfähige Produkte bereitzustellen sowie eine pünktliche Lieferung zu garantieren. Inzwischen hat die ostdeutsche Industrie in dieser Hinsicht erkennbare Fortschritte gemacht: Ein Teil der Produkte hat, was Qualität und Aufmachung anlangt, westliche Standards erreicht, und ein Teil der Hersteller hat sich an westliche Lieferusancen angepaßt. Der Handel hat deshalb seine anfänglichen Vorbehalte gegenüber ostdeutschen Produkten erkennbar abgebaut. Die FfH hat für die Stiftung Warentest jeweils Mitte und Ende 1991 eine Untersuchung über die Präsenz ostdeutscher Produkte bei Nahrungs- und Genußmitteln sowie bei Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln im Einzelhandel der neuen und der alten Bundesländer durchgeführt (Tabelle 24). Während bei der ersten Erhebung in 152 Filialgeschäften 5057 ostdeutsche Produkte gezählt wurden, waren es in der zweiten Erhebung 7311 Produkte (+45 vH). Inzwischen führen fast alle Handelsunternehmen in den neuen wie in den alten Bundesländern Produkte ostdeutscher Hersteller, auch wenn es häufig nur einige wenige sind.

Tabelle 24 — Handelsunternehmen mit ostdeutschem Produktangebot bei Nahrungs- und Genußmitteln sowie bei Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln (Anteile in vH)

	Juni 1991	November/Dezember 1991
Neue Bundesländer	98	99
Alte Bundesländer	54	91

Quelle: Forschungsstelle für den Handel, Berlin.

Über die Anteile ostdeutscher Produkte am Gesamtumsatz des Einzelhandels ist wenig bekannt. Angaben von einzelnen Handelsunternehmen oder von Verbänden können nur mit Vorsicht verwendet werden. Die vom Bundesverband der Filialbetriebe und Selbstbedienungs-Warenhäuser (BFS) veröffentlichten Zahlen über die Umsatzanteile seiner Mitgliedsunternehmen scheinen aber der Größenordnung nach realistisch zu sein. Danach machte bei Lebensmitteln der Anteil ostdeutscher Produkte am Gesamtumsatz im Jahre 1991 in den neuen Bundesländern etwa 15–20 vH und in den alten Bundesländern etwa 5 vH aus.

Die Präsenz ostdeutscher Produkte ist jedoch in den einzelnen Betriebstypen und Produktgruppen sehr unterschiedlich:

- In großflächigen Verbrauchermärkten, aber auch in privat geführten kleinen “Tante-Emma-Läden” sind sehr viel mehr ostdeutsche Produkte zu finden als bei Discountern, die aus Kosten- und Platzgründen nur ein eingeschränktes Sortiment führen. Auch innerhalb gleicher Betriebstypen gibt es große Unterschiede, je nachdem, wie stark sich die Unternehmensleitung für den Absatz ostdeutscher Produkte engagiert. Die von der FfH ermittelten Zahlen — die nicht immer mit den Firmenangaben identisch sind — sprechen eine deutliche Sprache: Danach gibt es nicht nur große Unterschiede zwischen den einzelnen Handelsunternehmen, sondern auch zwischen deren Filialen in den neuen und alten Bundesländern. Bis auf wenige Ausnahmen nimmt die Präsenz ostdeutscher Produkte überall zu (Schaubild A5).
- Frischerzeugnisse, wie Milch- und Molkereiprodukte, Fleisch und Wurst oder Obst und Gemüse, zudem einige bekannte Markenartikel, wie das Waschmittel Spee, Nordhäuser Doppelkorn, Halberstädter Würstchen oder Radeberger Bier, sind in den Ladenregalen weit häufiger vertreten als etwa Textilien, Möbel, elektrotechnische Erzeugnisse oder Kosmetik (Schaubild A6). Im sogenannten Nonfood-Bereich sieht der Handel auch in nächster Zukunft nur geringe Absatzchancen für ostdeutsche Produkte. Es gibt hier jedoch einige Ausnahmen: Überdurchschnittlich präsent sind heimische Produkte in Geschäften, die Glaswaren, Porzellan- und Keramikartikel sowie kunstgewerbliche Gegenstände führen, die häufig von Herstellern aus der näheren Region stammen und die unter Touristen ihre Abnehmer haben.

Die von der FfH mit Handelsunternehmen, Verbundgruppen und Verbänden geführten Gespräche haben zu folgenden Erkenntnissen geführt: Die Bereitschaft, ostdeutsche Produkte in das Sortiment aufzunehmen und deren Absatz gezielt zu fördern, ist vorhanden. Der Handel ist aber nicht bereit, die ostdeutschen Hersteller bevorzugt zu behandeln. Ostdeutsche Produkte müssen sich wie alle anderen im Wettbewerb bewähren. Die Absatzchancen ostdeutscher Produkte im Nonfood-Bereich lassen sich aus der Sicht des Handels nur dann verbessern, wenn es gelingt, entweder qualitativ hochwertige Markenartikel oder Produkte für die mittlere und untere Preislage zu schaffen.

3. Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten

Aus der Sicht des Handels liegen die Ursachen für die immer noch unbefriedigenden Umsatzanteile ostdeutscher Produkte bei den Herstellern. Auch wenn diese Einschätzung vielleicht etwas zu einseitig ist, so weist sie doch auf einige wichtige Probleme hin. Folgendes wird moniert:

- Viele Produkte haben hinsichtlich Qualität und Aufmachung noch Schwächen.
- Bis auf wenige schon in der DDR bekannte Markenprodukte sind die meisten Produkte beim Handel und bei den Konsumenten in Ostdeutschland und erst recht in Westdeutschland unbekannt; es werden nur unzureichende Werbeaktivitäten unternommen, um ein positives Image aufzubauen.
- Wegen des geringen Bekanntheitsgrades kommen die meisten Produkte nur für das Ergänzungs- und Randsortiment in Frage; dafür aber ist ihr Preis meist zu hoch.
- Die Lieferung ausreichend großer Stückzahlen insbesondere an Filialisten und andere Großabnehmer bereitet noch Probleme; auch die für eine Listung notwendigen Liefer- und Servicegarantien können die Hersteller oft nicht geben.
- Die angebotene Produktpalette ist nicht umfangreich genug. Kooperationen mit anderen Produzenten oder auch der Zukauf von Handelsware zur Abrundung des Angebots wären angebracht; der Trend beim Handel geht nämlich dahin, die Anzahl der Lieferanten zu reduzieren.
- Die Kenntnisse über die Anforderungen des Handels sind unzureichend. Sortimentslücken werden nicht erkannt. Die Kommunikation mit den Handelsunternehmen ist zu gering, die Kontakte müssen intensiver gepflegt werden.
- Es fehlt eine aktive, mitunter auch aggressive Verkaufsstrategie und auch an Mut, nach einer wiederholten Absage wiederzukommen. So etwas würde vom Handel als Zeichen von Engagement und Zuverlässigkeit früher oder später honoriert.
- Die Vertriebskonzepte sind unzureichend; es fehlt ein leistungsfähiger Außendienst mit geschulten Mitarbeitern. Die Kooperation mit Vertriebsspezialisten westdeutscher Unternehmen ist empfehlenswert.
- Es mangelt schließlich an einer erfolgversprechenden Marketingstrategie und an deren konsequenter Umsetzung innerhalb des Unternehmens. Teilweise müssen funktionsfähige Marketingabteilungen erst noch aufgebaut werden.

Diese Kritik richtet sich nicht an alle Branchen und alle Unternehmen. Die vergleichsweise hohen Umsätze, die der Handel mit ostdeutschen Nahrungsmitteln erzielt, zeigen, daß die meisten Unternehmen in der Ernährungsindustrie die Umstellung auf die Marktwirtschaft schon weitgehend vollzogen haben. Dort ist nicht nur der Privatisierungsprozeß so gut wie abgeschlossen, es ist auch gelungen, die Produktionsverfahren in kurzer Zeit auf einen hohen technischen Stand zu bringen und wettbewerbsfähige Produkte anzubieten.

Die Ernährungsindustrie ist auch ein Beispiel für die erfolgreiche Arbeit von Fachverbänden. Insbesondere die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH (CMA) hat ostdeutschen Herstellern etwa durch die Ausrichtung von Warenbörsen, Messen und Werbeaktionen sowie durch die Mitorganisation und Mitfinanzierung anderer verkaufsfördernder Aktivitäten wichtige Hilfestellung gegeben. So konnten mittlerweile mehr als 200 ostdeutsche Unternehmen der Ernährungsindustrie für etwa 1200 Erzeugnisse das CMA-Gütezeichen erwerben. Das Gütezeichen garantiert Qualität und erhöht dadurch die Akzeptanz bei den Konsumenten. Das wiederum fördert die Aufnahme ostdeutscher Produkte in die Listung des Handels.

Anhang 1: Der Streit um die Stromverträge

Aus der Sicht der Städte und Gemeinden stellten sich die Stromverträge wie folgt dar: Die Zuständigkeit für die Stromversorgung der Endverbraucher war den regionalen Versorgungsunternehmen als Rechtsnachfolger der vormaligen Bezirks-Energiekombinate zuerkannt worden; im Gegenzug erhielten die Gebietskörperschaften des Versorgungsgebietes einen (unentgeltlichen) Kapitalanteil von (zusammen) 49 vH des Kapitals des regionalen Elektrizitätsversorgungsunternehmens.

Der Einigungsvertrag gesteht den Gemeinden in den neuen Bundesländern seit dem 1. Januar 1992 das uneingeschränkte Wegerecht zu. Es steht allen Gemeinden in den neuen Bundesländern seitdem also frei, ob sie mit der Stromversorgung

- ein fremdes Unternehmen beauftragen wollen und hierfür, wie in Teilen Westdeutschlands, eine Konzessionsgebühr erheben oder ob sie
- ein eigenes Unternehmen beauftragen wollen, das den zu verteilenden Strom entweder selbst herstellt und/oder von anderen Gesellschaften bezieht.

Der Streit gilt also nicht der Frage, wie zuweilen angenommen wird, ob die Kommunen in den neuen Bundesländern eigene Stadtwerke errichten dürfen (dies ist unbestreitbar), sondern der Frage, wem die bereits auf kommunalem Gebiet befindlichen Erzeugungs- und Verteilungsanlagen rechtlich als Eigentümer zuzuordnen sind. Nach derzeitiger Rechtslage sind dies die regionalen Stromversorgungsunternehmen, so daß eine Gemeinde, die ein eigenes Stadtwerk gründen möchte, diese Anlagen zuvor vom Regionalunternehmen entgeltlich erwerben müßte. So stellt sich auch die Rechtslage in Westdeutschland dar: Will eine Gemeinde nach Auslaufen des Konzessionsvertrages von der bisherigen Fremdversorgung zur Eigenversorgung überwechseln, so muß sie die Anlagen vom bisherigen Fremdversorger erwerben. Dies wirft in der Praxis eine ganze Reihe von äußerst schwierigen Bewertungsproblemen auf (historische Preise abzüglich Abschreibungen versus Wiederbeschaffungskosten), und angesichts des weitgehend maroden Zustandes dieser Anlagen in den neuen Bundesländern könnte man der Meinung sein, daß dieser Streitwert doch nicht allzu hoch angesiedelt sein dürfte. Nur: Solange nicht sicher ist, ob die derzeitige Rechtslage nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Bestand haben wird, ist es unwahrscheinlich, daß Kommunen oder Regionalversorger massiv in die Sanierung und Erneuerung der kommunalen Netze und Versorgungsanlagen investieren. Bei einem für den Investor ungünstigen Urteilsspruch stünden sonst höchst diffizile Bewertungs- und Auseinandersetzungsfragen an. Insofern ist leicht nachzuvollziehen, daß der Gang nach Karlsruhe in der Elektrizitätswirtschaft der neuen Bundesländer einen Investitionsstau ausgelöst hat, zumindest auf der kommunalen Ebene.

Das Bundesverfassungsgericht hat Ende Oktober 1992 einen Vergleich vorgeschlagen, der in den Grundzügen vorsieht, daß

- den Gemeinden, die eigene Stadtwerke gründen wollen, das Vermögen an Netzen und Erzeugungsanlagen vor Ort durch Abspaltung unentgeltlich übertragen wird und
- die Gemeinden im Gegenzug auf ihren Anteil an der 49 vH-Marge am Kapital des regionalen Elektrizitätsversorgungsunternehmens verzichten.

Verlautbarungen der Prozeßbeteiligten lassen vermuten, daß die klagenden Kommunen dem Vergleich zustimmen, die beklagten Stromversorgungsunternehmen ihn aber ablehnen werden. Die drei Konsortialführer und die Bundesregierung haben am 13.11.1992 ihrerseits einen anderslautenden Vergleichsvorschlag unterbreitet und hierzu den klagenden Gemeinden eine Erklärungsfrist bis zum 1.12.1992 eingeräumt. Das Ur-

teil selbst nach einem Scheitern des Vergleichsvorschlages wird dann nicht vor Frühjahr nächsten Jahres erwartet.

Anhang 2: Die regionale Gasversorgung

Der Prozeß der Bildung von regionalen Gasversorgungsgesellschaften ist nahezu abgeschlossen (Schaubild A7). Den Gebietskörperschaften wird — analog zur Regelung auf der Stromseite — an den neuen regionalen Gasversorgungsunternehmen eine unentgeltliche Kapitalbeteiligung von 49 vH übertragen oder bis zu dieser Übertragung durch die Treuhandanstalt verwaltet. Um die restlichen Mehrheitsbeteiligungen von 51 vH haben sich sowohl Gasversorgungsunternehmen entweder einzeln oder in Konsortien aus Westdeutschland als auch aus den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft beworben. Die bisherige Beteiligungsvergabe (Stand: April 1992) seitens der Treuhandanstalt ist in folgender Übersicht aufgelistet (Tabelle A10).

Von den 20 regionalen Gasversorgungsunternehmen wurden 12 einzelbewerbenden westdeutschen Energieversorgungsunternehmen zugeschlagen; als erfolgreichster Einzelbewerber trat die Contigas Deutsche Energie AG in Erscheinung, die drei Versorgungsgebiete erhielt. An drei Übernahmekonsortien sind auch Energieversorgungsunternehmen aus Großbritannien und Frankreich beteiligt. Soweit in den Versorgungsgebieten Städte und Gemeinden das Gasgeschäft in eigener Regie als Teil von Stadtwerken betreiben wollten, wurde diesen Wünschen durch die regionalen Gasversorgungsunternehmen entsprochen, und es wurden in aller Regel Unternehmen mit gemeinsamer Kapitalbeteiligung gebildet. Dieser Kontrast zu den erbitterten Auseinandersetzungen auf der Stromseite hat einen sehr einfachen Grund: Anders als beim Strommarkt können Stadtwerke beim Gasgeschäft nicht vom Fremdbezug zur Eigenerzeugung überwechseln. Wohl aber könnten sie den Vorlieferanten wechseln, wenn dies rechtlich und faktisch möglich wäre. Und gerade hier bildet sich auf dem Gasmarkt in den neuen Bundesländern auf der Ferngasstufe ein "Aufmarschgebiet" der Wettbewerber in der Gaswirtschaft.

Tabelle A1 — Entwicklung der Produktion im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands 1991–1992^a

	1991												1992							
	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	70,1	62,0	65,7	60,3	64,1	65,0	64,3	63,7	68,5	70,8	71,4	67,6	61,8	60,3	67,5	62,1	59,7	63,3	61,0	60,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	77,7	68,1	80,0	70,8	69,4	68,7	73,2	74,1	79,4	86,8	87,6	74,4	75,4	75,2	86,2	80,8	77,2	79,1	77,6	76,7
darunter:																				
Mineralölverarbeitung	120,9	118,2	122,9	101,9	125,4	118,7	126,5	127,9	126,2	125,6	139,2	138,0	134,0	128,4	115,7	132,0	127,6	138,4	117,7	138,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	44,2	30,6	51,3	58,5	65,5	64,4	70,4	67,3	76,0	84,0	77,9	55,6	52,6	58,5	87,9	90,5	92,1	102,5	108,4	106,6
Eisenschaffende Industrie	76,7	64,1	74,8	75,2	74,3	74,9	63,5	66,6	68,0	62,3	49,3	44,5	44,7	55,1	60,4	60,1	70,2	69,8	59,0	60,9
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	72,9	65,8	61,4	60,3	60,2	60,3	56,7	46,4	54,0	58,3	56,1	39,1	52,4	52,5	51,4	50,7	46,4	46,4	36,0	33,2
Chemische Industrie	84,4	75,4	89,1	73,2	59,0	59,3	66,1	70,8	74,4	92,7	102,0	91,0	86,6	82,4	93,1	73,9	64,1	57,9	63,5	53,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	61,1	53,0	53,7	49,7	54,2	58,1	55,6	54,5	58,6	57,6	58,8	59,1	47,5	47,2	51,8	46,1	44,1	49,1	46,8	45,7
darunter:																				
Stahl- und Leichtmetallbau	70,3	79,8	90,9	101,1	112,5	105,8	125,2	130,3	120,6	130,6	113,9	131,3	112,4	110,9	136,0	129,5	136,4	129,3	139,3	154,9
Maschinenbau	59,2	46,4	46,0	41,9	49,5	57,7	51,0	49,7	56,9	50,5	56,8	53,6	34,8	37,3	39,2	29,0	25,9	34,8	31,3	25,0
Straßenfahrzeugbau	62,1	61,8	61,2	53,5	46,8	48,6	45,2	40,5	40,0	45,1	44,7	39,6	39,1	42,7	47,1	49,7	46,5	50,8	36,8	49,2
Elektrotechnik	56,8	49,7	48,0	41,2	42,4	46,9	44,3	43,4	48,9	50,3	48,7	52,3	45,7	42,1	45,1	42,8	39,6	44,0	45,5	41,0
Feinmechanik, Optik, Uhren	53,3	34,5	30,4	25,4	19,9	17,2	19,4	15,4	16,0	15,3	16,2	20,1	12,2	14,7	14,4	18,2	19,6	19,6	14,4	18,7
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	48,3	30,5	42,2	48,7	44,5	38,3	29,3	29,3	23,5	24,4	27,8	20,1	22,1	26,3	26,5	26,5	25,2	18,4	8,0	9,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	70,7	66,3	70,7	65,3	65,5	68,8	62,8	64,0	73,8	78,8	79,2	71,0	71,9	71,8	79,5	73,5	72,5	71,1	65,1	68,1
darunter:																				
Holzverarbeitung	95,6	78,7	82,8	73,5	69,1	65,8	53,8	60,0	82,2	84,2	87,7	74,2	85,0	85,3	91,8	78,8	71,6	63,7	54,1	60,2
Druckerei, Vervielfältigung	85,5	90,6	103,0	103,9	109,0	120,9	119,4	124,1	123,2	134,7	145,7	143,9	133,9	126,1	141,0	138,1	146,1	144,7	140,4	148,4
Textilgewerbe	50,0	50,7	49,8	40,8	41,1	42,6	40,6	36,5	42,8	44,7	42,5	33,6	35,3	35,2	39,5	34,7	32,7	32,9	25,8	25,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	97,1	87,2	90,7	84,8	97,3	85,6	89,5	86,9	89,3	96,1	93,9	90,5	93,0	83,5	95,5	92,1	87,9	93,2	92,5	92,6

^aIndex der Nettoproduktion fachlicher Unternehmensteile; 2. Halbjahr 1990 = 100; arbeitstäglich bereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle A2 — Entwicklung des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands 1991–1992^a

	1991												1992							
	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Verarbeitendes																				
Gewerbe insgesamt	87,2	66,9	92,8	80,3	68,5	75,7	71,8	85,4	71,5	75,2	78,8	92,4	93,7	65,0	70,9	76,2	59,5	75,1	60,2	64,9
Inland	93,4	66,7	71,8	70,8	72,1	69,2	71,0	73,2	71,0	70,2	76,4	71,6	87,6	70,4	74,7	81,5	64,0	79,1	70,3	74,9
Ausland	69,1	67,3	154,0	108,0	58,2	94,7	74,2	121,1	73,1	89,9	85,9	153,1	111,4	49,3	59,8	60,7	46,4	63,6	30,7	35,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	77,0	69,8	74,3	69,0	59,4	60,0	64,3	52,7	65,4	72,3	62,3	72,2	62,3	61,1	63,5	52,4	49,9	56,1	53,9	50,4
darunter:																				
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	39,9	30,2	46,5	60,3	64,4	68,9	69,9	68,4	81,2	78,6	76,3	46,7	76,4	65,9	89,0	87,6	87,0	100,6	105,9	102,1
Eisenschaffende Industrie	80,5	44,1	123,2	67,3	49,2	48,7	59,9	43,6	48,1	53,2	40,8	27,4	40,9	41,8	48,9	43,7	38,6	44,8	39,7	36,4
Chemische Industrie	80,5	89,2	62,7	67,2	63,0	63,8	66,7	48,9	68,8	80,5	70,3	108,5	62,5	63,7	60,0	43,8	41,8	49,2	46,8	41,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	93,9	66,2	116,0	94,5	78,1	93,4	82,2	122,3	80,0	80,8	95,7	119,7	124,1	67,1	76,0	99,1	65,4	94,9	65,6	78,5
darunter:																				
Stahl- und Leichtmetallbau	84,3	54,8	345,9	95,5	83,1	176,2	119,2	256,8	157,8	68,7	103,5	372,3	105,5	125,8	202,5	323,5	93,6	197,9	138,2	123,6
Maschinenbau	111,7	79,4	137,7	149,0	100,1	120,4	96,7	181,9	99,9	128,1	122,3	112,1	173,7	75,5	73,2	65,1	85,1	122,8	58,6	76,4
Straßenfahrzeugbau	50,8	58,9	45,8	39,9	44,4	41,7	30,8	33,5	30,5	27,8	41,7	30,5	27,7	32,5	29,9	30,7	40,9	85,9	57,3	227,4
Elektrotechnik	90,2	62,0	54,1	60,0	59,0	52,2	52,1	50,6	43,3	50,3	60,4	82,6	65,1	45,8	51,2	46,7	40,3	39,7	53,1	39,9
Feinmechanik, Optik, Uhren	143,8	73,0	95,4	56,2	68,4	42,6	53,8	102,7	46,7	40,9	67,0	54,0	100,5	74,3	55,9	88,6	70,8	70,1	76,7	64,9
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	86,9	20,1	21,2	21,0	33,1	27,1	20,2	26,2	29,9	22,9	24,5	33,0	23,5	30,1	37,3	17,2	26,4	27,3	21,9	18,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	91,9	61,9	70,4	66,4	62,5	62,2	60,3	57,4	62,0	66,3	69,7	62,2	80,3	68,2	73,6	66,8	65,0	63,2	59,3	59,9
darunter:																				
Druckerei, Vervielfältigungen	92,6	109,8	111,9	104,3	117,8	119,6	105,6	121,2	111,8	133,2	122,2	114,7	117,5	131,8	133,3	135,4	156,6	132,1	134,8	136,6
Textilgewerbe	69,1	53,2	57,0	70,1	52,4	65,6	65,4	53,5	48,6	50,5	58,8	65,8	59,8	48,2	53,5	48,2	44,7	38,7	30,5	31,1

^aIndex des Auftragseingangs (Wert); 1990 = 100.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle A3 — Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes mit und ohne Bezug von Vorleistungen aus den neuen Bundesländern (vH)

Ausgewählte Gewerbezweige Größenklassen Eigentumsverhältnisse	Anteil der Unternehmen, die Vorleistungen ^a aus Ostdeutschland ...					
	beziehen			nicht beziehen		
	insgesamt	davon: Anteil der Unternehmen, die Vorleistungen ...		insgesamt	davon: Anteil der Unternehmen, die Vorleistungen ...	
		verstärkt beziehen wollen	nicht verstärkt beziehen wollen		verstärkt beziehen wollen	nicht verstärkt beziehen wollen
<i>Ausgewählte Gewerbezweige</i>						
Steine und Erden	76	46	54	24	19	81
Eisen, NE-Metalle, Gießereien	87	39	61	13	10	90
Chemie	87	53	47	13	27	73
Stahl- und Leichtmetallbau	67	47	53	33	36	64
Maschinenbau	81	45	55	19	33	67
Straßenfahrzeugbau	51	33	67	49	18	82
Schiffbau	64	46	64	36	x ^d	x ^d
Elektrotechnik	63	47	53	37	26	74
EBM-Waren	64	34	66	36	19	81
Feinkeramik, Glas	72	26	74	28	39	61
Holzverarbeitung	68	48	52	32	39	61
Papier- und Pappeverarbeitung	86	27	73	14	60	40
Druck	62	33	67	38	28	72
Kunststoff	68	47	53	32	22	78
Textil	84	34	66	16	33	67
Bekleidung	75	43	57	25	42	58
Nahrungs- und Genußmittel	85	50	50	15	34	66
<i>Größenklassen</i>						
Unternehmen mit ... Beschäftigten ^b						
1 bis 19	62	45	55	38	26	74
20 bis 49	70	45	55	30	34	66
50 bis 99	78	45	55	22	34	66
100 bis 199	86	44	56	14	17	83
200 bis 499	88	38	62	12	26	74
500 bis 999	95	42	58	5	x ^d	x ^d
1000 und mehr	93	49	51	7	x ^d	x ^d
<i>Eigentumsverhältnisse</i>						
Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt	85	39	61	15	31	69
Private Unternehmen	67	45	55	33	28	72
davon:						
Eigenständige Unternehmen	66	45	55	34	27	73
Unternehmen im Eigentum westdeutscher Unternehmen	75	47	53	25	34	66
Unternehmen im Eigentum ausländischer Unternehmen	81	40	60	19	x ^d	x ^d
davon:						
Privatisierte oder reprivatisierte Unternehmen ^c	77	47	53	23	34	66
Unternehmen, die vor 1990 in privater Hand waren	64	44	56	36	25	75
Unternehmen, die nach 1989 gegründet wurden	59	40	60	41	24	76
<i>Alle Unternehmen</i>	71	44	56	29	29	71

^aOhne Energie, Gas, Wasser u.ä. — ^bBeschäftigte am 30. Juni 1992. — ^cEinschließlich teilprivatisierter Unternehmen. — ^dAussage wegen geringer Fallzahl nicht sinnvoll.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

Tabelle A4 — Investitionen je Beschäftigten^a im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe 1991 und 1992 (DM)

Ausgewählte Gewerbe- Größenklassen Eigentumsverhältnisse	1991	1992 ^b
<i>Ausgewählte Gewerbe- Größenklassen</i>		
<i>Ausgewählte Gewerbe- Größenklassen</i>		
Steine und Erden	46270	53850
Eisen, NE-Metalle, Gießereien	17230	16500
Chemie	16150	25970
Stahl- und Leichtmetallbau	14780	11680
Maschinenbau	8870	12280
Straßenfahrzeugbau	45050	118420
Schiffbau	6444	14827
Elektrotechnik	10120	11050
EBM-Waren	15870	22890
Feinkeramik, Glas	19000	22430
Holzverarbeitung	14600	29480
Papier- und Pappeverarbeitung	14400	12800
Druck	32770	31790
Kunststoff	25370	46920
Textil	10600	16560
Bekleidung	19290	19620
Nahrungs- und Genußmittel	34860	47260
<i>Größenklassen</i>		
Unternehmen mit ... Beschäftigten		
1 bis 19	26280	33410
20 bis 49	21930	30500
50 bis 99	15910	22120
100 bis 199	17690	23200
200 bis 499	15780	19500
500 bis 999	22110	27000
1000 und mehr	16600	29400
<i>Eigentumsverhältnisse</i>		
Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt	11070	12860
Private Unternehmen	25330	40040
davon:		
Eigenständige Unternehmen	20590	27530
Unternehmen im Eigentum westdeutscher Unternehmen	29570	54100
Unternehmen im Eigentum ausländischer Unternehmen	28570	39100
davon:		
Privatisierte oder reprivatisierte Unternehmen ^c	23340	29870
Unternehmen, die vor 1990 in privater Hand waren	20354	33740
Unternehmen, die nach 1989 gegründet wurden	47360	132400
<i>Alle Unternehmen</i>	18000	26060
^a Beschäftigte Ende 1992. — ^b Geplante Investitionen. — ^c Einschließlich teilprivatisierter Unternehmen.		

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

Tabelle A5 — Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes nach Beschäftigtengrößenklassen und der regionalen Verteilung ihrer für 1992 erwarteten Umsätze

Auf das jeweilige Absatzgebiet soll ein Anteil am Gesamtumsatz von ... entfallen	Alle Unternehmen	davon Unternehmen mit ... Beschäftigten ^a						
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 bis 199	200 bis 499	500 bis 999	1000 und mehr
<i>Ostdeutschland</i>								
90 vH und mehr	49	74	43	29	22	15	11	12
66 vH bis 90 vH	13	8	17	18	15	14	17	12
33 vH bis 66 vH	17	7	20	23	27	30	31	38
mehr als 0 vH bis 33 vH	19	9	19	27	32	39	36	33
0 vH	2	2	2	3	4	2	6	5
<i>Westdeutschland</i>								
90 vH und mehr	5	5	5	6	6	4	4	2
66 vH bis 90 vH	9	5	11	14	15	14	8	5
33 vH bis 66 vH	17	8	20	24	24	30	29	38
mehr als 0 vH bis 33 vH	31	23	32	38	40	42	47	47
0 vH	38	60	32	18	14	10	12	9
<i>Osteuropa</i>								
90 vH und mehr	0	0	0	0	1	0	2	0
66 vH bis 90 vH	1	0	0	1	2	4	0	9
33 vH bis 66 vH	2	0	1	2	4	10	11	12
mehr als 0 vH bis 33 vH	11	2	8	14	24	28	45	53
0 vH	86	98	91	84	70	58	42	26
<i>Übriges Ausland</i>								
90 vH und mehr	0	0	0	1	0	0	0	0
66 vH bis 90 vH	1	0	0	2	2	0	0	0
33 vH bis 66 vH	2	1	2	1	2	5	13	5
mehr als 0 vH bis 33 vH	18	3	15	24	40	49	60	74
0 vH	80	96	83	72	56	46	26	21
<i>Nachrichtlich:</i> Auf die jeweilige Größenklasse sollen ... vH des gesamten Umsatzes des verarbeitenden Gewerbes entfallen	100	4	7	8	12	19	15	35

^aBeschäftigte am 30. Juni 1992.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

Tabelle A6 — Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes nach Eigentumsstatus und der regionalen Verteilung ihrer für 1992 erwarteten Umsätze

Auf das jeweilige Absatzgebiet soll ein Anteil am Gesamtumsatz von ... entfallen	Alle Unternehmen	Treuhand-unternehmen	Private Unternehmen						
			Alle	Privatisierte und repriva-tisierte Unter-nehmen ^a	Unternehmen, die		Eigenständige Unternehmen	Unternehmen im Eigentum ...	
					vor 1990 in privater Hand waren	nach 1989 gegründet wurden		westdeutscher Unternehmen	ausländischer Unternehmen
<i>Ostdeutschland</i>									
90 vH und mehr	49	21	56	34	79	57	60	32	16
66 vH bis 90 vH	13	18	11	16	7	11	11	13	18
33 vH bis 66 vH	17	29	14	20	6	13	13	20	18
mehr als 0 vH bis 33 vH	19	30	16	26	6	15	14	31	43
0 vH	2	2	3	4	1	4	2	4	5
<i>Westdeutschland</i>									
90 vH und mehr	5	4	5	6	3	8	5	11	3
66 vH bis 90 vH	9	13	8	13	3	8	7	14	16
33 vH bis 66 vH	17	27	14	21	7	14	13	20	18
mehr als 0 vH bis 33 vH	31	40	29	37	22	27	28	35	46
0 vH	38	16	43	22	65	43	47	20	16
<i>Osteuropa</i>									
90 vH und mehr	0	1	0	0	0	0	0	0	0
66 vH bis 90 vH	1	2	1	1	0	0	0	1	2
33 vH bis 66 vH	2	6	1	3	0	0	1	4	7
mehr als 0 vH bis 33 vH	11	23	8	14	3	5	6	19	26
0 vH	86	68	90	82	97	95	93	76	65
<i>Übriges Ausland</i>									
90 vH und mehr	0	0	0	1	0	0	0	0	5
66 vH bis 90 vH	1	1	0	1	0	0	0	0	7
33 vH bis 66 vH	2	4	1	2	0	1	1	3	2
mehr als 0 vH bis 33 vH	18	39	13	23	3	10	10	24	41
0 vH	80	56	86	73	97	89	89	73	46
<i>Nachrichtlich:</i> Auf die jeweiligen Unternehmen sollen ... vH des gesamten Umsatzes des verarbeitenden Gewerbes entfallen	100	50	50	38	6	6	23	21	6

^aEinschließlich teilprivatisierter Unternehmen.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

Tabelle A7 — Die von den Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes für 1993 erwartete Umsatzentwicklung nach Absatzgebieten (vH)

Ausgewählte Gewerbebezüge Größenklassen Eigentumsverhältnisse	Veränderung des Umsatzes 1993 gegenüber 1992				
	Umsätze insgesamt	Umsätze ...			
		in Ost- deutsch- land	in West- deutsch- land ^a	in Ost- europa	im übrige- gen Aus- land
<i>Ausgewählte Gewerbebezüge</i>					
Steine und Erden	27	31	0	218	21
Eisen, NE-Metalle, Gießereien	11	21	3	-10	30
Chemie	13	7	21	-3	57
Stahl- und Leichtmetallbau	9	11	21	-5	59
Maschinenbau	22	10	36	7	83
Straßenfahrzeugbau	19	14	40	11	31
Schiffbau	38	1	41	134	229
Elektrotechnik	17	12	24	24	28
EBM-Waren	33	22	33	88	76
Feinkeramik, Glas	30	29	16	548	38
Holzverarbeitung	32	29	32	118	46
Papier- und Pappeverarbeitung	62	52	64	149	56
Druck	29	26	42	-37	76
Kunststoff	56	90	39	35	34
Textil	24	22	27	10	31
Bekleidung	28	23	29	4	85
Nahrungs- und Genußmittel	13	14	19	10	-2
<i>Größenklassen</i>					
Unternehmen mit ... Beschäftigten ^b					
1 bis 19	27	21	48	336	204
20 bis 49	26	21	28	210	95
50 bis 99	22	20	23	39	25
100 bis 199	20	15	29	-7	55
200 bis 499	21	17	25	14	54
500 bis 999	19	15	27	2	26
1000 und mehr	10	10	18	-3	42
<i>Eigentumsverhältnisse</i>					
Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt	12	13	12	-1	46
Private Unternehmen	23	17	37	13	34
davon:					
Eigenständige Unternehmen	23	18	30	32	65
Unternehmen im Eigentum westdeutscher Unternehmen	21	15	41	8	8
Unternehmen im Eigentum ausländischer Unternehmen	26	22	36	-9	41
davon:					
Privatisierte und reprivatisierte Treuhandunternehmen ^c	23	15	37	12	34
Unternehmen, die vor 1990 in privater Hand waren	20	19	32	1	72
Unternehmen, die nach 1989 gegründet wurden	22	15	23	30	16
<i>Alle Unternehmen</i>	18	16	24	2	41

^aEinschließlich West-Berlins. — ^bBeschäftigte am 30. Juni 1992. — ^cEinschließlich teilprivatisierter Unternehmen.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1992.

Tabelle A8 — Selbständige und Beschäftigte in Freien Berufen in den neuen^a und alten Bundesländern^b

	Neue Bundesländer ^c		Alte Bundesländer	
	Zahl	Anteil ^d	Zahl	Anteil ^d
Selbständige	14000	7,3	357700	17,6
Beschäftigte	110700	1,5	1532700	5,7
<i>Nachrichtlich:</i>				
Durchschnittl. Beschäftigtenzahl je Unternehmen	7,9	x	4,3	x

^aBerufstätigenerhebung vom 30.11.1990. — ^bArbeitsstättenzählung vom 25.5.1987. — ^cEinschließlich Ost-Berlins. — ^dAnteil an allen Selbständigen bzw. Beschäftigten (vH).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; Forschungsinstitut Freie Berufe der Universität Lüneburg.

Tabelle A9 — Beschäftigte je Unternehmen in Freien Berufen in den neuen^a und alten Bundesländern^b

	Neue ^c	Alte
	Bundesländer	
Apotheken	21	6
Wirtschaftsprüfung, wirtschaftliche Unternehmensberatung	18	9
Büros beratender Ingenieure	17	6
Selbständige Journalisten	14	1
Sonstige selbständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen	14	2
Vermessungsbüros	12	7
Architektenbüros	10	3
Steuerberatung	7	6
Arztpraxen (ohne Zahn- und Tierarztpraxen)	7	5
Sonstige Wirtschaftsberatung	7	4
Zahnarztpraxen	4	6
Tierarztpraxen	3	3
Kraftfahrerschulen	3	3
Werbegestaltung und -durchführung	3	4
Rechtsanwalts- und Patentanwaltspraxen, Notariat	2	4
Dolmetscher-, Übersetzungs- und Schreibbüros	2	1
Sonstiges freiberufliches Veterinärwesen	1	4
Selbständige Künstler	1	1
Selbständige Schriftsteller	1	1

^aBerufstätigenerhebung vom 30.11.1990. — ^bArbeitsstättenzählung vom 25.5.1987. — ^cOhne Ost-Berlin.

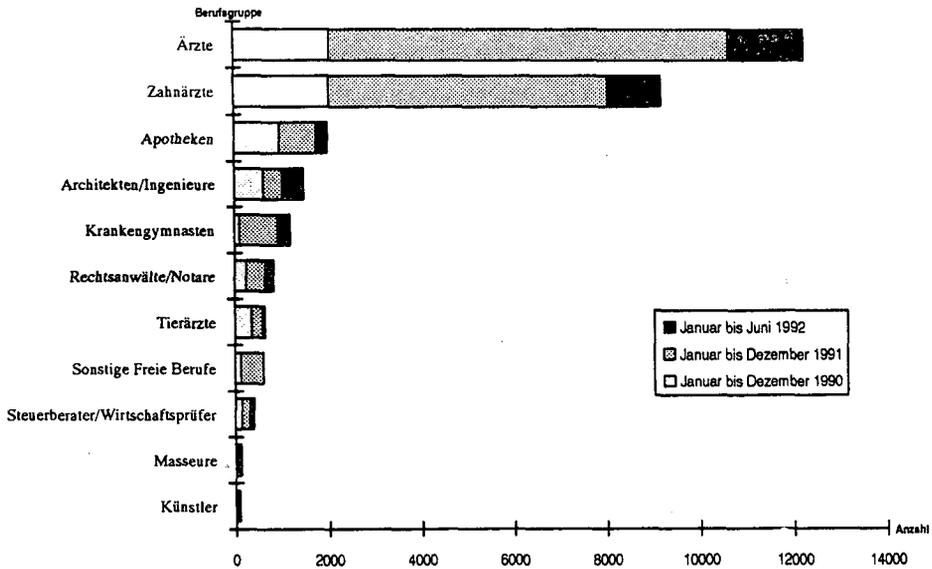
Quelle: Statistisches Bundesamt; Forschungsinstitut Freie Berufe der Universität Lüneburg.

Tabelle A10 — Regionale Gasversorgungsunternehmen in den Beitrittsländern nach der Kapitalbeteiligung^a

Nordmecklenburger Gasversorgung GmbH Bleicherstr. 1, O-2500 Rostock Anteilseigner: Hamburger Gaswerke GmbH, Hamburg (51 %)	Hannover-Braunschweigische StromversorgungsAG Betriebsdirektion Sachsen-Anhalt Letzlinger Landstr. 6, O-3570 Gardelegen Anteilseigner: Hannover Braunschweigische StromversorgungsAG (HASTRA), Hannover (51 %)	Südtüringer Gasgesellschaft mbH Landsberger Str. 2, O-6100 Meiningen Anteilseigner: Contigas Deutsche Energie AG, München (51 %)
HGW HanseGas GmbH Obotritenring 30, O-2751 Schwerin Anteilseigner: Hamburger Gaswerke GmbH, Hamburg (51 %)	Erdgas Mittelsachsen GmbH Karl-Marx-Str. 18, O-3900 Schönebeck Anteilseigner: Thüga AG, München (51 %)	Werragas Gasversorgung für Schmalkalden und Bad Salzungen GmbH Karl-Marx-Str., O-6200 Bad Salzungen Anteilseigner: Maingas AG, Frankfurt/M. / Gas- Union GmbH, Frankfurt/M. (51 %)
Ostmecklenburgische Gasversorgung GmbH (OMG) Ihlenfelder Str. 88, O-2000 Neubrandenburg Anteilseigner: Isar-Amperwerke AG, München (25,5 %), Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen 25,5 %)	Gasversorgung Magdeburg-Süd Karl-Marx-Str. 18, O-3300 Schönebeck Anteilseigner: Ferngassalzgitter GmbH, Salzgitter (51 %)	Gasversorgung Sachsen Ost GmbH Gasanstaltstr. 2, O-8036 Dresden Anteilseigner: Rheinische Energieaktiengesellschaft (Rhenag), Köln (39 %), Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS), Stuttgart (12 %)
Erdgas Mark Brandenburg GmbH Glasmesteisterstr. 14-22, O-1591 Potsdam Anteilseigner: Gas de France (25,5 %), Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund (12,75 %), Westfälische Ferngas-AG, Dortmund (12,75 %)	Gasgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH Thälmannplatz 3, O-4020 Halle Anteilseigner: British Gas, Berlin (24 %), Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund (17%), Westfälische Ferngas-AG, Dortmund (10 %)	Gasversorgung Leipzig GmbH Thälmannplatz 3, O-4020 Halle Anteilseigner: British Gas, Berlin / Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW), Dortmund (51 %)
Gasversorgung für Frankfurt an der Oder und Umgebung GmbH Wilhelm-Pieck-Str. 333, O-1200 Frankfurt/Oder Anteilseigner: Energieversorgung Weser-Ems AG (EWE), Oldenburg (51 %)	Gasversorgung Nord-Thüringen GmbH Anger 30-32, O-5010 Erfurt Anteilseigner: Contigas Deutsche Energie AG, München (51 %)	Gasversorgung Chemnitz GmbH (Erdgas Südsachsen GmbH) Straße der Nationen 140, O-9002 Chemnitz Anteilseigner: Thüga AG, München (51 %)
Spreegas GmbH Thiemstr. 1367, O-7500 Cottbus Anteilseigner: Verbundnetz AG, Böhlitz-Ehrenberg (20 %), Ges. für Gasversorgung mbH, Essen (17 %), Saar Ferngas AG, Saarbrücken-Schafbrücke (14 %)	Ohrs-Hörsel-Gas GmbH Gothaer Str. 38-40, O-5812 Waltershausen Anteilseigner: Maingas AG, Frankfurt/M. / Gas-Union GmbH, Frankfurt/M. / Main-Kraftwerke AG, Frankfurt/M. (51 %)	
Prignitzer Energie- und Wasserversorgungs- unternehmen GmbH (PVU) Feldstr. 27 a, O-2910 Perleberg Anteilseigner: Niederrheinische Gas- und Wasserwerke GmbH (NGW) (50 %)	Erdgasversorgung Worbis/Eichsfeld GmbH Nordhäuser Str. 20, O-5620 Worbis Anteilseigner: Gasversorgung Südhannover Nordhessen GmbH, Kassel (51 %)	
	Ostthüringer Gasgesellschaft mbH Rudolstädter Str. 41, O-6908 Jena-Winzerla Anteilseigner: Contigas Deutsche Energie AG, München (51 %)	
^a Die hier angeführte Liste der regionalen Gasversorgungsunternehmen in den Beitrittsländern gibt als Anteilseigner jeweils die von der Treuhandanstalt veräußerten maximal 51 % der Kapitalanteile an; die restlichen Anteile befinden sich noch bei der Treuhand oder im Besitz der Gebietskörperschaften.		

Quelle: Erdöl-Erdgas-Kohle, Vol. 108, 1992, H. 4, S. 161.

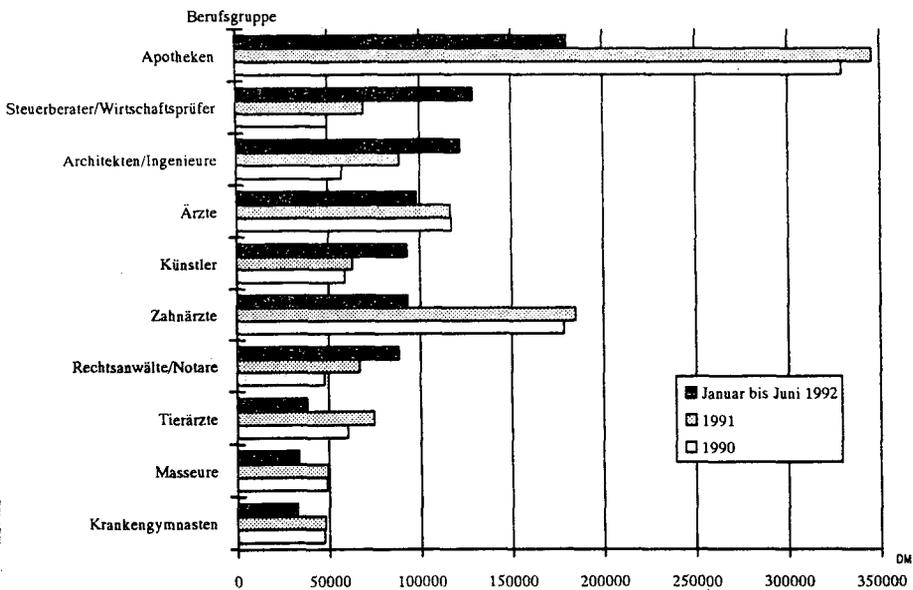
Schaubild A1 — Anzahl bewilligter Anträge auf Fördermittel nach den Mittelstandsförderprogrammen^a



^aAngehörige Freier Heilberufe seit dem 14. Oktober 1991 von der Inanspruchnahme des Existenzgründungsprogramms ausgeschlossen.

Quelle: Deutsche Ausgleichsbank; Forschungsinstitut Freie Berufe der Universität Lüneburg.

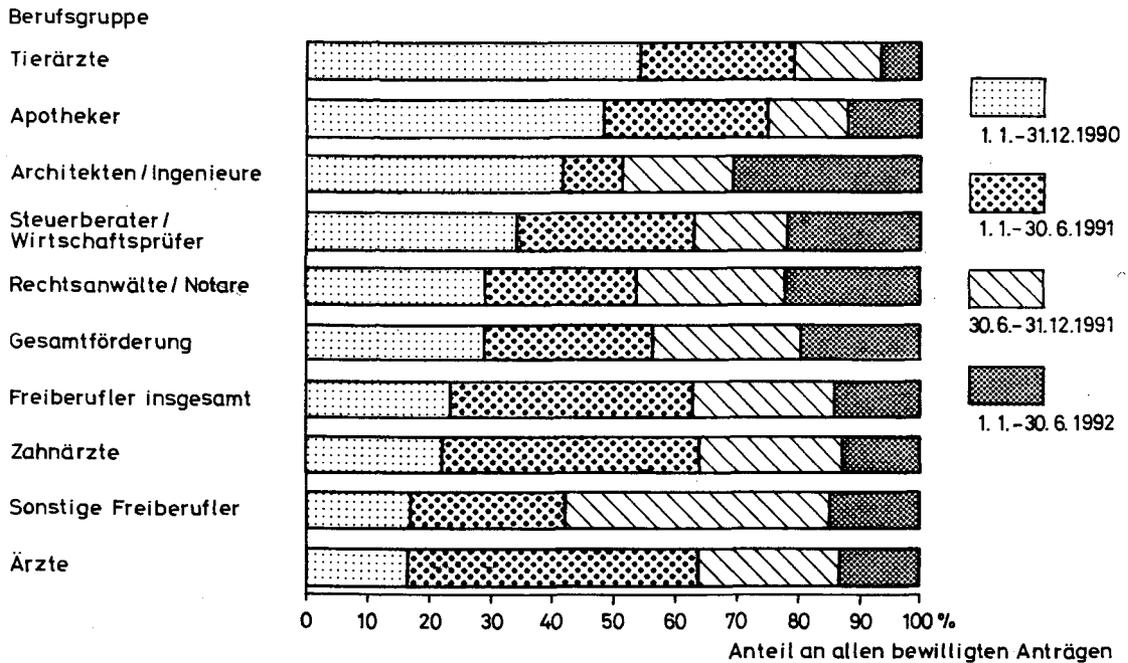
Schaubild A2 — Durchschnittliche Fördersummen bei Inanspruchnahme der Mittelstandsförderprogramme^a (DM)



^aAngehörige Freier Heilberufe seit dem 14. Oktober 1991 von der Inanspruchnahme des Existenzgründungsprogramms ausgeschlossen.

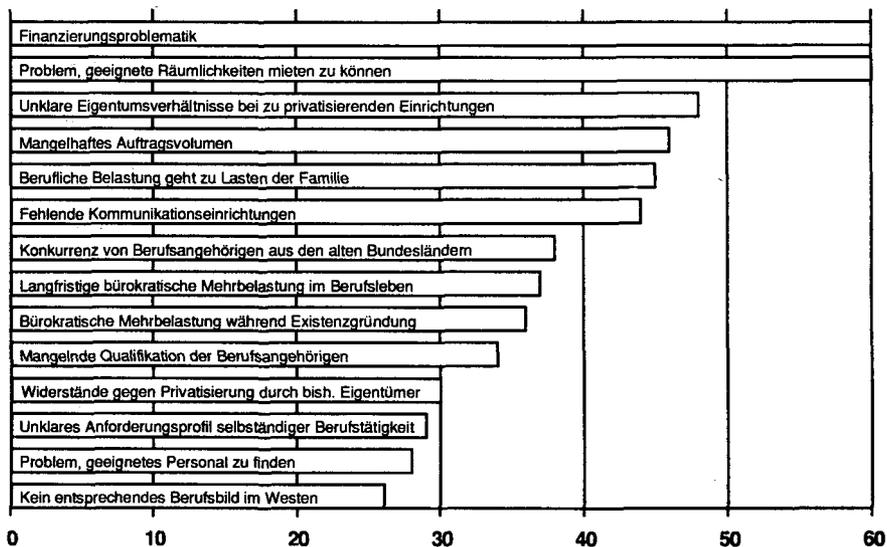
Quelle: Deutsche Ausgleichsbank; Forschungsinstitut Freie Berufe der Universität Lüneburg.

Schaubild A3 — Zeitliche Verteilung der bewilligten Anträge auf Gründungsförderung nach Berufsgruppen



Quelle: Deutsche Ausgleichsbank; Forschungsinstitut Freie Berufe der Universität Lüneburg.

Schaubild A4 — Hemmnisse bei der Existenzgründung in Freien Berufen^a

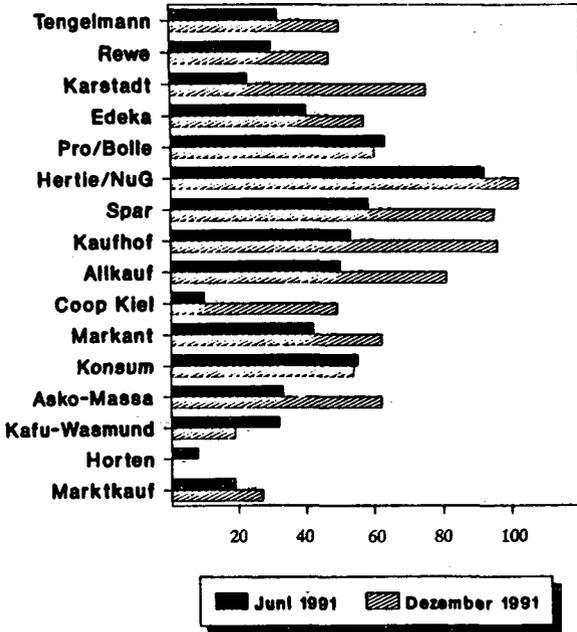


^aAuf der horizontalen Achse erscheint die Summe der jeweiligen Angaben auf einer Skala von 1 (Hinderungsgrund hat überhaupt keine Rolle gespielt) bis 5 (Hinderungsgrund war ausschlaggebend) von 18 Berufsorganisationen der Freien Berufe in den neuen Bundesländern.

Quelle: Forschungsinstitut Freie Berufe der Universität Lüneburg.

Schaubild A5 — Anzahl ostdeutscher Produkte im Handel

a. Neue Bundesländer



b. Alte Bundesländer

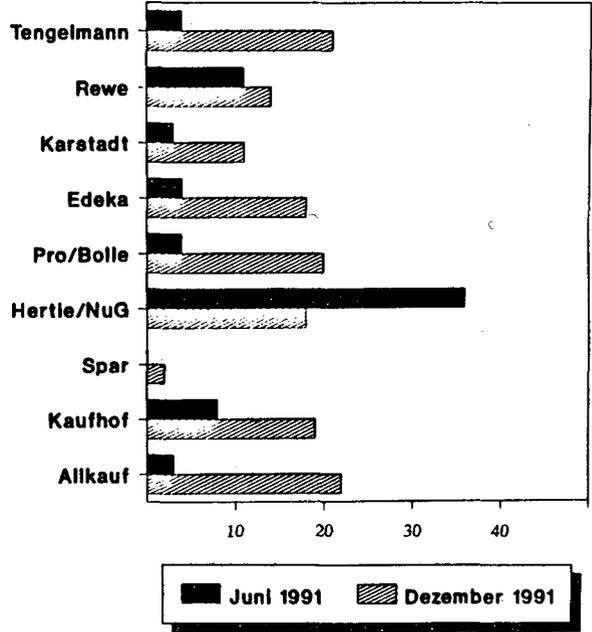
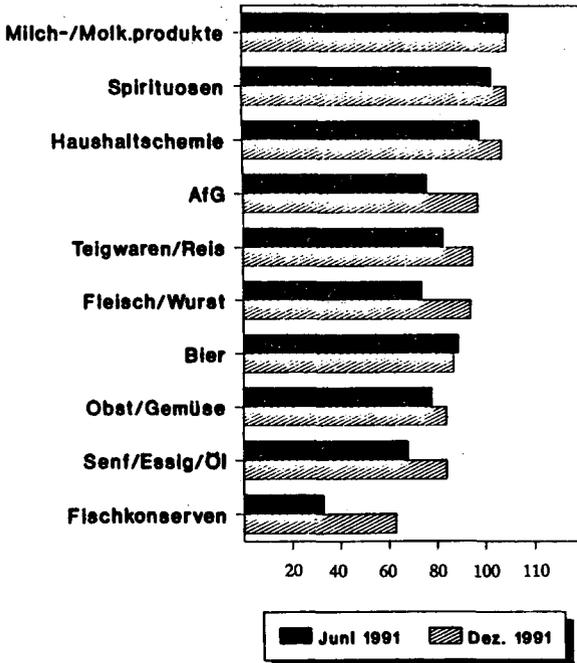
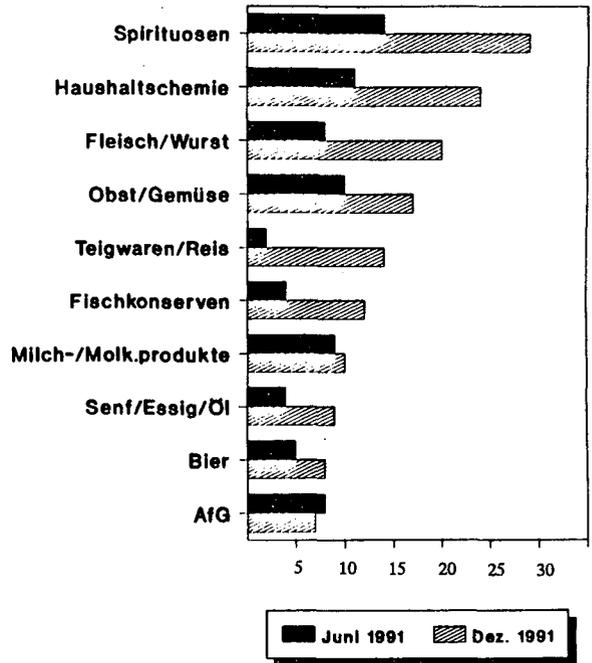


Schaubild A6 — Anzahl der Handelsunternehmen, die die erhobenen Produktgruppen anbieten

a. Neue Bundesländer

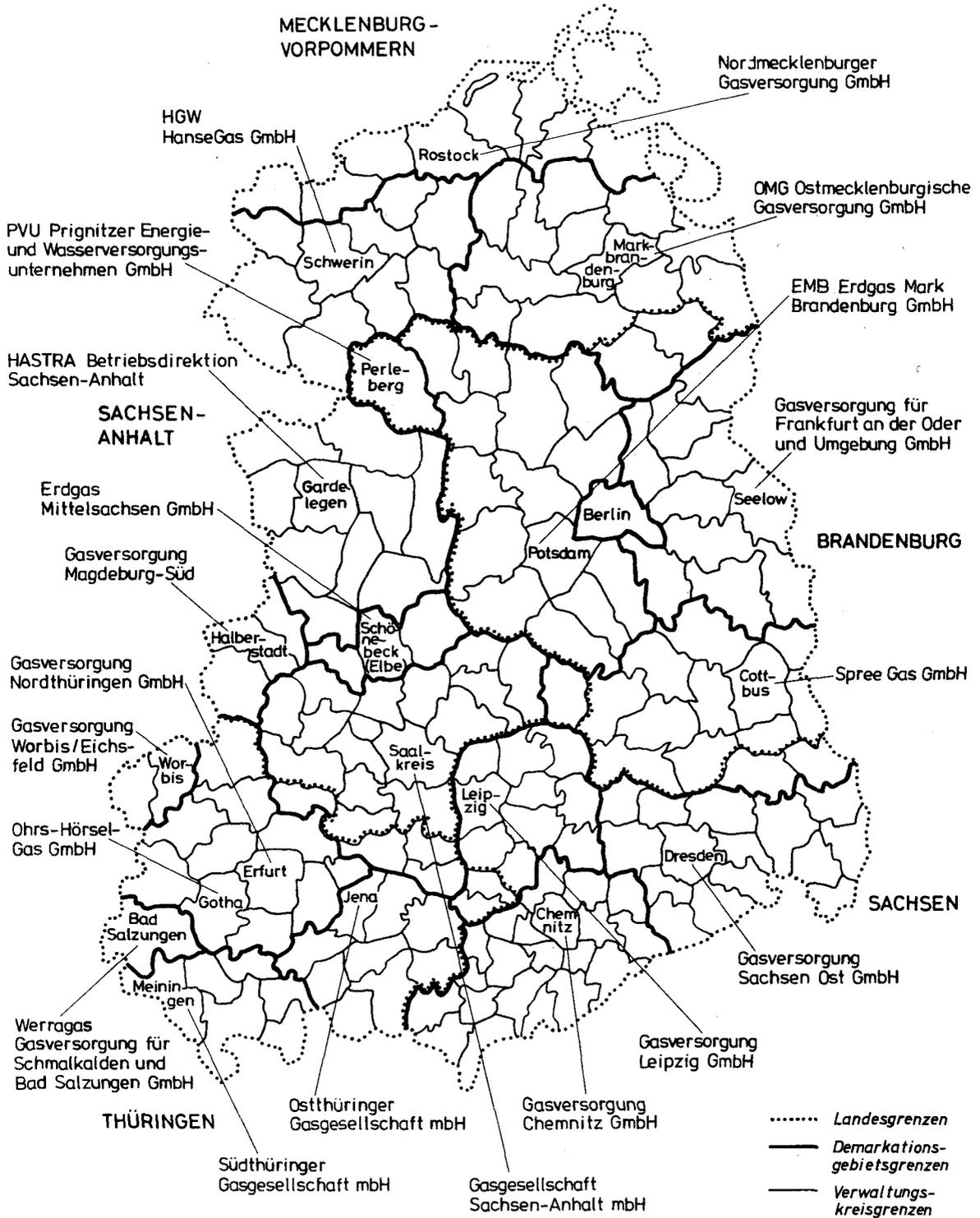


b. Alte Bundesländer



Quelle für Schaubilder A5 und A6: Erhebung der Forschungsstelle für den Handel (FfH), Berlin.

Schaubild A7 — Regionale Gasversorgung in den Beitrittsländern



Quelle: Erdöl-Erdgas-Kohle, Vol. 108, 1992, H. 4, S. 162.